



Beteiligungsbericht 2017 der Kreisstadt Unna

(Anlage 6 zum kommunalen Gesamtabschluss 2017)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil	2
1. Gesetzliche Grundlage des Beteiligungsberichtes	2
2. Aufbau des Beteiligungsberichtes	2
3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2017	3
3.1 Veränderungen im Berichtsjahr.....	3
3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2017	4
3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna	6
II. Unternehmensbezogener Teil.....	9
1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner	9
1.1 Unna Marketing - Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH .	10
1.2 Stadtbetriebe Unna	23
1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	71
2. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	85
2.1 Stadtwerke Unna GmbH	86
2.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH	105
3. Beteiligungen auf Kreisebene	116
3.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH.....	117
3.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH.....	128
3.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH.....	137
4. Sparkasse UnnaKamen	151
4.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede	152
4.2 Sparkasse UnnaKamen	154
Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung	194

I. Allgemeiner Teil

1. Gesetzliche Grundlage des Beteiligungsberichtes

Auf Grundlage des Gesetzes zur „Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land NRW“ haben Gemeinden einen Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) aufzustellen.

Die Gemeinde hat im Beteiligungsbericht ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung unabhängig davon, ob verselbständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern. In den §§ 107 bis 115 GO NRW sind die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Betätigung sowie privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Gemeinde festgelegt. Neben diesen Vorschriften finden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommune die maßgeblichen Paragraphen der folgenden Gesetze Anwendung: EigVO NRW, HGB, GmbHG, AktG, SpkG NRW.

Der Beteiligungsbericht ist jährlich bezogen auf den Abschlusstag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und gemäß § 49 GemHVO als Anlage dem Gesamtabchluss beizufügen. Dabei sind im Bericht die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

2. Aufbau des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in zwei Teile auf: einen allgemeinen und einen unternehmensbezogenen Teil.

Im allgemeinen Teil werden Hinweise zum Beteiligungsbericht gegeben sowie das gesamte Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna veranschaulicht und die jeweiligen Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen mit aufgezeigt.

Der zweite Teil des Beteiligungsberichtes befasst sich mit den unternehmensbezogenen Daten der jeweiligen Beteiligung. Dabei werden alle unmittelbaren Beteiligungen sowie die über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH beteiligten wesentlichen Unternehmen mit einbezogen. Zu den einzelnen Betrieben werden allgemeine Geschäftsangaben sowie die jeweiligen Lageberichte der Geschäftsführung, des Vorstandes bzw. der Betriebsleitung dargestellt.

Entsprechend den Anforderungen aus § 117 GO NRW in Verbindung mit § 52 GemHVO werden zu den wesentlichen Beteiligungen, d.h. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH, Stadtwerke Unna GmbH sowie Stadtbetriebe Unna (Sondervermögen), Kennzahlen unter der jeweiligen Rubrik angegeben.

3. Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna zum 31.12.2017

3.1 Veränderungen im Berichtsjahr

Das Beteiligungsportfolio der Kreisstadt Unna umfasst insgesamt 26 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen sowie eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen der Kreisstadt Unna). Seit der letzten Berichterstattung haben sich folgende Änderungen im Beteiligungsportfolio ergeben:

Der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 06.07.2017 dem Erwerb weiterer Geschäftsanteile durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte zugestimmt. Hintergrund war eine Kündigung der Beteiligung zweier Gesellschafter und eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Schwerte und dem Kreis Unna auf dem Feld der Wirtschaftsförderung.

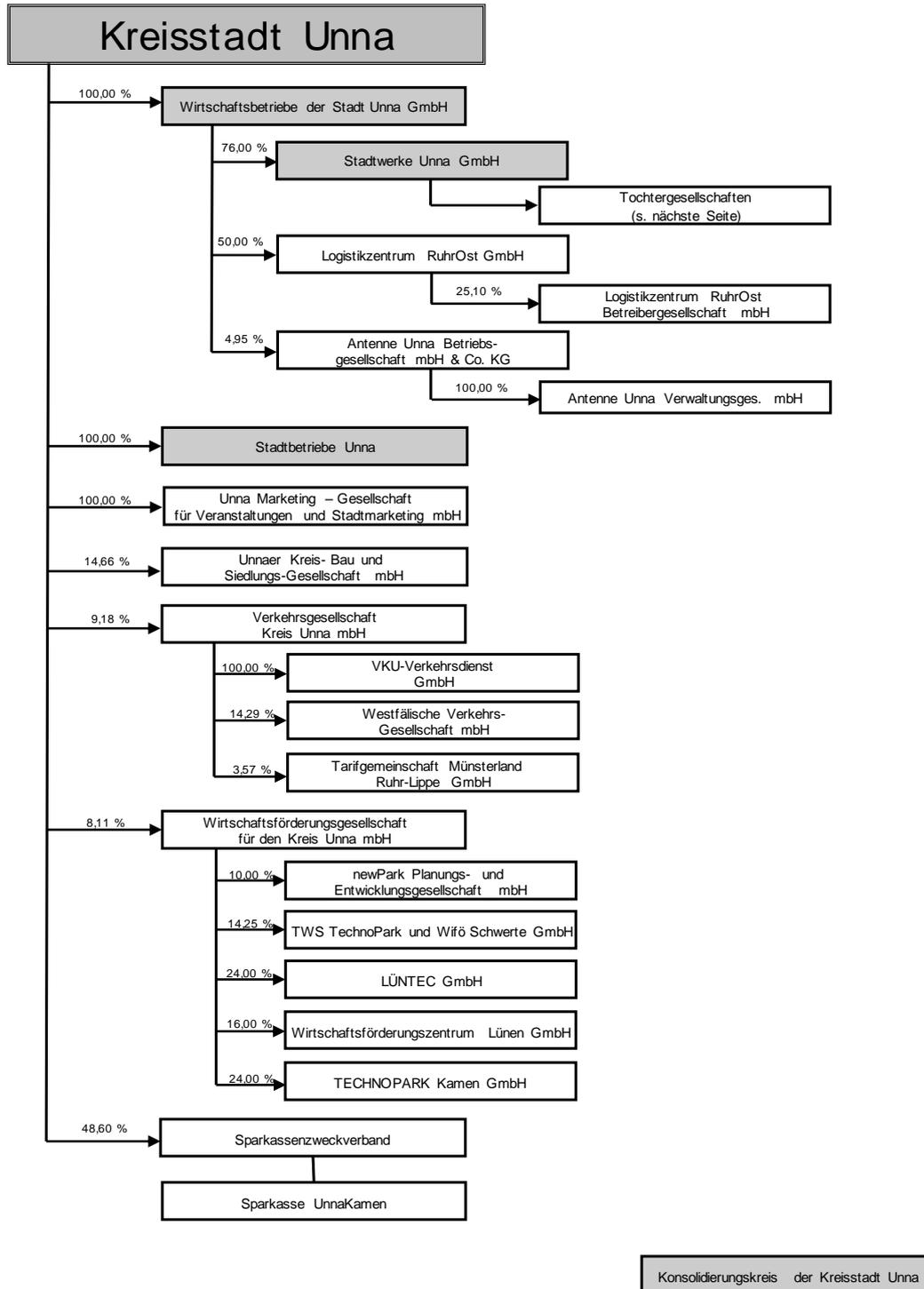
In der gleichen Sitzung hat der Rat der Kreisstadt Unna beschlossen, die Aktien der Gelsenwasser AG, gehalten durch die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna mbH, an die Sparkasse UnnaKamen zu veräußern. Da im Sinne der Gemeindeordnung NRW das Kreditinstitut „Sparkasse UnnaKamen“ einschließlich seiner Beteiligungen nicht mit in den gemeindlichen Gesamtabschluss einzubeziehen sind, wird auf eine Darstellung der Gelsenwasser AG im Beteiligungsbericht verzichtet.

Im Berichtsjahr 2017 wurde die Entwicklungsgesellschaft Wohnpark Unna-Süd mbH vollständig liquidiert und gelöscht.

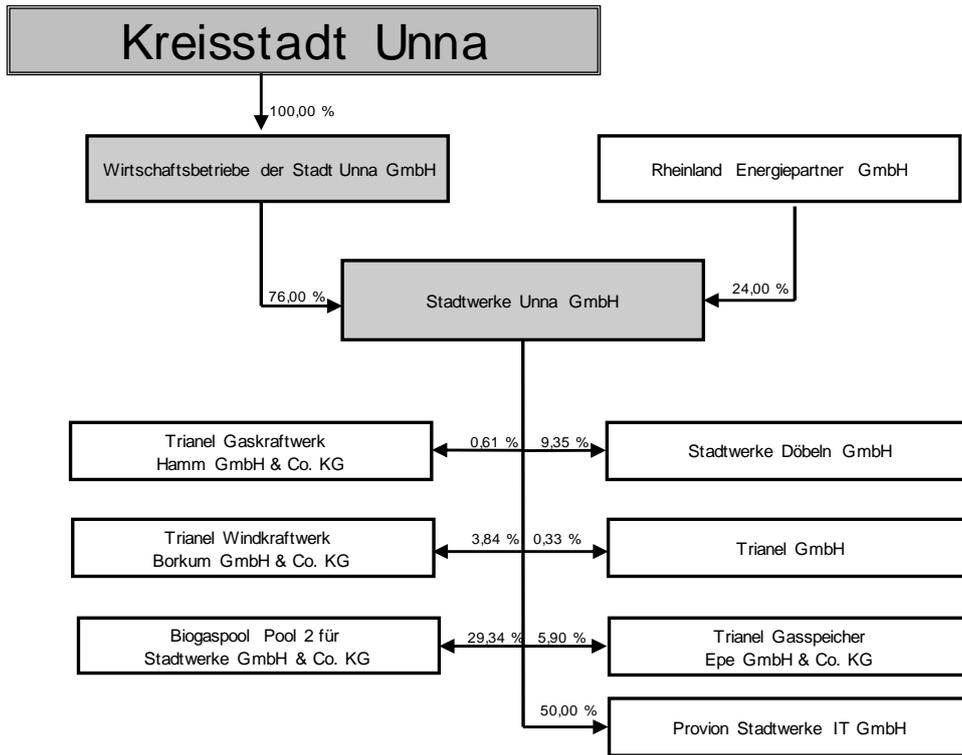
Darüber hinaus sind im Berichtsjahr weder neue Aufgabenfelder durch Gründung, Erwerb von Beteiligungen, noch Übernahme von Anteilen an Gesellschaften hinzugekommen.

Im Folgenden werden die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen sowie das Sondervermögen (Stadtbetriebe Unna) der Kreisstadt Unna zum 31.12.2017 abgebildet und des Weiteren die entsprechenden Anteile am gezeichneten Kapital dargestellt.

3.2 Beteiligungsportfolio zum 31.12.2017



Konsolidierungskreis der Kreisstadt Unna



Konsolidierungskreis der Kreisstadt Unna

3.3 Anteile am gezeichneten Kapital der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Unna

3.3.1 Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtbetriebe Unna	600.000,00	100,00	600.000,00
Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH	28.800,00	100,00	28.800,00
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	4.650.000,00	100,00	4.650.000,00

3.3.2 Beteiligungen über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Stadtwerke Unna GmbH	6.140.000,00	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	100.000,00	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	250.000,00	4,95	12.362,63
Beteiligung der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG			
Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00	26.000,00
Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH			
Provision Stadtwerke IT GmbH	50.000,00	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	1.200.001,00	29,34	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	2.219.650,00	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	14.000.000,00	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	18.324.382,31	3,84	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	42.299.003,00	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	20.152.575,00	0,33	66.503,50
Beteiligung der Logistikzentrum RuhrOst GmbH			
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft mbH	50.000,00	25,10	207.600,00

Auf eine Ausführung der Enkelgesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

3.3.3 Beteiligungen auf Kreisebene

Bezeichnung des Unternehmens	Nennwert der Beteiligung in €	Beteiligung am gez. Kapital	
		in %	in €
Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	2.600.000,00	14,66	381.150,00
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	3.856.100,00	9,18	353.910,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	3.032.500,00	8,11	245.800,00
Beteiligungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH			
VKU-Verkehrsdienst GmbH	25.600,00	100,00	25.600,00
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	250.000,00	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr Lippe GmbH	28.000,00	3,57	1.000,00
Beteiligungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH			
Technopark Kamen GmbH	105.000,00 €	24,00	25.200,00 €
LÜNTEC Technologiezentrum Lünen GmbH	511.291,88 €	24,00	122.710,05 €
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen	52.000,00 €	16,00	8.320,00 €
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	1.600.000,00 €	14,25	228.000,00 €
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	100.000,00 €	10,00	10.000,00 €

II. Unternehmensbezogener Teil

1. Gesellschaften ohne fremde Anteilseigner

Im ersten Kapitel werden die Unternehmen dargestellt, bei denen die Kreisstadt Unna alleiniger Gesellschafter ist. Hierzu zählen folgende Unternehmen:

- Unna Marketing-Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH
- Stadtbetriebe Unna
- Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH



1.1 Unna Marketing - Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Parkstraße 44 59425 Unna	Telefon: 02303 96805-0 Fax: 02303 96805-21 E-Mail: info@unna-Marketing.de Internet: www.unna-marketing.de	Gesellschaftsvertrag vom: 29.10.1982 in der Fassung vom: 07.07.2016

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft organisiert und veranstaltet größere Ereignisse im Stadtgebiet von Unna. Diese sind derzeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Stadtfest, • Un(n)a Festa Italiana, • Weihnachtsmarkt, • Wochenmarkt, • Autobazar, • Kirmessen sowie • diverse Kulturveranstaltungen und Konzerte. <p>Zudem gehören gesellschaftliche Traditionspflege und Erhaltung des stadthistorischen Erbes zu ihren Aufgaben.</p> <p>Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft das Gebäudemanagement sowie die Verwaltung für das Gebäude der Erich-Göpfert Stadthalle im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Weitere Veranstaltungen bzw. auch Märkte können zukünftig von der Gesellschaft durchgeführt werden, wenn dadurch der Gesellschaftszweck gefördert wird. Die Gesellschaft kann auch beratende und organisatorische Hilfestellungen bei Drittveranstaltern im Stadtgebiet Unna leisten.</p> <p>Der Gesellschaft obliegt die Aufgabe des Stadtmarketing mit den Schwerpunkten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerbung, • Tourismusförderung und • Umsetzung des Stadtmarketinghandbuchs.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	28.800,00
	100,00	28.800,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Horst Bresan

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
8.350,00 €	0,00 €	134.578,15 €	142.928,15 €
Herr Bresan hat auf Grund seines Beamtenstatusses einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Entsprechend führt die Kreisstadt Unna jährlich einen Betrag der Pensionsrückstellung zu. Für das Geschäftsjahr 2017 beläuft sich der Betrag auf 32.085,00 €.			

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	9	10
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	5	4
Aushilfen	31	34
Gesamt	45	48

Gesellschafterversammlung		
Die Gesellschafterversammlung umfasst 14 Mitglieder. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Volker König
2.	SPD	RM Susanne Herzog
3.	SPD	RM Ingrid Kroll
4.	SPD	RM Heike Gutzmerow
5.	SPD	RM Klaus Tibbe
6.	CDU	RM Jessika Tepe
7.	CDU	RM Christa Gosing
8.	CDU	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
9.	CDU	RM Rudolf Fröhlich
10.	GRÜNE	RM Michael Sacher
11.	GRÜNE	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
12.	FLU	RM Klaus Göldner
13.	LINKE	RM Petra Ondrejka-Weber
14.		BM Werner Kolter

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	944	1.644	907
II. Sachanlagen	67.669	93.691	114.448
Summe Aktiva	68.613	95.335	115.355
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	15.657	8.430	9.059
II. Forderungen	212.467	222.906	151.173
III. Kassenbestand	113.947	72.095	157.460
Summe Umlaufvermögen	342.071	303.431	317.692
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Aktiva	410.684	398.766	433.047
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.800	28.800	28.800
II. Kapitalrücklage	31.518	31.518	31.518
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	48.016	46.779	46.779
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	69.000	1.237	-
Summe Eigenkapital	177.334	108.334	107.097
B. Rückstellungen	109.489	136.079	176.197
C. Verbindlichkeiten	123.861	154.353	149.753
D. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	410.684	398.766	433.047

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.361.958	1.179.187	1.206.004
sonstige betriebliche Erträge	508.023	436.724	145.181
Materialaufwand	- 20.189	- 37.336	- 8.110
Personalaufwand	- 860.476	- 856.629	- 763.263
Abschreibungen	- 32.655	- 53.856	- 67.994
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 889.715	- 671.251	- 1.002.616
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.054	2.989	2.670
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	- 8.000
Ergebnis nach Steuern	69.000	- 172	- 496.128
Sonstige Steuern	-	1.409	- 40.007
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	536.135
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	69.000	1.237	0

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 wurde der Kreisstadt Unna ein Kassenkredit in Höhe von 105.000,00 € (Vorjahr: 105.000,00 €) zur Verfügung gestellt.

Zuschuss

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere zur Förderung des kulturellen Lebens hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 einen Zuschuss in Höhe von 420.000,00 € erhalten.

Unna Marketing

Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen:

Die Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH gliederte erstmals mit dem Geschäftsjahr 2016 ihre Aufgaben in eine wirtschaftliche und eine kulturelle Sparte. Diese Darstellung erfolgte im Einklang mit den Ausführungsverordnungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und wird auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Für die Durchführung ihrer kulturellen Aufgaben erhält die Gesellschaft von der Kreisstadt Unna einen Zuschuss. Im Gesellschaftsvertrag haben die Gesellschafter den besonderen Auftrag und die öffentliche Zweck- und Zielsetzung der Gesellschaft insofern begründet, dass kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna insbesondere durch die Unterstützung der örtlichen Kulturträger zu fördern.

Bedingt durch die Großveranstaltung „Un(n)a Festa Italiana“, die im 2jährigen Rhythmus stattfindet, sowie durch einige Sondereffekte bei Wiederholungsveranstaltungen mit höherem Umsatz- und Kostenanteil treten im Berichtsjahr teilweise erhebliche Abweichungen zum Vorjahr auf.

Das Hallengeschäft verläuft erfreulich, im Geschäftsjahr wirken sich die Bauzeitfenster für die umfassende Brandschutzsanierung bereits aus. Die Messen tendieren weiterhin schwächer, was der guten konjunkturellen Lage und den damit verbundenen vollen Auftragsbüchern auf der Ausstellerseite geschuldet ist. Im Gesamtwert konnte das auf den Bereich Stadthalle entfallende Umsatzvolumen gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden.

Die Stadthalle ist ein Instrument der lokalen Wirtschaftsförderung für Unna. Im interkommunalen Wettbewerb ist die Stadthalle ein Baustein der Konkurrenzfähigkeit und für den Beliebtheitsgrad Unnas. Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Verkehrsdienstleister und Stadttourismus partizipieren von modernen Tagungs- und Veranstaltungszentren. Die Stadthalle sichert auch diese Arbeitsplätze in Unna ab. Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt: So ist die Stadthalle Bühne und Börse für KnowHow-Austausch, sie dient der Netzwerkbildung, sie sorgt für Wissensmehrung. 80% der Veranstaltungen haben lokale Bedeutung für Stadt und Kreis Unna.

2017 fanden in der Stadthalle 174 Veranstaltungen statt, davon 101 davon mit einem Flächenbedarf von mehr als 1000 m². Mit Auf- und Abbau- oder Umbau und Probetagen ist die Stadthalle an rund 280 Tagen im Jahr in Bewegung.

Die Belegung der Stadthalle teilt sich im Jahr 2017 wie folgt auf	
Schule und Bildung	42,0 %
Messen/Tagungen/Feiern	30,4 %
Kulturelle Veranstaltungen	27,6 %

Damit kommt die Gesellschaft auch einer Empfehlung des Richer-Gutachtens nach, das kulturelle Gesamtangebot Unnas maßvoll zu reduzieren.

Die Erlöse aus den Großveranstaltungen ohne Wochenmarkt konnten gegenüber dem Referenzjahr 2015 trotz wetterbedingten negativen Auswirkungen knapp gehalten werden und stellen weiterhin die größte Umsatzgruppe der Gesellschaft dar, dabei ragen die Un(n)a Festa Italiana und der erheblich aufgewertete Weihnachtsmarkt hervor.

Der Wochenmarkt Mitte bleibt auf hohem Niveau nahezu stabil. Die Nachbesetzung freier Marktflächen gelingt weiterhin sehr zeitnah. Dieser Trend wird sich auch im folgenden Jahr fortsetzen. Der Markt in Königsborn wurde zum 31.12.2017 aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben beschäftigt die Gesellschaft in 2017 durchschnittlich 45 Mitarbeiter/innen, von denen 31 als geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte eingesetzt werden. Die Gesellschaft ist ein aktiver Ausbildungsbetrieb, so werden weiterhin junge Menschen über Praktikum und Ausbildung an das Berufsleben herangeführt. Auf diese Weise sichert auch die Stadthalle den Zugang der Wirtschaft zu qualifizierten Fachkräften.

Ertragslage der Gesellschaft:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2017 ein Jahresüberschuss von TEUR 69, im Vorjahr TEUR 1.

Die Umsatzerlöse stiegen im Verhältnis zum Vorjahr um TEUR 183 auf TEUR 1.362. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um TEUR 71 auf TEUR 508. Der Personalaufwand liegt bei TEUR 860 nur knapp über dem Vorjahreswert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 218 auf TEUR 890 gestiegen.

Die Veränderungen der GuV-Posten bzw. Verschiebung innerhalb der GuV-Posten resultieren im Wesentlichen aus der in 2017 durchgeführten Veranstaltung Festa Italiana.

Der Aufwand für Personal ist trotz Tarifsteigerung nur geringfügig gestiegen, da durch eine Elternzeit und längerer krankheitsbedingter Ausfall eines Mitarbeiters kalkulierte Personalkosten nicht angefallen sind.

Für die kulturelle Arbeit der Gesellschaft zahlt die Kreisstadt Unna einen Zuschuss, diese wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Finanzlage der Gesellschaft:

Zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Rahmen der Daseinsfürsorge und insbesondere der Förderung des kulturellen Lebens in der Stadt Unna hat sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna per Ratsbeschluss verpflichtet, der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 einen Zuschuss in Höhe von TEUR 500 zu zahlen. Der Gesamtaufwand der Gesellschaft beläuft sich auf TEUR 1.803. Die Gesellschaft finanziert sich somit zu 72,2 % über eigene betriebli-

che Aktivitäten. Bei etwa 60.000 Einwohnern in der Kreisstadt Unna liegt der Gesamtzuschussbedarf für die Gesellschaft somit bei rund 8,33 € pro Jahr und Einwohner.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wird mit TEUR 177, im Vorjahr TEUR 108, ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt im Verhältnis zur Bilanzsumme 43 %, im Vorjahr 27%.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR+ 49 (i.Vj. TEUR –50) erwirtschaftet.

Des Weiteren betrug der Cash–Flow aus Investitionstätigkeit TEUR -6 (i.Vj. TEUR -34) und aus Finanzierungstätigkeit TEUR -1 (i.Vj. TEUR -1).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war, wie in den Vorjahren, jederzeit und in vollem Umfang gegeben. Eingehende Rechnungen werden unverzüglich nach Prüfung beglichen. Kredite für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit wurden im Geschäftsjahr, wie bereits in den Vorjahren, nicht in Anspruch genommen.

Vermögenslage der Gesellschaft:

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr von TEUR 399 auf TEUR 411 gestiegen.

Die Aktiva bestehen zum Stichtag hauptsächlich aus TEUR 342 Umlaufvermögen (i.Vj. TEUR 303) und TEUR 68 Sachanlagen (i.Vj. TEUR 94). Die wesentlichen Positionen im Umlaufvermögen sind Forderungen gegen die Kreisstadt Unna mit TEUR 117 (i.Vj. TEUR 125) sowie Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten mit TEUR 114 (i. Vj. TEUR 72).

Die Passivseite besteht mit TEUR 177 (i.Vj. TEUR 108) aus Eigenkapital, TEUR 109 (i.Vj. TEUR 136) aus Rückstellungen und TEUR 94 (i.Vj. TEUR 126) aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind überwiegend begründet durch die Stichtagsbetrachtung der Bilanz.

Fazit:

Aufgrund der guten Geschäftsentwicklung und der Eckpunkte der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Gesellschafterin Kreisstadt Unna durch Beschluss des Rates verpflichtet hat, der Gesellschaft zur Wahrnehmung ihres kulturellen Auftrages einen Zuschuss zu zahlen, ist die Geschäftssituation der Unna Marketing – Gesellschaft für Veranstaltungen und Stadtmarketing mbH als gesichert zu bewerten.

Ausgesprochen positiv ist die von der Gesellschaft beeinflusste Wertschöpfungskette zu sehen. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von ca. 29 Euro pro Kopf bei rund 700.000 Besuchern bei allen Veranstaltungen der Gesellschaft summiert sich der durch die Arbeit der Gesellschaft initiierte **Gesamtumsatz Dritter in Unna auf über 20 Mio Euro** für das Berichtsjahr.

Diese Umsätze werden in der Kreisstadt Unna direkt vor Ort unmittelbar bei den Leistungsträgern und Dienstleistern wie Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie und Verkehrsdienstleistungen etc. erzielt, stärken somit deren Umsatzquote und sichern Arbeitsplätze.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

C. Prognose- Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht:

Der Wirtschaftsplan 2018, den die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 04.12.2017 einstimmig festgestellt hat, weist ein Ergebnis von TEUR 0 aus.

Für das Geschäftsjahr 2018 wurde eine solide Planung unter Berücksichtigung der zu erwartenden aktuellen Entwicklungen vorgenommen. Die Umsätze wurden weitestgehend linear um 2,5% angehoben, für die Löhne und Gehälter berücksichtigt der Wirtschaftsplan eine voraussichtliche Tarifsteigerung von 2% sowie Stellenanpassungen, auf der sonstigen Aufwandsseite wurde die allgemeine Teuerungsrate berücksichtigt.

EU-konforme Sparte

- ***Förderung des kulturellen Angebotes und der lokalen kulturellen Qualitäten***
- ***„Erlebnisstadt Unna“ als regionale Stadtmarke durch Entwicklung des kulturtouristischen Potenzials Unnas***
- ***Bewahrung von Traditionsveranstaltungen als historisches Erbe***
- ***Sicherheit bei Großveranstaltungen als Qualitätskriterium***
- ***Förderung eines stadtgeschichtlichen Bewusstseins***

Aufgrund der regionalen Tätigkeit der Gesellschaft, das kulturelle und soziale Leben der Kreisstadt Unna, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern, steht die kulturelle Tätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den Ausführungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Dabei tragen Veranstaltungen mit besonderer inhaltlicher und organisatorischer Qualität das positive Image unserer Stadt in die Region.

Für die Programmplanung der großen wie auch kleineren Veranstaltungen der Gesellschaft gilt als zentraler Ansatz neben dem inhaltlichen Anspruch die spartenübergreifende Einbindung möglichst vieler kulturschaffender Bürgerinnen und Bürger Unnas. Für das Stadtfest 2018 bedeutet dies ein Programmanteil von mehr als 50% „Made in Unna“.

Das Programmangebot der großen Veranstaltungen begeistert Gäste aus der gesamten Region. Ein Schwerpunkt der qualitativen Entwicklung bildet auch in 2018 der Unnaer Weihnachtsmarkt, der sich zunehmender Beliebtheit bei auswärtigen Besuchern aber auch bei interessanten Ausstellern erfreut.

Die Langzeitwirkungen positiver Erlebnisse auf den Unnaer Festen und die damit verbundenen hohen Sympathiewerte Unnas bei den Besucherinnen und Besuchern sind enorm. Für alle Veranstaltungen gilt es, diese speziellen Unnaer Qualitäten als Angebotsgrundlage zu erhalten und mit dem strategischen Stadtmarketing zu verknüpfen.

Die Sicherheit auf Veranstaltungen mit einer zeitgleichen Anwesenheit von mehr als 5.000 Menschen ist weiterhin ein wichtiger und kostenintensiver Planungsteil von Veranstaltungen.

Nachrichten über Todesfälle auf Veranstaltungen durch Anschläge verunsichern Besucherinnen und Besucher. Vor diesem Hintergrund spiegelt ein sorgfältig erarbeitetes und abgestimmtes Sicherheitskonzept auch die Professionalität und den Anspruch einer Veranstaltung wider. In der Besuchersentscheidung für Gäste gewinnt die Sicherheit auf Veranstaltungen zunehmend an Bedeutung.

Die Wahrung des historischen Bewusstseins für die Geschichte und die Geschichten Unnas ist eine weitere, inhaltlich wertvolle Aufgabe der Gesellschaft, die beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Gästeführerinnen und Gästeführer der Stadt Unna fortentwickelt wird oder auf interkommunaler Ebene in Projekten wie die Salzroute am Hellweg mündet. Der künftige Radschnellweg 1 bietet als wichtiges Infrastrukturprojekt der NRW-Landesregierung Chancen für weitere identitätsstiftende interkommunale Projekte.

Diese EU-konforme Arbeit der Gesellschaft unterstützt die Kreisstadt Unna auch im Jahr 2018 durch einen Zuschuss.

Wirtschaftliche Sparte

- ***Dienstleistungsbetrieb des multifunktionalen Kultur- und Veranstaltungszentrum***
- ***Beratung und Dienstleitungen für externe Veranstalter***
- ***Wertschöpfungskette für den lokalen Handel und Gewerbe***
- ***Unnaer Wochenmärkte: Nahversorger und „Szene-Treff“***
- ***Ausbau stadttouristischer Angebote***

Die Kreisstadt Unna hat die Gesellschaft durch einen Dienstleistungsvertrag mit der Bewirtschaftung und Vermarktung des Kultur- und Veranstaltungszentrums Erich Göpfert Stadthalle beauftragt. Das Zentrum ist eines der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen dieser Art in der Region.

Es trägt ein überaus positives Image als multifunktionales modernes Kultur-, Kongress- und Veranstaltungszentrum. Die Erich-Göpfert-Stadthalle stärkt somit Unnas überdurchschnittliches Gesamtimage als lebenswertes attraktives Mittelzentrum in der Region Östliches Ruhrgebiet.

Die Durchführung eigenverantwortlicher Veranstaltungen und Veranstaltungsbeteiligungen mit gewinnorientierter Zielsetzung ist für die wirtschaftliche Sparte der Gesellschaft wichtig, hierzu mietet sie die notwendigen Räume von der Kreisstadt Unna an. Auf die sich abzeichnende Nachfragetendenz bei den Messen wird durch neue Themen und andere Veranstaltungszyklen reagiert.

Seit 2017 unterzieht die Kreisstadt Unna das Gebäude einer umfassenden baulichen Ertüchtigung, um den aktuellen Anforderungen an ein sicheres Veranstaltungszentrum auch künftig gerecht zu werden. Die Ausführungsplanung sieht in 2018 zwei Bauzeitfenster von insgesamt 5 Monaten Dauer vor. Die Umsatzmöglichkeiten der Gesellschaft werden durch diese Modernisierungsphase vorübergehend eingeschränkt.

Die Unnaer Großveranstaltungen erfreuen sich seit vielen Jahren einer anhaltend guten Besuchergunst und sind somit ein wichtiger Frequenzbringer und als Wirtschaftsfaktor unverzichtbarer Bestandteil einer attraktiven und intakten Innenstadt. Gleiche Ergebnisse sind mit normalen Werbekampagnen kaum erreichbar, würden hingegen ein Vielfaches der eingesetzten Mittel erfordern.

Das Einwerben vielfältiger Aussteller mit möglichst attraktiven Angeboten hingegen gestaltet sich fortlaufend schwieriger. Dabei zeichnet sich ab, dass die Aufwendungen zur Finanzierung der Veranstaltungen bereits heute im obersten Bereich liegen und häufig auf Ausstellerseite Anlass zu Preisverhandlungen um Nachlässe geben.

Der Anspruch an wichtige Qualitätskriterien von Veranstalterseite trifft dabei jedoch oftmals auf Unverständnis beim mobilen Handel.

Die positive Fortentwicklung der Unnaer Innenstadt und die unaufgeregte aber stetige Positionierung der Erlebnisstadt Unna in der östlichen Metropolregion Ruhr wird auch weiterhin eine wichtige Vermarktungsgrundlage für den Erfolg der Gesellschaft sein.

Die Wochenmärkte in Unna-Mitte mit ihrem umfassenden Angebot an Frische, Vielfalt und Qualität und sind innerstädtischer und generationenübergreifender Treffpunkt der Unnaer und ihrer Gäste. Dabei verbinden eine ganz besondere Marktatmosphäre, die Individualität und Freundlichkeit der Händler Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlecht und Herkunft. Der Imagewandel der Unnaer Wochenmärkte als Einrichtung der Lebensmittelversorgung zum Image- und Frequenzträger der Innenstadt ist voll gelungen.

Diese Entwicklung wird trotz geringer finanzieller Spielräume gefestigt und mit geeigneten Marketinginstrumenten unterstützt.

Die Entwicklung von Nachmittagsmärkten muss aufmerksam verfolgt werden. In diesem Zusammenhang ist der häufigste Grund zur Einrichtung eines Nachmittagsmarktes allerdings die gesunkene Kaufkraft während der etablierten Öffnungszeiten.

Davon ist der Markt in Unna Mitte bislang nicht wirklich betroffen.

Im Städtetourismus liegen enorme Wachstumspotentiale, die mittel- und langfristig für das Ruhrgebiet und damit auch für Unna gehoben werden müssen. Sie führen zwar nicht zu direkten wirtschaftlichen Effekten bei der Gesellschaft, sind aber als Impulsgeber für Dienstleister der ersten und zweiten Umsatzstufe und den Ausbau von Arbeitsplätzen in der lokalen Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung. Aber Tourismus bewirkt noch weiteres: Eine attraktive Freizeitinfrastruktur sowie überdurchschnittliche Gastronomie-, Kultur- und Einkaufserlebnisse stärken als Standortfaktor das Binnenimage und den Freizeitwert Unnas sowie unmittelbar und sofort die Lebensqualität der Unnaer.

Erlebnisberichte von Besuchern und entsprechende Medienberichte über das „Ausflugsziel Unna“ verstärken diesen Imagewandel. Das so gewonnene Imageplus wird die Wettbewerbsfähigkeit Unnas im interkommunalen Vergleich und Wettstreit um die besten Fachkräfte stärken und Impulsgeber für den Zuzug junger Familien sein.

Eine flankierende Baulandoffensive der Kreisstadt Unna kann als Treiber diesen Effekt deutlich verstärken.

Die wirtschaftliche Sparte von Unna Marketing wird ausschließlich aus eigenen betrieblichen Aktivitäten finanziert.

Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft führt ein aktives Risikomanagementsystem, welches regelmäßig überarbeitet und den zu erwarteten Ereignissen angepasst wird.

Mit diesem System können die Eintrittswahrscheinlichkeit von über 60 Einzelrisiken für die Gesellschaft bewertet werden, ihre Auswirkungen beurteilt und die möglichen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Gesellschaft führt eine Kostenrechnung/Spartenrechnung, die zwischen den Aufgabekreisen von begünstigten und somit im Sinne der EU zuschussfähigen Aufgaben (kulturelle Sparte) und der wirtschaftlichen Betätigung der Gesellschaft unterscheidet.

Die Vermietung und Vermarktung der Erich-Göpfert-Stadthalle erfolgt durch die Gesellschaft im Namen und auf Rechnung der Kreisstadt Unna. Die Gesellschaft erzielt in diesem Zusammenhang ausschließlich aus den unterschiedlichen Dienstleistungsangeboten rund um den Betrieb des Hauses Umsätze, die somit in einer Abhängigkeit von einer erfolgreichen Vermarktung der Halle stehen. Die Miet- und Mietnebenerlöse werden direkt bei der Eigentümerin Kreisstadt Unna verbucht.

Ein sich veränderndes, zunehmend trendorientiertes Ausgeh-, Freizeit- und Konsumverhalten beeinflusst hingegen die gesamte Veranstaltungswirtschaft und somit die wirtschaftliche Betätigung der Gesellschaft. Der Wandel hat verschiedene Ursachen: Die Bevölkerungszahl geht zurück, plurale Lebensstile nehmen zu, die Digitalisierung findet zunehmend im Lebensalltag statt, das Durchschnittsalter steigt, die Konsumbereitschaft verändert sich („Luxese“), Gesundheitstrends fördern andere Lebenseinstellungen, die Tendenz zum Social-Cocooning nimmt zu.

In der zeitnahen Anpassung an den gesamtgesellschaftlichen Wandel und dessen Folgen liegen gleichzeitig aber auch Chancen für die Gesellschaft. Dies erfordert frühzeitige, vorausschauende und wirksame Entscheidungen, um auch künftig Unna als die attraktive und aktive Kultur- und Erlebnisstadt in der Region positionieren zu können.

Konkrete Prognosen zum Konsumverhalten der Endverbraucher werden durch instabile politische Lagen, Entwicklungen an den Anlage- und Finanzmärkten sowie immer kurzweiligere Entwicklungszyklen erschwert.

Und auch die Auswirkungen derartiger Medienmeldungen führen mitunter zu kaum vorhersehbaren Entwicklungen. In der Veranstaltungsbranche überwiegt wie auch schon im Vorjahr aktuell eine abwartende Stimmung zur allgemeinen Umsatzentwicklung (regelmäßige Befragung des Europäischen Verbandes der Veranstaltungs-Centren EVVC).

Aufgrund der räumlichen Lage Unnas am Rande der Metropolregion Ruhr verkehrsbegünstigt durch drei Fernstraßen mit zwei Autobahnkreuzen und drei Zu- bzw. Abfahrten, Flughafen und Bahnhof sind die Möglichkeiten als Standort für mehrtägige Kongress- und Tagungsveranstaltungen ausbaufähig.

Allerdings besteht im Bereich der Übernachtungsmöglichkeiten ab der 3-Sterne-Kategorie weiterhin ein für die Größe Unnas absolut zu geringes Hotelangebot. Die Marktchancen entsprechender Projektierungen sind günstig wie selten zuvor, bedürfen aber belastbarer Marktanalysen.

Positiv zu werten sind in diesem Zusammenhang die Auswirkungen des Umsatzverhaltens von Übernachtungsgästen auf die örtliche Gastronomie, den Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen.

Die großen Außenveranstaltungen stehen regelmäßig in enger Abhängigkeit zu einer gemäßigten Witterungslage und einem ordentlichen Konsumverhalten der Besucherinnen und Besucher.

Lokale Unwetter und außergewöhnliche Ereignisse können zum sofortigen Abbruch von Veranstaltungen und damit zu negativen finanziellen Auswirkungen für die Gesellschaft führen. Auch haben Nachrichten über Anschläge auf Veranstaltungen Einfluss auf das Ausgeh- und Freizeitverhalten von Menschen.

Hierin liegt ein gewisses Umsatzrisiko für die Gesellschaft, welches jedoch bei der finanziellen Veranstaltungsplanung eine vertretbare Berücksichtigung findet. Bedingt durch die in 2018 nicht stattfindende Großveranstaltung Un(n)a Festa Italiana sinkt dieses Umsatzrisiko.

Die Sicherheitsrisiken von Großveranstaltungen werden in abgestimmten Konzepten behandelt und bewertet. Festgelegte Standards sind aber kaum von den Veranstaltern beeinflussbar, verursachen aber zusätzliche Kosten und drücken somit auf die Ertragsquote. So sind spätestens nach den Ereignissen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 zusätzliche Maßnahmen in das zentrale Sicherheitskonzept eingeflossen und bei den folgenden Großveranstaltungen umgesetzt worden. Die Schlussphase der juristischen Aufarbeitung der Loveparade-Katastrophe von 2010 könnte zu weiteren kostensteigernden Auflagen oder Vorgaben führen.

Die Umsätze aus Eigenveranstaltungen in der Stadthalle bergen ein weiteres von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusstes Umsatzrisiko für die Gesellschaft.

Der Kreisstadt Unna wird in den Jahren 2018 und 2019 ein umfassendes Brandschutzkonzept für die Erich-Göpfert-Stadthalle umsetzen.

Angestrebt wird damit die Erhaltung des bisherigen Nutzungs- und Angebotsumfangs. Die Umsetzung der Maßnahmen im laufenden Betrieb, es steht über längere Zeiträume nur eine Veranstaltungsfläche zur Verfügung, wird Einfluss auf die zu erwartenden Umsätze sowohl für die Eigentümerin wie auch die Gesellschaft haben.

Häufigere Umbauanforderungen für die verschiedenen Veranstaltungsformate werden zu einer nicht unerheblichen Arbeitsbelastung der Gesellschaft führen.

Für die Gesellschaft existiert ein umfassendes IT-Sicherheitskonzept, das auch die rotierende Erneuerung von Hard- und Software erfasst.

Ein betriebsinterner Ausschuss für Arbeitsschutz befasst sich mit den Themenfeldern Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft.

Zudem wird die Gesellschaft bei Fragen rund um die Thematik des erweiterten Datenschutzes umfassend beraten, die Umsetzung der EU-DSGVO wird aktuell bearbeitet. Notwendige Vorkehrungen werden zeitnah getroffen und fließen in die laufenden Arbeitsprozesse ein.

Zusammenfassend sind für die Gesellschaft als größte Risiken zu nennen:

- die künftige gesamtkonjunkturelle Lage
- die baulichen Maßnahmen in der Erich Göpfert Stadthalle- lokale Unwetterlagen für die Außenveranstaltungen
- die sicherheitsrelevanten Auflagen für Großveranstaltungen
- das durch Eigenveranstaltungen bedingte Geschäftsrisiko,
- das durch die Dichte der vorhandenen Veranstaltungsflächen bedingte rege Veranstaltungsangebot in der gesamten Region Dortmund/Unna/Hamm,
- die Folgen einer zunehmend schwierigeren Finanzierbarkeit kommunaler Haushalte,
- das Einwerben von Zuwendungen Dritter.

Unna, 25. Mai 2018

gez. Horst Bresan

Geschäftsführer

1.2 Stadtbetriebe Unna

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Viktoriastraße 12 59425 Unna	Telefon: 02303 2003-0 Fax: 02303 2003-74 E-Mail: info@stadtbetriebe-unna.de Internet: www.stadtbetriebe-unna.de	Grundsatzbeschluss des Rates der Kreisstadt Unna vom: 21.12.1994 in der Fassung vom: 26.04.2018

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Stadtbetriebe Unna werden nach Maßgabe der Satzung, den Vorschriften der GO NRW und in entsprechender Anwendung der EigVO NRW als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt.</p> <p>Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist die Durchführung der Aufgaben für folgende Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abwasserwirtschaft • Gewässer (einschließlich Hochwasserschutzanlagen) • Straßenunterhaltung • Abfallwirtschaft • Duale Systeme • Straßenreinigung • Grünflächenpflege • Städtische Friedhöfe

Organe der Gesellschaft
<p>Betriebsleitung Betriebsausschuss Rat der Kreisstadt Unna</p> <p>Die Zuständigkeiten richten sich nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung, der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung des Rates und der Betriebssatzung.</p>

Betriebsleitung
<p>für den kaufmännischen Bereich: Frank Peters für den technischen Bereich: Ferdinand Blex</p>

Vergütung der Geschäftsführung				
<p>Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.</p>				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Peters	0,00 €	0,00 €	84.147,69 €	84.147,69 €
Blex	0,00 €	0,00 €	99.801,12 €	99.801,12 €
<p>Herr Peters hat auf Grund seines Beamtenstatusses einen Pensionsanspruch gegenüber der Kreisstadt Unna. Entsprechend führt die Kreisstadt Unna jährlich einen Betrag der Pensionsrückstellung zu. Für das Geschäftsjahr 2017 beläuft sich der Betrag auf 38.071,00 €.</p>				

Betriebsausschuss			
Der Betriebsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren im Betriebsausschuss vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Heike Gutzmerow
2.	SPD	RM Bernd Dreisbusch	RM Wolfgang Ahlers
3.	SPD	RM Renate Nick	RM Peter Glowalla
4.	SPD	RM Volker König	RM Annette Thomae
5.	SPD	sB Heinz Steffen	sB Klaus-Jürgen Sievert
6.	SPD	RM Djawad Tadayyon	RM Anja Kolar
7.	SPD	RM Michael Tietze	RM Brigitte Wass
8.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Frank-Holger Weber
9.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
10.	CDU	RM Werner Clodt	RM Gabriele Meyer
11.	CDU	RM Erich Kreß	RM Gerhard Heckmann
12.	CDU	sB Dominik Mickler	sB Klemens Splittgerber
13.	GRÜNE	sB Michael Griesohn-Kluth	RM Michael Sacher
14.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Karl Dittrich
15.	FDP	sB Günter Schmidt	sB Michael Baumhoff
16.	LINKE	sB Axel Weber	sB Meinhard Trennhaus
17.	Fraktionslos	RM Christian Roß	RM Christoph Tetzner
18.	Fraktionslos	RM Jörg Hißnauer	RM Franz-Josef Klems (FLU)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 19.10.2017 ab 19.10.2017	sB Dominik Mickler sB Dominik Mickler	sB Fabian Ziencyk sB Klemens Splittgerber
bis 13.12.2017 ab 22.02.2018	RM Karl Römer RM Volker König	RM Brigitte Wass RM Annette Thomae
bis 22.02.2018 ab 22.02.2018	RM Michael Tietze RM Michael Tietze	RM Volker König RM Brigitte Wass

Vergütung des Betriebsausschusses
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates/ Betriebsausschusses und die Vergütungssätze der Aufsichts-/ Betriebsausschussmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Die Ratsmitglieder erhalten für die Ausübung ihres Mandates eine monatliche Pauschale. Mit dieser Pauschale sind die Tätigkeiten im Betriebsausschuss abgegolten.
Die sachkundigen Bürger erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Betriebsleitung)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	71	69
in Teilzeit	17	17
Beamte		
in Vollzeit	5	5
in Teilzeit	0	0
Auszubildende	0	0
Aushilfen	0	0
Gesamt	93	91

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.756	21.768	32.992
II. Sachanlagen	92.738.543	90.143.558	88.341.096
III. Finanzanlagen	351	351	673
Summe Aktiva	92.749.650	90.165.677	88.374.761
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	80.494	78.374	75.874
II. Forderungen	709.352	1.396.330	4.643.048
III. Kassenbestand	500.934	510.607	664.342
Summe Umlaufvermögen	1.290.780	1.985.311	5.383.264
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.340	55.456	42.960
Summe Aktiva	94.072.770	92.206.444	93.800.985
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	600.000	600.000	600.000
II. Kapitalrücklage	7.607.836	7.003.594	6.170.955
III. Bilanzgewinn	1.717.546	1.906.678	1.770.321
Summe Eigenkapital	9.925.382	9.510.272	8.541.276
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	11.286.039	10.287.427	9.567.453
C. Empfangene Ertragszuschüsse	2.953.365	3.213.388	3.485.384
D. Rückstellungen	4.947.567	5.342.248	5.900.686
E. Verbindlichkeiten	60.564.768	59.618.223	62.195.516
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4.395.649	4.234.886	4.110.670
Summe Passiva	94.072.770	92.206.444	93.800.985

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2017	2016	2015
Anlagenintensität	98,6%	97,8%	94,2%
Eigenkapitalquote	10,6%	10,3%	9,1%
Fremdkapitalquote	89,4%	89,7%	90,9%
Anlagendeckungsgrad	10,7%	10,6%	9,7%
Investitionen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	6.217	5.339	11.106

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	29.259.347	28.353.822	28.621.248
Andere aktivierte Eigenleistungen	317.177	321.638	368.027
sonstige betriebliche Erträge	1.372.400	2.010.886	604.291
Materialaufwand	- 16.369.066	- 15.587.245	- 14.949.678
Personalaufwand	- 5.007.732	- 4.874.048	- 5.368.953
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 3.612.928	- 3.476.175	- 3.404.515
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.046.358	- 2.361.583	- 2.101.120
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	360	287	760
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	28.778	14.326
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.761.622	- 1.886.890	- 1.957.083
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 407	-	333
Ergebnis nach Steuern	2.151.169	2.529.470	1.827.636
Sonstige Steuern	- 10.362	- 10.474	- 11.487
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.140.807	2.518.996	1.816.149
Gewinnvortrag	180.980	163.807	226.657
Einstellung in Rücklagen	- 604.241	- 776.125	- 272.485
Bilanzgewinn	1.717.546	1.906.678	1.770.321

Verwendung des Jahresergebnisses 2016

Der Rat der Kreisstadt Unna hat den Jahresabschluss 2016 der Stadtbetriebe Unna am 06.07.2017 festgestellt. Vom Jahresüberschuss (2.518.995,74 €) wurde ein Betrag von 642.596,47 € der zweckgebundenen Rücklage sowie ein Betrag von 133.528,27 € aus der Rückführung der passiven Rechnungsabgrenzung für die Friedhöfe der Allgemeinen Rücklage zugeführt. Zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 163.806,92 € ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.906.677,92 €. Diesbezüglich hat der Rat beschlossen, eine Gewinnausschüttung in Höhe von 1.725.697,38 € an den städtischen Haushalt vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 180.980,54 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Jahresergebnis 2017

Der Rat der Kreisstadt Unna hat den Jahresabschluss 2017 der Stadtbetriebe Unna am 27.09.2018 festgestellt und beschlossen vom Jahresüberschuss (2.140.807,23 €) vorab folgende Rücklagenzuführungen vorzunehmen:

- 1) die Rückführung zur Allgemeinen Rücklage (Auflösung Passive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe) in Höhe von 133.528,27 €,
- 2) die Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage „Sanierungen“ in Höhe von 300.713,07 € für das Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II,
- 3) die Zuführung zur Sonderrücklage „Weiterentwicklung Stadtbetriebe“ in Höhe von 170.000,00 €.

Zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 180.980,54 € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 1.717.546,43 €. Diesbezüglich hat der Rat beschlossen, eine Ausschüttung in Höhe von 1.200.000,00 € an den städtischen Haushalt vorzunehmen sowie einen Betrag von 85.157,17 € der zweckgebundenen Rücklage „Winterdienst“ und einen Betrag von 270.712,95 € zur Stärkung der Stadtbetriebe in die Allgemeine Rücklage einzustellen.

Der Restbetrag in Höhe von 180.980,54 €, welcher aus dem Ergebnis des steuerlichen Drittbereiches resultiert, auf neue Rechnung vorzutragen.

Kassenkredit

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 hat die Kreisstadt Unna der Stadtbetriebe Unna einen Kassenkredit von 2.935.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Lagebericht der Betriebsleitung Jahresabschluss 2017

I Grundlagen des Unternehmens

I.1 Gründung des Eigenbetriebes

Der Rat der Stadt Unna hat am 16.06.1994 die Umgründung des Regiebetriebes Stadtbetriebe in eine entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW geführte eigenbetriebsähnliche Einrichtung (im Folgenden kurz Eigenbetrieb) zum 01.01.1995 beschlossen.

I.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

I.2.1 Gegenstand

Der Gegenstand der Stadtbetriebe Unna ist in zwei grundsätzliche Kategorien zu gliedern. In einen originären Aufgabenkreis, in dem die Aufgaben durch die Stadtbetriebe Unna eigenverantwortlich abgewickelt und im Wesentlichen über Gebühreneinnahmen finanziert werden und einen Auftragsbereich, wo Dezernate der Stadtverwaltung Unna als Auftraggeber Leistungen der Stadtbetriebe Unna in Anspruch nehmen und dafür grundsätzlich kostendeckende Entgelte erbringen. Darüber hinaus nimmt der Betrieb Aufgaben im steuerpflichtigen Drittbereich wahr.

Mit der Änderung der Betriebssatzung der Stadtbetriebe Unna (Vorlage Nr. 0072/04, Ratsbeschluss vom 16.12.2004) wurden der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Stadtbetriebe Unna die gesamten Aufgaben der Abwasserwirtschaft, Abfallentsorgung, Duales System, Straßenreinigung, Friedhöfe und Hochwasserschutz übertragen. Seitdem gliedern sich die Aufgabenbereiche wie folgt:

Originärer Bereich

- Abwasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung (seit 01.01.2012 ohne Winterdienst)
- Städtische Friedhöfe
- Gewässerunterhaltung
- Hochwasserschutz

Auftragsbereich

- Straßenunterhaltung
- Grünflächenunterhaltung
- Winterdienst (seit 01.01.2012)
- Sonstige diverse Einzelaufträge

Steuerpflichtiger Drittbereich

- Leistungen im Rahmen Duale Systeme
- Grabpflege
- Sonstige Leistungen an Dritte

I.2.2 Organisation

Organe der Stadtbetriebe Unna sind die Betriebsleitung, der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna.

Die Aufbauorganisation sieht seit 1995 eine Gliederung in Hilfsbetriebe und Leistungsbereiche vor. Entsprechend ist die Kostenrechnung gegliedert.

<u>Verwaltung</u>	<u>Allg. Dienste</u>	<u>Originärer Bereich</u>	<u>Auftragsbereich Stadt</u>	<u>Drittbereich</u>
Kfm. Bereich	Werkstatt	Abwasserwirtschaft Abfallwirtschaft Straßenreinigung Städtische Friedhöfe Gewässerunterhaltung Hochwasserschutz	Straßenunterhaltung Grünflächenpflege Winterdienst Sonstige Auftragsleistungen	Duale Systeme Grabpflege Sonstige Leistungen an Dritte

II. **Wirtschaftsbericht**

II.1 **Geschäftsverlauf**

II.1.1 **Allgemeines zur Erfolgsrechnung**

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 27. November 2014 beschlossen wurde, ging seinerzeit davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 600 T€ ausgegangen werden könne.

Die Produktpalette der Stadtbetriebe Unna sei breit und gut aufgestellt. Angesichts der in den einzelnen Teilsegmenten zu erbringenden Leistungen stelle sich die Frage nach Wettbewerbsvorteilen durch Größenwachstum. Im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit könnten sich durch größere Verbünde Vorteile ergeben, die es auszuloten gelte. Darüber hinaus seien die künftigen Investitionsnotwendigkeiten im Gebäudebereich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wägen. In Analogie der Rückführung von Teilen der Straßenverwaltung in den Kernbereich der Verwaltung könne geprüft werden, ob nicht auch andere Bereiche der heutigen Auftragsverwaltung in den Kernhaushalt zurückgeführt werden könnten.

Es werde damit gerechnet, dass personelle und sachliche Synergien – vor allem in der Binnenstruktur – gehoben werden könnten, z. B. geringere Prüfungsgebühren, Ersparnisse in der Verwaltung oder in der räumlichen Unterbringung.

Zunächst sollten im Jahr 2015 Untersuchungsaufträge erteilt werden, mit deren Ergebnissen 2016 zu rechnen sei. Auf der Basis einer anschließenden Beschlussfassung im Rat könnten im Anschluss die daraus resultierenden praktischen Prozesse angestoßen werden. Aus der Umsetzung werde ab 2017 mit Verbesserungen gerechnet, die eine Stabilisierung der veranschlagten Ergebnisabführung von 600 T€ ermöglichen.

Darüber hinaus sollten durch eine Neubewertung des Anlagevermögens und eine Anpassung der handelsrechtlichen Abschreibungssätze an die gebührenrechtlichen Sätze ab 2017 weitere Verbesserungen von jährlich 400 T€ erzielt werden können.

Damit ergaben sich für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€

Der am 22. Oktober 2015 im Rat der Kreisstadt Unna eingebrachte Nachtragsplanentwurf zum Doppelhaushalt 2015 / 2016 (Vorl.-Nr. 0430/15) mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 – 2020, der vom Rat der Kreisstadt Unna in seinen Sitzungen am 26. November 2015 und 17. Dezember 2015 beschlossen wurde, ging in seinem Haushaltssicherungsvorschlag 1 davon aus, dass aufgrund der Ausweisung eines Gewinns von rd. 954 T€ im testierten Jahresergebnis der Stadtbetriebe Unna für das Jahr 2013 und der Ausweisung eines Gewinns von über 1.600 T€ im Entwurf des vorliegenden Jahresabschlusses 2014 es durchaus realistisch sei, mit einer dauerhaften Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ pro Jahr zu rechnen.

Damit ergaben sich gemäß den Veranschlagungen im Nachtrag 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020 nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ergebnisabführung alt	600 T€	600 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€	1.000 T€
Ergebnisabführung neu	1.580 T€	1.200 T€				

Dabei war folgende Veränderung zu beachten: Bis einschließlich der Veranschlagung im Haushaltsplan 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna bezog sich die veranschlagte Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna des jeweiligen Haushaltsjahres auf das gleichlautende Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Mit dem beschlossenen 1. Nachtrag 2015 / 2016 wurde dieser Gleichklang aufgegeben.

Die Veranschlagung im Haushaltsjahr 2015 der Kreisstadt Unna bezog sich auf die Ergebnisabführungen der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 der Stadtbetriebe Unna und ab dem Haushaltsjahr 2016 der Kreisstadt Unna jeweils auf das vorangegangene Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Damit erhöhte sich die Ergebnisabführung gegenüber den Festsetzungen im Doppelhaushalt 2015 / 2016 in den Jahren 2015 und 2016 von jeweils 600 T€ auf jeweils 1.200 T€ und in den Jahren 2017 bis 2019 von jeweils 1.000 T€ auf jeweils 1.200 T€.

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2017 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 01. Dezember 2016 beschlossen wurde, ging davon aus, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfolgsplanungen sowie der in der Vergangenheit erzielten Verbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 von einer gemittelten Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ ausgegangen werden könne.

Damit ergaben sich für die Wirtschaftsplanjahre 2016 bis 2021 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ergebnisabführung	1.200 T€					

Der Wirtschaftsplan 2017 wies einen Planüberschuss in Höhe von 1.229 T€ (davon Saldo Gewinn Originärer Bereich in Höhe von 4.344 T€ abzüglich Verlust Auftragsbereich in Höhe von 3.122 T€ in Höhe von 1.222 T€) aus und erfüllte damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für 2017.

Wesentliche Ursachen für die geplante Zielerreichung in 2017 waren

- die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 4.860 T€
- sowie die personalwirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus der Nicht-Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen und der Nicht-Besetzung von Stellen nach dem Eintritt der bisherigen Stelleninhaber in den Ruhestand ergaben.

Mittelfristig war weiterhin davon auszugehen, dass die Verluste im Bereich Hochwasserschutz in den kommenden Jahren deutlich ansteigen würden, da weitere Abschreibungen, Zinsen und Betriebskosten aufgrund von Anlagen, die durch die Stadtbetriebe Unna neu errichtet wurden bzw. werden (Hochwasserrückhaltebecken Bimberghof und Hochwasserrückhaltebecken Massener Heide) zusätzlich zu berücksichtigen sein werden.

Der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Bimberghof, dessen Baukosten in den Jahren 2013 bis 2017 des Vermögens- und Finanzplans veranschlagt waren, sollte voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2017 in Betrieb genommen werden können.

Mit der Inbetriebnahme in 2017 sollten auch die entsprechenden Finanzierungs- und Betriebskosten anfallen. Die Wirtschaftsplanung ging davon aus, dass für das neue Hochwasserrückhaltebecken Bimberghof zusätzliche Abschreibungen in Höhe von ca. 150 T€, zusätzliche Zinsen in Höhe von ca. 29 T€ und zusätzliche Betriebskosten in Höhe von ca. 80 T€ anfielen, denen zusätzliche sonstige betriebliche Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen bzw. Kostenbeteiligungen in Höhe von ca. 101 T€ gegenüberstünden, so dass sich eine Mehrbelastung in Höhe von ca. 158 T€ durch das neue Hochwasserrückhaltebecken ergeben werde.

Hinzu kommen jährlich steigende Belastungen aus der Zahlungsübernahme für die Kreisstadt Unna für die Niederschlagswassergebühren Straßen.

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurde insgesamt ein vorläufiger Jahresüberschuss lt. Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 2.140.807,23 € erwirtschaftet.

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Originärer Bereich	+ 4.344.000,00 €	+ 4.883.268,95 €	+ 4.772.933,38 €
Auftragsbereich	- 3.122.000,00 €	- 2.723.157,49 €	- 2.271.111,26 €
Drittbereich	+ 7.000,00 €	- 19.304,23 €	+ 17.173,62 €
Gesamt	+ 1.229.000,00 €	2.140.807,23 €	2.518.995,74 €

Von diesem vorläufigen Jahresüberschuss soll der Allgemeinen Rücklage die Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof in Höhe von 133.528,27 € zugeführt werden. Ohne Berücksichtigung des Verlusts des steuerlichen Drittbereichs in Höhe von 19.304,23 €, der nach 2018 vorgetragen werden soll, verbliebe so ein Jahresgewinn in Höhe von 2.026.583,19 €.

Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes wäre eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.026.583,19 € angezeigt.

Aufgrund der Ratsbeschlüsse zum Kernhaushalt der Kreisstadt Unna und dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept ist es jedoch erforderlich, – wie zu den Jahresabschlüssen 2013, 2014, 2015 und 2016 – einen möglichst hohen Betrag als Gewinn an den Kernhaushalt der Kreisstadt Unna abzuführen.

Wegen der bestehenden besonderen Problematik des Teiches des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung) schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II, deren Kosten sich auf rd. 800 T€ belaufen werden und für die im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 ein erster Teilbetrag in Höhe von 155 T€ in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt wurde, einen weiteren Teilbetrag in Höhe von 301 T€ einzustellen.

Aufgrund der intensiven Diskussion um die Weiterentwicklung der Stadtbetriebe Unna, die sowohl die Standort-, die bauliche als auch die konzeptionelle Situation umfasst, schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, den Stadtbetrieben einen Betrag in Höhe von 170 T€ zur Verfügung zu stellen, um die mittelfristige Zukunft der Stadtbetriebe Unna planen, gestalten und optimieren zu können.

Ausgehend vom o. g. verbleibenden Jahresgewinn in Höhe von 2.026.583,19 € und der weiteren Zuführung zu der zweckgebundenen Rücklage für das Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II in Höhe von 300.713,07 € sowie der zweckgebundenen Rücklage Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna in Höhe von 170.000,00 € soll ein Betrag in Höhe von 1.555.870,12 € an den Haushalt der Kreisstadt Unna abgeführt werden. Gegenüber den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes wird damit ein überplanmäßiger Betrag in Höhe von 355.870,12 € abgeführt, der neben der veranschlagten Gewinnabführung in Höhe von 1.200.000,00 € die Überdeckungen der Bereiche laufende Straßenunterhaltung in Höhe von 52.087,24 €, laufende Grünpflege in Höhe von 218.625,71 € und Winterdienst in Höhe von 85.157,17 € umfasst.

Passt man das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 um die Zuführung der Passiven Rechnungsabgrenzung Friedhof zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 133.528,27 € an, um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu ermöglichen, ergibt sich folgender Vergleich zum Erfolgsplan 2017 und zum Ergebnis 2016:

Gesamtbetrieb

Bereich	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Originärer Bereich	+ 4.344.000,00 €	+ 4.749.740,68 €	+ 4.639.405,11 €
Auftragsbereich	- 3.122.000,00 €	- 2.723.157,49 €	- 2.358.579,68 €
Drittbereich	+ 7.000,00 €	- 19.304,23 €	+ 17.173,62 €
Gesamt	+ 1.229.000,00 €	+ 2.007.278,96 €	+ 2.297.999,05 €

Das obige Ergebnis des Gesamtbetriebes hat sich gegenüber der Planung um 778,3 T€ verbessert und gegenüber dem Jahresergebnis 2016 um 290,7 T€ verschlechtert. Gegenüber der Planung ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 405,7 T€ und im Auftragsbereich um 398,9 T€, während sich im Drittbereich Verschlechterungen um 26,3 T€ ergaben. Gegenüber 2016 ergaben sich Verbesserungen im Originären Bereich um 110,3 T€, während sich im Auftragsbereich Verschlechterungen um 364,6 T€ und im Drittbereich um 36,4 T€ ergaben.

Das laut Wirtschaftsplan 2017 mit einem Gesamtüberschuss von 1.229 T€ prognostizierte Ergebnis konnte damit deutlich übertroffen werden. Begründet ist dies im Wesentlichen in den gegenüber der Planung erzielten Verbesserungen von insgesamt 863,9 T€ in den Bereichen Hochwasserschutz (+ 276,5 T€), Grünflächenpflege (+ 219,0 T€) – davon 218,6 T€ lfd. Grünflächenpflege –, Gewässerunterhaltung (+ 89,5 T€), Winterdienst (+ 85,2 T€), Straßenunterhaltung (+ 59,4 T€) – davon 52,1 T€ lfd. Straßenunterhaltung –, städtische Friedhöfe (+ 53,4 T€), Sonstige Auftragsleistungen Stadt (+ 35,2 T€), Abfallwirtschaft (+ 32,7 T€), Straßenreinigung (+ 13,0 T€), denen Verschlechterungen in den Bereichen Abwasserwirtschaft (– 59,3 T€) und steuerpflichtiger Drittbereich (– 26,3 T€) gegenüber stehen.

Begründet liegt die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses 2017 zu einem großen Teil in der Auflösung von Altrückstellungen in Höhe von insgesamt 620,5 T€, die auf die Bereiche Dienste (131,1 T€), Abwasserwirtschaft (116,6 T€), Friedhöfe (70,3 T€), Gewässerunterhaltung (74,6 T€), Hochwasserschutz (69,2 T€) und Grünflächenpflege (158,7 T€) entfielen. Die Auflösung von Altrückstellungen in den Gebührenbereichen Abwasserwirtschaft und Friedhöfe in Höhe von insgesamt 186,9 T€ wurde den Gebührenausgleichsverbindlichkeiten Abwasserwirtschaft und Friedhöfe zugeführt.

Im Einzelnen haben sich die Ergebnisse in den Sparten wie folgt entwickelt:

Bereich	Planung	Ergebnis	Ergebnis	Veränderungen	
	2017	2017	2016	Ergebnis 2017 zu	Ergebnis
	€	€	€	Planung	2016
				2017	€
	€	€	€	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 4.860.000	+ 4.800.714	+ 4.663.560	- 59.286	+ 137.154
Drittbereich	+ 7.000	- 19.304	+ 17.174	- 26.304	- 36.478
Verschlechterungen	+ 4.867.000	+ 4.781.410	+ 4.680.734	- 85.590	+ 100.676
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 50.652	+ 107.047	+ 32.652	- 56.395
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 28.023	+ 55.245	+ 13.023	- 27.222
Städtische Friedhöfe *	- 83.000	- 29.585	+ 17.763	+ 53.415	- 47.348
Gewässerunterhaltung	- 128.000	- 38.533	- 66.912	+ 89.467	+ 28.379
Hochwasserschutz	- 338.000	- 61.530	- 137.298	+ 276.470	+ 75.768
Straßenunterhaltung	+ 0	+ 52.087	+ 231.599	+ 52.087	- 179.512
Komm. Anteil					
Straßenunterhaltung	- 3.009.200	- 3.001.863	- 2.813.994	+ 7.337	- 187.869
Grünflächenpflege	+ 0	+ 218.626	+ 294.099	+ 218.626	- 75.473
Komm. Anteil					
Grünflächenpflege	- 112.800	- 112.373	- 111.653	+ 427	- 720
Winterdienst *	+ 0	+ 85.157	+ 0	+ 85.157	+ 85.157
Sonstige Auftragsleistungen Stadt	+ 0	+ 35.208	+ 41.369	+ 35.208	- 6.161
Verbesserungen	- 3.638.000	+ 2.774.131	+ 2.382.735	+ 863.869	- 391.396
Gesamt	+ 1.229.000	+ 2.007.279	+ 2.297.999	+ 778.279	- 290.720

* nach Rücklagenzuführung Friedhöfe 2016 und 2017 und Winterdienst 2016

II.1.2 Verwaltung und Dienste (vor Verrechnung)

Bereich	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Verwaltung, Rechnungswesen, Controlling	- 1.575.000,00 €	- 1.477.767,13 €	- 877.326,68 €
Zentrale Dienste	- 389.000,00 €	- 212.663,18 €	- 270.813,52 €
Gesamt	- 1.964.000,00 €	- 1.690.430,31 €	- 1.148.140,20 €

Bereich Verwaltung

Das Ergebnis des Bereiches Verwaltung vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 97,2 T€ verbessert und gegenüber dem Ergebnis 2016 um 600,4 T€ verschlechtert.

Wesentliche Verbesserungen gegenüber der Wirtschaftsplanung ergeben sich beim Personalaufwand (- 102,4 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 9,1 T€), den Umsatzerlösen (+ 4,2 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 2,9 T€), den Abschreibungen (- 3,6 T€), dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 2,0 T€), dem Zinsaufwand (- 0,5 T€), und den sonstigen Steuern (- 0,2 T€), die durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 26,7 T€) und den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (- 1,0 T€) entsprechend reduziert werden.

Die Verschlechterungen gegenüber 2016 resultieren im Wesentlichen aus gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträgen (- 494,8 T€), gestiegenem Personalaufwand (+ 112,2 T€), gesunkenen sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (- 17,9 T€), gestiegenem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 2,0 T€), gestiegenen Abschreibungen (+ 3,5 T€), gestiegenem Zinsaufwand (+ 0,3 T€) und gesunkenen Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (- 0,3 T€), die durch Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 21,8 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 4,5 T€), den Umsatzerlösen (+ 4,2 T€) und den sonstigen Steuern (- 0,1 T€) entsprechend reduziert werden.

Bereich Zentrale Dienste

Das Ergebnis des Bereiches Zentrale Dienste vor Verrechnung hat sich gegenüber der Planung um 176,3 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2016 um 58,1 T€ verbessert.

Verbesserungen gegenüber der Wirtschaftsplanung ergeben sich bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 135,9 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetriebl. Leistungsverrechnung (- 26,6 T€), beim Personalaufwand (- 17,8 T€), bei den Abschreibungen (- 17,5 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 7,1 T€), den Umsatzerlösen (+ 4,2 T€), den sonstigen Steuern (- 0,2 T€), bei den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (+ 0,1 T€), die durch Verschlechterungen bei sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 33,1 T€) reduziert werden.

Die Verbesserungen gegenüber 2016 resultieren im Wesentlichen aus gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 263,9 T€), gesunkenem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 10,7 T€), gesunkenem Personalaufwand (- 10,0 T€), gestiegenen Umsatzerlösen (+ 4,2 T€), gesunkenen Abschreibungen (- 2,8 T€) und gestiegenen Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (+ 0,4 T€), die

durch Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (– 230,9 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 2,0 T€), den sonstigen Steuern (+ 0,5 T€) und den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (– 0,5 T€) reduziert werden.

II.1.3 Originärer Bereich

Bereich	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Abwasserwirtschaft	+ 4.860.000,00 €	+ 4.800.713,94 €	+ 4.663.559,88 €
Abfallwirtschaft	+ 18.000,00 €	+ 50.651,92 €	+ 107.047,25 €
Straßenreinigung	+ 15.000,00 €	+ 28.023,02 €	+ 55.245,43 €
Städtische Friedhöfe *	- 83.000,00 €	- 29.584,81 €	+ 17.763,47 €
Gewässerunterhaltung	- 128.000,00 €	- 38.533,48 €	- 66.912,50 €
Hochwasserschutz	- 338.000,00 €	- 61.529,91 €	- 137.298,42 €
Gesamt	+ 4.344.000,00 €	+ 4.749.740,68 €	+ 4.639.405,11 €

* nach Rücklagenzuführung

Bereich Abwasserwirtschaft

Die vom Rat am 22. Dezember 2016 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2017 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 4.860 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 632.920,92 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2019, 2020 und 2021 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 4.800,7 T€ (- 59,3 T€ gegenüber der Planung) ist im Wesentlichen auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen (179,7 T€), den Auflösungen von Kanalanschlussbeiträgen (15,0 T€) und den Umlagen (9,4 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen bei den Auflösungen aus Investitionszuschüssen (77,3 T€), sonstiger Art (43,3 T€) – hauptsächlich aufgrund von Erlösen aus Anlagenabgang und der Teilauflösung von Rückstellungen – und den Zinsen (24,2 T€) gegenüberstehen.

Im Vergleich mit dem bilanziellen Ergebnis 2016 in Höhe von 4.663,6 T€ ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von 137,2 T€, die sich im Wesentlichen aus zusätzlichen Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Abschreibungen (127,2 T€), den Zinsen (48,5 T€) und den Auflösungen aus Investitionszuschüssen (0,4 T€) ergibt, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Umlagen (15,3 T€), bei den Auflösungen von Kanalanschlussbeiträgen (12,0 T€) und sonstiger Art (11,6 T€) – hauptsächlich aufgrund des Wegfalls periodenfremder Erträge – gegenüberstehen.

Bereich Abfallwirtschaft

Die vom Rat am 22. Dezember 2016 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2017 ein jahresbezogen ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 18 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 622.326,12 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2019, 2020 und 2021 aufgelöst werden.

Die Ausweisung eines bilanziellen Überschusses von 50,7 T€ (+ 32,7 T€ gegenüber der Planung) ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (37,6 T€) – hauptsächlich aufgrund von Erlösen aus Anlagenabgang und der Teilauflösung von Rückstellungen –, bei den Abschreibungen (2,6 T€) und den Umlagen (0,6 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Zinsen (8,1 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 56,4 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 107,1 T€ in 2016 auf + 50,7 T€ in 2017) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (34,5 T€) – hauptsächlich aufgrund des Wegfalls periodenfremder Erträge –, bei den Umlagen (23,2 T€) und den Abschreibungen (0,7 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen beim Zinsaufwand (2,0 T€) gegenüberstehen.

Bereich Straßenreinigung

Die vom Rat am 22. Dezember 2016 beschlossene Gebührenkalkulation sah für das Wirtschaftsjahr 2017 ein jahresbezogenes ausgeglichenes Ergebnis vor; der bilanzielle Überschuss sollte sich auf 15 T€ belaufen.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 34.822,52 € wurde der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt und wird im Rahmen der Gebührenkalkulationen 2019, 2020 und 2021 aufgelöst werden.

Der bilanzielle Überschuss 2017 erhöht sich gegenüber der Planung um 13,0 T€ (von 15 T€ auf 28,0 T€); die Verbesserung des bilanziellen Ergebnisses ist auf zusätzliche Verbesserungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) bei den Zinsen (6,6 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen - Teilauflösung von Rückstellungen -(5,9 T€) und den Umlagen (4,4 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verschlechterungen bei den Abschreibungen (3,3 T€) und sonstiger Art (0,6 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung des bilanziellen Ergebnisses um 27,2 T€ gegenüber dem Vorjahr (von + 55,2 T€ in 2016 auf + 28,0 T€ in 2017) ist auf zusätzliche Verschlechterungen (Differenz zwischen kalkulatorischen und bilanziellen Werten) sonstiger Art (18,0 T€) – hauptsächlich aufgrund des Wegfalls periodenfremder Erträge –, bei den Zinsen (5,0 T€) und bei den Umlagen (5,0 T€) zurückzuführen, denen zusätzliche Verbesserungen bei den Abschreibungen (0,8 T€) gegenüberstehen.

Bereich Friedhof

Im Bereich Friedhofswesen hatten sich in den vergangenen Jahren aufgrund des sich verändernden Bestattungsverhaltens erhebliche Unterdeckungen ergeben. Der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna hatte sich in seiner Sitzung am 29. April 2008 intensiv mit den Perspektiven der Friedhofskultur (Bestattungskultur im Wandel, neue Grabarten, Bestattungszahlen, Verhältnis von Erd- zu Urnenbestattungen) auseinandergesetzt und die Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises Friedhöfe beschlossen.

Die neue Friedhofssatzung und die neue Friedhofsgebührensatzung (Vorlage Nr. 0011/09 und 0012/09) sind in den Sitzungen des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 19. Mai 2010 und des Rates der Kreisstadt Unna am 20. Mai 2010 ohne Gegenstimmen empfohlen bzw. beschlossen worden. Die neuen Gebührenstrukturen sind damit nach ihrer Bekanntmachung am 01. Juni 2010 in Kraft getreten.

Die Fortschreibung erfolgte durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2011 durch den Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 16. Dezember 2010, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2012 in der Ratssitzung am 15. Dezember 2011, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2013 in der Ratssitzung am 29. November 2012, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2014 in der Ratssitzung am 19. Dezember 2013, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2015 in der Ratssitzung am 18. Dezember 2014, durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2016 in der Ratssitzung am 17. Dezember 2015 sowie durch Beschluss der Friedhofsgebührensatzung 2017 in der Ratssitzung am 14. Dezember 2016.

Der Wirtschaftsplan 2017 berücksichtigte – ausgehend von den Ergebnissen der Vorjahre und unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses – eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. sowie einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte ein bilanzielles Plandefizit in Höhe von 83 T€.

Aufgrund der gegenüber der Planung niedrigeren Bestattungszahlen (506 statt 515), denen aber voraussichtlich Verbesserungen bei den Graberwerben (294 statt 282), den Verlängerungen (2.200 statt 1.987 Jahre) und den Trauerfeiern (270 statt 250) gegenüber stehen, ging die Berichterstattung im Rahmen des Finanzberichts zum 30. Juni 2017 (Vorlage Nr. 1007/17) davon aus, dass insgesamt von einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt ausgegangen werden könne.

Nach den Daten zum 31. Oktober 2017 – Erstellung Wirtschaftsplanentwurf 2018 – war davon auszugehen, dass sich die Zahl der Bestattungen auf ca. 478 und die Zahl der Graberwerbe auf ca. 277 verringern und die Zahl der Verlängerungsjahre auf ca. 2.206 Jahre erhöhen würde.

Insgesamt könne davon ausgegangen werden, dass der gebührenrechtliche Abschluss ausgeglichen gestaltet und das bilanzielle Planergebnis in Höhe von – 83 T€ voraussichtlich erreicht werden könne.

Das tatsächliche gebührenrechtliche Ergebnis 2017 im Bereich Friedhofswesen beläuft sich auf 88.875,79 € und verbessert sich damit gegenüber der Planung (0 T€) um 88,9 T€, was im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 74,3 T€, davon Auflösungen von Rückstellungen 70,3 T€), bei den Umlagen (– 30,8 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 10,8 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 8,7 T€), beim Personalaufwand (– 8,7 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 8,6 T€), und den kalkulatorischen Zinsen (– 6,5 T€) zurückzuführen ist, denen Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (– 22,3 T€), den kalkulatorischen Abschreibungen (+ 20,0 T€) und den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 17,2 T€) gegenüberstehen.

Die Zahlen der Bestattungen haben sich gegenüber den Erwartungen zum 31. Oktober 2017 zwar verbessert, jedoch sind im Vergleich zu den Planzahlen die Bestattungen und die Graberwerbe rückläufig, während die Planzahlen der Verlängerungen und Trauerfeiern geringfügig überschritten wurden – Bestattungen (485 statt 515), Graberwerbe (276 statt 282), Verlängerungen (2.279 Jahre statt 1.987 Jahre) und Trauerfeiern (255 statt 250) –, insgesamt beliefen sich die Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen auf 22,3 T€.

Der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 88.875,79 € wurde der Gebührenausschleichsverbindlichkeit Friedhöfe zugeführt und wird im Rahmen der Gebühre kalkulationen 2019, 2020 und 2021 aufgelöst werden.

Das bilanzielle Ergebnis 2017 im Bereich Friedhofswesen (einschließlich der Sparte Ehrengräber und jüdischer Friedhof) beläuft sich auf – 29,6 T€ und verbessert sich damit gegenüber der Planung (– 83,0 T€) um 53,4 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 84,9 T€), den Umlagen (– 28,1 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 13,3 T€), dem Zinsaufwand (– 10,2 T€), bei den Umsatzerlösen (+ 9,1 T€), dem Personalaufwand (– 8,7 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 8,6 T€) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 7,8 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen beim Gebührenabschluss (– 88,9 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 19,3 T€) und den Abschreibungen (– 9,1 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen im Gebührenabschluss 2017 in Höhe von 88,9 T€ ergeben sich daraus, dass die Wirtschaftsplanung eine Entnahme aus der Gebührenausschleichsverbindlichkeit in Höhe von 149.686,26 T€ vorsah, im Rahmen des Gebührenabschlusses 2017 der Gebührenausschleichsverbindlichkeit sowohl planmäßig ein Betrag in Höhe von 149.686,26 € entnommen, als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 88.875,79 € zugeführt wurde, saldiert also 60.810,47 €.

Gegenüber dem bilanziellen Ergebnis 2016 in Höhe von + 17,8 T€ verschlechtert sich das bilanzielle Ergebnis 2017 um 47,4 T€ auf – 29,6 T€. Dies ist im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 79,3 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 59,9 T€), bei den Umlagen (+ 42,3 T€), dem Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 11,1 T€), den Abschreibungen (+ 9,1 T€), bei den Umsatzerlösen (– 5,5 T€) sowie den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (+ 1,4 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen beim Gebührenabschluss (+ 87,7 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 52,9 T€), dem Personalaufwand (+ 10,2 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 9,4 T€) und dem Zinsaufwand (– 1,0 T€) gegenüberstehen.

Die Verbesserungen beim Gebührenabschluss gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 87,7 T€ ergeben sich daraus, dass im Rahmen des Gebührenabschlusses 2016 der Gebührenausschleichsverbindlichkeit planmäßig ein Betrag in Höhe von 102.686,26 € entnommen als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2016 in Höhe von 129.568,00 € zugeführt wurde, saldiert also 26.881,74 €, während im Rahmen des Gebührenabschlusses 2017 der Gebührenausschleichsverbindlichkeit sowohl planmäßig ein Betrag in Höhe von 149.686,26 € entnommen, als auch der gebührenrechtliche Überschuss 2017 in Höhe von 88.875,79 € zugeführt wurde, saldiert also 60.810,47 €. Die Summe beider Salden beläuft sich auf 87.692,21 €.

Bereich Gewässerunterhaltung

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Gewässerunterhaltung in Höhe von 128 T€ beläuft sich das Jahresergebnis 2017 auf – 38,5 T€ und verbessert sich damit um 89,5 T€.

Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 49,6 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrech-

nung (– 31,6 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 5,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 2,0 T€) und den Umlagen (– 1,8 T€) zurückzuführen; dem stehen Verschlechterungen beim Personalaufwand (+ 0,5 T€) gegenüber.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2016 in Höhe von – 66,9 T€ ergibt sich eine Verbesserung von insgesamt 28,4 T€, die im Wesentlichen auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 44,6 T€) und bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 4,0 T€) zurückzuführen ist, denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 12,5 T€), beim Personalaufwand (+ 5,4 T€), den Umlagen (+ 1,5 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 0,6 T€) und den Zinsen und ähnlichen Erträgen (– 0,2 T€) gegenüberstehen.

Bereich Hochwasserschutz

Ausgehend von einer Planunterdeckung für den Bereich Hochwasserschutz in Höhe von 338 T€ beläuft sich das Jahresergebnis auf – 61,5 T€ und verbessert sich damit um 276,5 T€.

Dies ist im Wesentlichen auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 90,7 T€), bei den Abschreibungen (– 69,5 T€), bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 66,5 T€), beim Zinsaufwand (– 37,5 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 6,5 T€), den Umlagen (– 5,5 T€) und beim Personalaufwand (– 0,4 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den sonstigen Steuern (+ 0,1 T€) gegenüberstehen.

Gegenüber dem Jahresergebnis 2016 in Höhe von – 137,3 T€ ergibt sich eine Verbesserung von 75,8 T€, die auf Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 167,5 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 7,2 T€), beim Zinsaufwand (– 2,4 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 0,1 T€), denen Verschlechterungen bei den Abschreibungen (+ 97,8 T€) und den Umlagen (+ 3,6 T€) gegenüberstehen.

Zusammengefasst beläuft sich das Ergebnis für die Bereiche Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz auf – 100,1 T€ und bedeutet damit eine Verbesserung um 365,9 T€ gegenüber den Planzahlen 2017 bzw. um 104,1 T€ gegenüber dem Ergebnis 2016 in Höhe von 204,2 T€.

II.1.4 Auftragsbereich Stadt

Bereich	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	+ 52.087,24 €	+ 231.598,66 €
Anteile Kreisstadt Unna	- 3.009.200,00 €	- 3.001.862,60 €	- 2.813.993,59 €
Straßenunterhaltung gesamt	- 3.009.200,00 €	- 2.949.775,36 €	- 2.582.394,93 €
Grünflächenpflege	+ 0,00 €	+ 218.625,71 €	+ 294.098,72 €
Anteil Kreisstadt Unna	- 112.800,00 €	- 112.373,12 €	- 111.652,69 €
Grünflächenpflege gesamt	- 112.800,00 €	+ 106.252,59 €	+ 182.446,03 €
Winterdienst *	+ 0,00 €	+ 85.157,17 €	+ 0,00 €
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0,00 €	+ 35.208,11 €	+ 41.369,22 €
Gesamt	- 3.122.000,00 €	- 2.723.157,49 €	- 2.358.579,68 €

* nach Rücklagenzuführung 2016

Bereich Straßenunterhaltung

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Straßenunterhaltung konnte gegenüber der Planung verbessert werden. Ausgehend von einem Plandefizit 2017 in Höhe von 0 T€ konnten bei einem Ergebnis in Höhe von + 52,1 T€ Verbesserungen in gleicher Höhe erzielt werden. Die Verbesserungen ergaben sich bei den Umlagen (- 37,6 T€), den Abschreibungen (- 37,2 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 18,7 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 9,2 T€), dem Zinsaufwand (- 2,0 T€), den Umsatzerlösen (+ 1,1 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 0,7 T€) und den sonstigen Steuern (- 0,4 T€), denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 45,6 T€), bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 7,8 T€) und dem Personalaufwand (+ 1,4 T€) gegenüberstehen.

	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Straßenunterhaltung	+ 0,00 €	+ 52.087,24 €	+ 231.598,66 €

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung von insgesamt 179,5 T€, davon entfallen auf Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung 71,8 T€, bei den Umlagen 39,7 T€, bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung 23,2 T€, bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen 20,6 T€, beim Personalaufwand von 13,6 T€, bei den sonstigen betrieblichen Erträgen 5,9 T€, den Umsatzerlösen 3,3 T€, den aktivierten Eigenleistungen 1,4 T€ und den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen 0,7 T€, denen Verbesserungen bei den Abschreibungen von 0,7 T€ gegenüberstehen.

Der Wirtschaftsplan 2017 weist im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) ein Defizit in Höhe von 3.009,2 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen für die Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 2.880,2 T€ (2.812,5 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 67,7 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 129,0 T€ (126 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 3,0 T€ Umlagen).

Das Ergebnis im Bereich Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna) für 2017 beläuft sich auf - 3.001,9 T€ und verbessert sich gegenüber der Planung um 7,3 T€, was auf Verbesserungen bei den Umlagen zurückzuführen ist. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Ver-

schlechterung um 187,9 T€ – während sich die Niederschlagswassergebühren um 166,1 T€ erhöhen, steigen die Umlagen gegenüber dem Vorjahr um 21,8 T€.

	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Niederschlagswassergebühren Kreisstadt Unna	- 2.812.500,00 €	- 2.812.468,62 €	- 2.646.340,52 €
Kommunaler Anteil Straßenreinigung Kreisstadt Unna	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €	- 126.000,00 €
Umlagen Verwaltung / Dienste	- 70.700,00 €	- 63.393,98 €	- 41.653,07 €
Anteile Kreisstadt Unna gesamt	- 3.009.200,00 €	- 3.001.862,60 €	- 2.813.993,59 €

Bereich Grünflächenpflege

Das beeinflussbare Ergebnis im Bereich der Grünflächenpflege konnte gegenüber der Planung verbessert werden. Ausgehend von einem Plandefizit 2017 in Höhe von 0 T€ konnten bei einem Ergebnis in Höhe von + 218,6 T€ Verbesserungen in gleicher Höhe erzielt werden. Diese Verbesserungen ergeben sich aus gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 184,0 T€), gestiegenen Umsatzerlösen (+ 159,1 T€), gesunkenem Personalaufwand (– 109,9 T€), gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 16,4 T€), gesunkenen Umlagen (– 16,2 T€), gesunkenem Zinsaufwand (– 7,5 T€), gestiegenen aktivierten Eigenleistungen (+ 1,5 T€) und gesunkenen sonstigen Steuern (– 0,5 T€), denen Verschlechterungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 131,3 T€), bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 97,4 T€) und den Abschreibungen (+ 47,8 T€) gegenüberstehen.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung von 75,5 T€; diese entfällt im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei den Umsatzerlösen (– 141,1 T€), den Umlagen (+ 46,9 T€), den Abschreibungen (+ 17,6 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 9,2 T€), den Zinsen und ähnlichen Erträgen (– 2,5 T€) sowie beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 0,9 T€), denen Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 96,1 T€), dem Personalaufwand (– 36,6 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 7,7 T€), dem Zinsaufwand (– 1,0 T€), den aktivierten Eigenleistungen (+ 1,0 T€) und den sonstigen Steuern (– 0,3 T€) gegenüberstehen.

Das Ergebnis im Bereich Grünflächenpflege (Anteil Kreisstadt Unna), in dem die Stadtbetriebe Unna die Kostenanteile der Kreisstadt Unna für die Nutzung des Süd- und Westfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage finanzieren, beläuft sich auf – 112,4 T€ und verbessert sich gegenüber der Planung (– 112,8 T€) um 0,4 T€; gegenüber dem Vorjahr (– 111,7 T€) ergibt sich eine Verschlechterung um 0,7 T€. Die Verschlechterungen ergeben sich jeweils aus gestiegenen Umlagen.

Bereich Winterdienst

Aufgrund deutlich erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst im Wirtschaftsjahr 2010 ergab sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 trotz der Auflösung einer 2007 gebildeten Winterdienstrückstellung eine Unterdeckung in Höhe von 290.834,02 €.

Im Rahmen der Umstellung der Finanzierung des Winterdienstes von der Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2012 wurde diese Unterdeckung in die Kalkulation einbezogen und sollte durch eine jeweils hälftige Berücksichtigung in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 abgebaut werden; darüber hinaus hatte sich der Rat der Kreisstadt Unna seinerzeit dafür ausgesprochen, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen.

Der gebührenrechtliche Abschluss 2011 wies einen Überschuss im Bereich Winterdienst in Höhe von 52.817,24 € aus. Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Kreisstadt Unna vom 10. November 2011, die Finanzierung des Winterdienstes ab dem Wirtschaftsjahr 2012 von einer Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung umzustellen (Vorlage Nr. 0381/11 und Vorlage Nr. 0381/11E1), konnte dieser Überschuss nicht mehr der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung (bis 2010: Rückstellung Straßenreinigung) zugeführt werden. Der Überschuss in Höhe von 52.817,24 € wurde daher zweckgebunden in die Rücklage Risikovorsorge Winterdienst eingestellt.

Der Bereich Winterdienst wies für 2012 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 120,2 T€ einen Überschuss in Höhe von 145,4 T€ aus. Dieser Überschuss wurde aufgrund des Beschlusses des Rates der Kreisstadt Unna vom 15. Juni 2014 (Vorlage Nr. 0914/14) ebenfalls der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt.

Die Veranschlagung 2013 sah vor, den zweiten Teil des Defizits 2010 in Höhe von 145 T€ abzudecken. Bereits nach Auswertung der Daten des 1. Halbjahres 2013 war nicht mehr davon auszugehen, dass dieses Ziel erreicht werden könnte. Aufgrund der zahlreichen Winterdiensteinsätze war allenfalls eine geringe Überdeckung zu erwarten, die der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt werden sollte.

Der Bereich Winterdienst wies für 2013 unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 30.322,58 € ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2013 bedeutete dies eine Verschlechterung um 145 T€.

Die Veranschlagungen des Wirtschaftsplanes 2014 sahen daher die Abdeckung des Restdefizits 2010 in Höhe von 145 T€ vor.

Im Wirtschaftsjahr 2014 konnte unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 66.724,07 € ein Überschuss von 145.417,01 € erzielt werden; damit war der Verlustvortrag aus 2010 vollständig ausgeglichen.

Die Veranschlagungen des Wirtschaftsplanes 2015 sahen folglich keine Defizitabdeckung vor; der Grundsteueranteil von 25 v. H. – Punkten des Hebesatzes der Grundsteuer B konnte ab 2015 auf 18 v. H. – Punkte reduziert werden. Unter Veranschlagung von Entgelten in Höhe von 375 T€ sah der Wirtschaftsplan 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Der Bereich Winterdienst wies für 2015 - unter Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 138.957,15 € - ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Für 2016 wies der Bereich Winterdienst - ohne Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst in Höhe von 87.468,42 € - einen Überschuss in Höhe von 87,5 T€ aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2016 bedeutete dies eine Verbesserung um 87,5 T€ und war auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 87,5 T€), den Umlagen (- 53,6 T€), den Umsatzerlösen (+ 22,0 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 19,9 T€), dem Zinsaufwand (- 14,3 T€) und den Abschreibungen (- 8,6 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 118,5 T€) gegenüberstanden.

Die Überdeckung in Höhe von 87.468,42 € wurde der zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst zugeführt, so dass der Bereich Winterdienst insgesamt ein ausgeglichenes Ergebnis auswies.

Für 2017 weist der Bereich Winterdienst - ohne Berücksichtigung einer Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage Risikovorsorge Winterdienst - einen Überschuss in Höhe von 85,2 T€ aus.

Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2017 bedeutet dies eine Verbesserung um 85,2 T€ und ist auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 101,0 T€), den Umlagen (- 35,6 T€), den Abschreibungen (- 21,9 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 17,4 T€), dem Zinsaufwand (- 15,2 T€) und den Umsatzerlösen (+ 8,7 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 114,6 T€) gegenüberstehen.

Die zweckgebundene Rücklage Risikovorsorge Winterdienst weist zum 31. Dezember 2016 einen Stand in Höhe von 641.905,53 € aus; mit diesem Bestand ist es möglich, einen Winterdienst auch im Rahmen eines Starkwinters zu bewältigen. Die Überdeckung des Jahres 2017 wird daher an die Kreisstadt Unna ausgezahlt.

Vergleicht man das Ergebnis Winterdienst 2017 in Höhe von 85,2 T€ mit dem Ergebnis Winterdienst 2016 – vor Sonderrücklagenzuführung – in Höhe von 87,5 T€, ergibt sich eine Verschlechterung um 2,3 T€.

Diese Verschlechterung ist auf Verschlechterungen bei den Umlagen (+ 13,9 T€), bei den Umsatzerlösen (- 5,2 T€), den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 4,6 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen bei den Abschreibungen (- 13,3 T€), bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 3,9 T€), beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 3,3 T€) und dem Zinsaufwand (- 0,9 T€) gegenüberstehen.

Bereich Sonstige Auftragsleistungen

Der Bereich Sonstige Auftragsleistungen weist für 2017 eine Überdeckung in Höhe von 35,2 T€ aus. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2017 bedeutet dies eine Verbesserung um 35,2 T€ und ist auf Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (- 29,3 T€), bei den Umlagen (- 4,1 T€), bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 1,2 T€) und bei den Umsatzerlösen (+ 0,6 T€), zurückzuführen.

Verglichen mit dem Ergebnis 2016 in Höhe von 41,4 T€ bedeutet dies eine Verschlechterung um 6,2 T€ und ist auf Verschlechterungen bei den Umlagen (+ 12,0 T€) und beim Material-

aufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 0,2 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen bei den Umsatzerlösen (+ 5,6 T€) und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 0,4 T€) gegenüberstehen.

II.1.5 Drittbereich

Bereich	Plan 2017	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
Duale Systeme	+ 5.000,00 €	- 20.854,95 €	+ 8.407,81 €
Grabpflege	+ 1.000,00 €	+ 2.785,35 €	+ 8.281,37 €
Sonstige Leistungen an Dritte	+ 1.000,00 €	- 1.234,63 €	+ 484,44 €
Gesamt	+ 7.000,00 €	+ 19.304,23 €	+ 17.173,62 €

Bereich Duale Systeme

Der Jahresabschluss 2017 weist für den Bereich Duale Systeme eine Unterdeckung in Höhe von 20,9 T€ aus; dies bedeutet gegenüber der Planung 2017 eine Verschlechterung von 25,9 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2016 eine Verschlechterung von 29,3 T€. Die Verschlechterung gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf gestiegenen Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 62,2 T€), gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen (+ 4,0 T€), gesunkene Umsatzerlöse (– 2,0 T€) und gestiegene Umlagen (+ 0,5 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 21,3 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 8,7 T€), beim Personalaufwand (+ 7,2 T€), den Steuern vom Einkommen und Ertrag (– 3,0 T€), dem Zinsaufwand (– 1,4 T€), den sonstigen Steuern (– 0,6 T€) und den Abschreibungen (– 0,6 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterung gegenüber dem Jahresergebnis 2016 ist auf gestiegenen Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 28,1 T€), gestiegene Umlagen (+ 9,9 T€), gesunkene Umsatzerlöse (– 9,3 T€), gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen (+ 7,4 T€), gestiegenen Personalaufwand (+ 3,0 T€), gesunkene Zinsen und ähnliche Erträge (– 0,1 T€), denen Verbesserungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen (+ 19,3 T€), den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (+ 8,5 T€), dem Zinsaufwand (– 0,6 T€), und den sonstigen Steuern (– 0,1 T€) gegenüberstehen.

Bereich Grabpflege

Aufgrund der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre (2007: – 39 T€, 2008: – 29 T€) hatte der in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 29. April 2008 gebildete interfraktionelle Arbeitskreis Friedhof in seiner Sitzung am 02. September 2008 zugestimmt, im Bereich der Grabpflege keine neuen Dauergrabpflegeverträge abzuschließen und die bestehenden Jahrespflegeverträge zum 31. Dezember 2008 zu kündigen. Hiermit sollte versucht werden, die in den vergangenen Jahren deutlich angestiegenen Verluste zu reduzieren oder ganz abzubauen. Die Ergebnisse haben sich seitdem wie folgt entwickelt: 2009: – 14 T€, 2010: – 1 T€, 2011: + 10 T€, 2012: + 8,4 T€, 2013: + 5,6 T€, 2014: + 3,5 T€, 2015: + 1,6 T€, 2016: + 8,3 T€, 2017: + 2,8 T€. Damit wird gegenüber dem Planansatz (+ 1 T€) eine Verbesserung um 1,8 T€ und gegenüber dem Ergebnis 2016 eine Verschlechterung um 5,5 T€ erzielt.

Die Verbesserungen gegenüber der Planung sind auf gesunkenen Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 15,9 T€), gesunkene Umlagen (–

6,0 T€), gesunkenen Personalaufwand (– 5,2 T€), gestiegene sonstige betriebliche Erträge (+ 0,9 T€), gestiegene aktivierte Eigenleistungen (+ 0,6 T€) und gesunkene Abschreibungen (– 0,3 T€) zurückzuführen, denen Verschlechterungen bei den Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 14,5 T€), bei den Umsatzerlösen (– 11,6 T€) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 1,0 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus gesunkenen Erlösen aus innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 16,4 T€), gesunkenen Umsatzerlösen (– 7,5 T€), gesunkenen sonstigen betriebliche Erträgen (– 1,3 T€), gesunkenen Zinsen und ähnlichen Erträgen (– 0,1 T€), denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 15,1 T€), dem Personalaufwand (– 3,4 T€), den Umlagen (– 0,6 T€), den aktivierten Eigenleistungen (– 0,6 T€) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (– 0,1 T€) gegenüberstehen.

Die Entwicklung dieses Bereiches ist in den kommenden Wirtschaftsjahren verstärkt zu beobachten, um eine Stabilisierung zu erreichen.

Bereich Sonstige Leistungen an Dritte

Der Bereich Sonstige Leistungen an Dritte weist für 2017 eine Unterdeckung in Höhe von 1,2 T€ aus und verschlechtert sich damit gegenüber der Planung 2017 (+ 1 T€) um 2,2 T€. Gegenüber dem Ergebnis 2016 (+ 0,5 T€) bedeutet dies eine Verschlechterung um 1,7 T€.

Die Verschlechterungen gegenüber der Planung sind im Wesentlichen auf gesunkene Umsatzerlöse (– 6,0 T€), gestiegene sonstige betrieblichen Aufwendungen (+ 1,0 T€) und gestiegene Steuern vom Einkommen und Ertrag (+ 0,4 T€) zurückzuführen, denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 4,2 T€) und bei den Umlagen (– 1,0 T€) gegenüberstehen.

Die Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Wesentlichen aus gesunkenen Umsatzerlösen (– 3,1 T€) und gestiegenen Steuern vom Einkommen und Ertrag (+ 0,4 T€), denen Verbesserungen beim Materialaufwand einschließlich innerbetrieblicher Leistungsverrechnung (– 1,6 T€) und bei den Umlagen (– 0,2 T€) gegenüberstehen.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Umsatzerlöse im Bereich Sonstige Leistungen an Dritte in den letzten Jahren erheblich reduziert haben. Beliefen sie sich im Wirtschaftsjahr 2008 noch auf 121 T€, sanken sie in 2009 auf 88 T€ und in 2010 auf 58 T€. Nach einer kurzfristigen Verbesserung in 2011 auf 72 T€ sanken sie in 2012 auf 51 T€, in 2013 auf 49,7 T€, in 2014 auf 37,2 T€, in 2015 auf 13,8 T€, in 2016 auf 5,1 T€ und in 2017 auf 2,0 T€.

II.2 Lage

II.2.1 Ertragslage

a) Aufwendungen und Erträge

Die Aufwendungen und Erträge* im Wirtschaftsjahr 2017 stellen sich wie folgt dar:

	Verwaltung / Dienste €	Originärer Bereich €	Auftrags- bereich €	Dritt- bereich €
Umsatzerlöse	8.425,84	26.143.959,89	3.177.339,16	234.292,48
Umsatzerlöse ILV	267.758,90	2.894.995,86	1.361.354,34	131.193,43
Gebührenabschluss	0,00	- 438.199,07	0,00	0,00
Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
aktivierte Eigenleistungen	19,00	314.423,10	2.164,50	570,00
Sonstige betriebliche Erträge	154.524,43	996.872,71	198.279,63	22.723,15
Beteiligungserträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Erträge Ausleihungen	360,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Erträge gesamt	431.088,17	29.912.052,49	4.739.137,63	388.779,06
Materialaufwand Lieferungen	10.109,24	290.139,27	127.853,50	28.773,84
Materialaufwand Leistungen	12.069,32	11.684.377,26	4.182.815,35	32.928,52
Materialaufwand Leistungen ILV	79.315,60	3.022.174,43	1.373.106,32	180.706,18
Personalaufwand Lohn/Gehalt	817.590,56	2.189.283,48	759.848,93	73.172,29
Personalaufwand Soz. Aufwand	117.322,57	425.369,11	162.640,49	13.044,12
Personalaufwand				
Altersversorgung	178.185,95	213.509,56	50.715,59	7.049,04
Abschreibungen	33.934,00	3.355.742,18	203.697,00	19.554,82
Sonstiger betrieblicher Aufwand	869.827,20	1.006.991,61	149.734,24	19.804,98
Zinsen und ähnlicher Aufwand	439,67	1.753.016,64	7.592,40	573,48
Steuern vom Einkommen				
und Ertrag	0,00	0,00	0,00	407,42
Sonstige Steuern	2.724,37	4.012,39	3.480,02	145,45
Aufwendungen gesamt	2.121.518,48	23.944.615,93	7.021.483,84	376.160,14
Zwischensumme	- 1.690.430,31	5.967.436,56	- 2.282.346,21	12.618,92
Umlagen	1.690.430,31	- 1.217.695,88	- 440.811,28	- 31.923,15
Jahresergebnis 2017 *	0,00	+ 4.749.740,68	- 2.723.157,49	- 19.304,23

* nach Rücklagenzuführung Passive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe

b) Entwicklung der Ergebnisse

	Ergebnis 2016 nach Rücklagen- zuführung ¹ €	Ergebnis 2016 nach Gewinn- abführung ² €	Ergebnis 2017 nach Rücklagen- zuführung ³ €	Ergebnis 2017 nach Gewinn- abführung ⁴ €
Abwasserwirtschaft	+ 4.663.559,88	+ 4.663.559,88	+ 4.800.713,94	+ 4.800.713,94
Abfallwirtschaft	+ 107.047,25	+ 107.047,25	+ 50.651,92	+ 50.651,92
Straßenreinigung	+ 55.245,43	+ 55.245,43	+ 28.023,02	+ 28.023,02
Städtische Friedhöfe	+ 17.763,47	+ 17.763,47	- 29.584,81	- 29.584,81
Gewässerunterhaltung	- 66.912,50	- 66.912,50	- 38.533,48	- 38.533,48
Hochwasserschutz	- 137.298,42	- 137.298,42	- 61.529,91	- 61.529,91
Summe Originärer Bereich	+ 4.639.405,11	+ 4.639.405,11	+ 4.749.740,68	+ 4.749.740,68
Straßenunterhaltung	+ 231.598,66	+ 231.598,66	+ 52.087,24	+ 52.087,24
Kommunale Anteile	- 2.813.993,59	- 2.813.993,59	- 3.001.862,60	- 3.001.862,60
Grünflächenpflege	+ 294.098,72	+ 294.098,72	+ 218.625,71	+ 218.625,71
Kommunaler Anteil	- 111.652,69	- 111.652,69	- 112.373,12	- 112.373,12
Winterdienst	+ 0,00	+ 0,00	+ 85.157,17	+ 85.157,17
Sonstige Auftragsleistungen	+ 41.369,22	+ 41.369,22	+ 35.208,11	+ 35.208,11
Summe Auftragsbereich	- 2.358.579,68	- 2.358.579,68	- 2.723.157,49	- 2.723.157,49
Duale Systeme	+ 8.407,81	+ 8.407,81	- 20.854,95	- 20.854,95
Grabpflege	+ 8.281,37	+ 8.281,37	+ 2.785,35	+ 2.785,35
Sonstige Drittleistungen	+ 484,44	+ 484,44	- 1.234,63	- 1.234,63
Summe Drittbereich	+ 17.173,62	+ 17.173,62	- 19.304,23	- 19.304,23
Gesamt	+ 2.297.999,05	+ 2.297.999,05	+ 2.007.278,96	+ 2.007.278,96
Verlustabdeckung		0,00		0,00
Einstellung in die Allgemeine Rücklage zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung		0,00		0,00
Zuführung zur Rücklage Ententeich Bornekamp		- 400.000,00		0,00
Zuführung zur Rücklage HRB Bornekamp II		- 155.128,05		- 300.713,07
Zuführung zur Rücklage Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna		0,00		- 170.000,00
Gewinnabführung		- 1.725.697,38		- 1.555.870,12
Gesamtergebnis		+ 17.173,62		- 19.304,23

¹ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof) und 87 T€ (Winterdienst)

² nach zusätzlicher Gewinnabführung und Einstellung in Rücklagen in Höhe von 400 T€ (Ententeich Bornekamp) und 155 T€ (Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II)

³ nach Einstellung in die Rücklagen in Höhe von 134 T€ (Passive Rechnungsabgrenzung Friedhof)

⁴ nach zusätzlicher Gewinnabführung und Einstellung in Rücklagen in Höhe von 301 T€ (Teich Hochwasserrückhaltebecken Bornekamp II) und 170 T€ (Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna)

Siehe auch Erläuterungen unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung.

c) Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und Personalkosten

Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

	2016	2017
Tarifbeschäftigte	86	91
Beamtinnen / Beamte	5	5
Gesamt	91	96

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist damit im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um fünf gestiegen.

Die Personalkosten haben sich wie folgt entwickelt:

	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Veränderung
	2017	2016	
	€	€	€
• Löhne	2.301.895,34	2.179.035,60	+ 122.859,74
• Gehälter	1.230.995,09	1.203.499,84	+ 27.495,25
• Beamtenbesoldung	323.088,58	313.654,82	+ 9.433,76
• Rückstellung für Altersteilzeit	- 85.029,24	30.458,61	- 115.487,85
• Rückstellung für Lebensarbeitszeit	33.616,54	10.577,36	+ 23.039,18
• Aushilfsvergütungen	12.517,76	11.281,28	+ 1.236,48
• Übrige	13.291,19	1.415,15	+ 11.876,04
• Alimentationsrückstellungen	11.644,00	11.644,00	+ 0,00
• Urlaubs- / Gleitzeitrückstellung	- 2.124,00	20.864,00	- 22.988,00
• Soziale Abgaben	1.167.836,43	1.091.617,22	+ 76.219,21
<u>davon</u>			
Sozialer Aufwand gesamt	(718.376,29)	(753.236,15)	(- 34.859,86)
Altersversorgung gesamt	(449.460,14)	(338.381,07)	(+ 111.079,07)
Beihilferückstellungen	(35.056,00)	(33.822,00)	(+ 1.234,00)
Pensionsrückstellung	(183.917,00)	(81.461,00)	(+ 102.456,00)
Summe Personalkosten	<u>5.007.731,69</u>	<u>4.874.047,88</u>	<u>+ 133.683,81</u>

II.2.2 Finanzlage

a) Strukturbilanz

Aktiva	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	+ / - Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Langfristig gebundenes Vermögen</u>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	33	22	11	- 11
Sachanlagen	88.341	90.144	92.739	+ 2.595
Finanzanlagen	1	0	0	0
Anlagevermögen	88.375	90.166	92.750	+ 2.584
Langfristige Kundenforderungen	46	46	47	+ 1
	88.421	90.212	92.797	+ 2.585
<u>Kurzfristig gebundenes Vermögen</u>				
Vorräte	76	78	80	+ 2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	166	189	231	+ 42
Forderungen gegen die Kreisstadt Unna	3.928	1.088	424	- 664
Sonstige Vermögensgegenstände	503	73	8	- 65
Geldmittel	664	511	501	- 10
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	43	55	32	- 23
	5.380	1.994	1.276	- 718
Gesamtvermögen	93.801	92.206	94.073	+ 1.867

Passiva	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	+ / – Vj.
	T€	T€	T€	T€
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
Stammkapital	600	600	600	+ 0
Allgemeine Rücklagen	5.346	5.536	5.670	+ 134
Zweckgebundene Rücklagen	825	1.467	1.937	+ 470
Bilanzgewinn	164	181	162	- 19
bilanzielles Eigenkapital	6.935	7.784	8.369	+ 585
Sonderposten für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	9.567	10.287	11.286	+ 999
Empfangene Ertragszuschüsse	3.485	3.213	2.953	- 260
	19.987	21.284	22.608	+ 1.324
<u>Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)</u>				
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	43.075	40.723	39.191	- 1.532
Sonstige Verbindlichkeiten	393	229	279	+ 50
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.111	4.235	4.396	+ 161
	47.579	45.187	43.866	- 1.321
<u>Mittelfristiges Fremdkapital (1 < Jahre < 5)</u>				
Sonstige Verbindlichkeiten – Gebührenaussgleich	1.956	2.639	2.907	+ 268
Sonstige Rückstellungen	1.738	1.783	1.493	- 290
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	10.684	10.116	9.670	- 446
Sonstige Verbindlichkeiten	127	215	146	- 69
	14.505	14.753	14.216	- 537
<u>Kurzfristiges Fremdkapital (< 1 Jahr)</u>				
Steuerrückstellungen	0	0	0	+ 0
Sonstige Rückstellungen	4.163	3.559	3.455	- 104
Sonstige Verbindlichkeiten - Gebührenaussgleich	780	941	1.111	+ 170
Verbindlichkeiten Kreditinstitute	3.168	3.068	2.946	- 122
Erhaltene Anzahlungen	210	190	192	+ 2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.210	1.317	739	- 578
Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisstadt Unna	487	153	3.285	+ 3.132
Sonstige Verbindlichkeiten	106	28	99	+ 71
Gewinnausschüttung an die Kreisstadt Unna	1.606	1.726	1.556	- 170
	11.730	10.982	13.383	+ 2.401
Gesamtkapital	93.801	92.206	94.073	+ 1.867

b) Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21

	2016		2017	
	T€	T€	T€	T€
Periodenergebnis	+ 1.743		+ 1.537	
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 3.476		+ 3.613	
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 558		- 394	
+/- Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 580		- 640	
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzu- ordnen sind	+ 733		+ 8	
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der In- vestitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 566		+ 272	
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 72		+ 20	
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	+ 1.858		+ 1.761	
-/+ Ertragsteuerzahlungen	0		0	
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		+ 7.310		+ 6.177
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+ 0		+ 0	
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 5.339		- 6.217	
+ Erhaltene Zinsen	+ 29		+ 0	
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 5.310		- 6.217
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	+ 832		+ 604	
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	- 1.606		- 1.726	
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	+ 0		+ 839	
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	- 3.016		- 2.932	
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	+ 1.028		+ 1.378	
- Gezahlte Zinsen	- 1.891		- 1.768	
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 4.653		- 3.605
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit, Investitions- tätigkeit und Finanzierungstätigkeit)		- 2.653		- 3.645
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		+ 3.864		+ 1.211
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		+ 1.211		- 2.434

¹ Der Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 „DRS 21“, welcher im Rahmen der Erstellung von Konzernabschlüssen zu beachten ist, wurde bereits am 8. April 2014 bekannt gemacht. Die erstmalige Anwendung war verpflichtend für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2014 begannen.

c) Investitionen

Folgende Neuinvestitionen (einschließlich Anlagen im Bau) wurden 2017 getätigt:

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände

€

Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 01.01.2017 **90.165.326,00**

Zugang 2017	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	170.303,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	961.186,00
	• Abwassersammlungsanlagen	706.604,00
	• Spezialfahrzeuge	120.585,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	• Anlagen im Bau	<u>4.101.285,00</u>
	Summe Zugänge	<u>6.217.209,00</u>

Umbuchungen 2017	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	0,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	5.130.614,00
	• Abwassersammlungsanlagen	434.241,00
	• Spezialfahrzeuge	0,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	• Anlagen im Bau	<u>- 5.564.855,00</u>
	Summe Umbuchungen	<u>0,00</u>

Abgang 2017	• Immaterielle Wirtschaftsgüter	0,00
	• Grundstücke	0,00
	• Technische Anlagen und Maschinen	- 12.733,00
	• Abwassersammlungsanlagen	0,00
	• Spezialfahrzeuge	- 237.570,00
	• Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	• Anlagen im Bau	0,00
	Summe Abgänge	<u>- 604.463,00</u>

Buchwert vor Abschreibungen 2017 **95.778.072,00**

Abschreibungen 2017 - 3.612.928,00

Abschreibungen Abgang 2017 584.155,00

Buchwert des Sachanlagevermögens und der immateriellen Vermögensgegenstände 31.12.2017 **92.749.299,00**

Im Wirtschaftsjahr 2018 sind Investitionen in Höhe von 11.383 T€ geplant.

II.2.3 Vermögenlage:

a) Eigenkapital und Liquidität

Bilanzsumme 31.12.2017 **94.072.770,24 €**

Stammkapital	600.000,00 €
Allgemeine Rücklage	5.670.023,73 €
abzgl. Verlustvortrag	0,00 €
Bilanzgewinn Drittbereich	161.676,31 €
Zweckgebundene Rücklagen	1.937.811,82 €
Kanalanschlussbeiträge	2.953.365,43 €
Investitionszuschüsse	11.286.039,00 €

wirtschaftliches Eigenkapital ¹ **22.608.916,29 €**

¹ nach Gewinnabführung in Höhe von 1.555,9 T€

Eigenkapitalquote somit **24,0 v. H.**

Jahresbezogen konnte die Liquidität im Wirtschaftsjahr 2017 durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten der Kreisstadt Unna jederzeit sicher gestellt werden. An 288 Tagen wurden Kassenkredite der Kreisstadt Unna in Anspruch genommen, während an 77 Tagen Kassenkredite an die Kreisstadt Unna gewährt wurden.

Es wurden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr Kredite in Höhe von 838,5 T€ aufgenommen. Damit betragen die gesamten Darlehensverbindlichkeiten (ohne Zinsabgrenzung) per 31.12.2017 51.671 T€. Der Schuldenstand hat sich damit gegenüber dem 31.12.2016 (53.764 T€) um 2.093 T€ und gegenüber dem 31.12.2015 (56.779 T€) um 5.108 T€ vermindert, während er sich gegenüber dem 31.12.2014 (51.226 T€) um 445 T€ und gegenüber dem 31.12.2013 (49.207 T€) um 2.464 T€ erhöhte. Gegenüber dem 31.12.2012 (51.910 T€) verringerte sich der Schuldenstand um 239 T€, gegenüber dem 31.12.2011 (54.645 T€) um 2.974 T€, gegenüber dem 31.12.2010 (57.490 T€) um 5.819 T€, gegenüber dem 31.12.2009 (59.094 T€) um 7.423 T€ und gegenüber dem 31.12.2008 (61.725 T€) um 10.054 T€.

a) Rücklagen / Rückstellungen / Gebührenausgleichsverbindlichkeiten

Die Bestände haben sich seit 2009 wie folgt entwickelt:

Abwasserwirtschaft	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2009	89.067,41 €	359.260,41 €	
planmäßiger Verbrauch 2010	0,00 €	- 172.564,00 €	
Zuführung 2010	0,00 €	+ 361.349,38 €	
Stand 31.12.2010	89.067,41 €	548.045,79 €	
Umbuchung	0,00 €	- 548.045,79 €	+ 548.045,79 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	- 172.565,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	+ 772.741,93 €
Stand 31.12.2011	89.067,41 €	0,00 €	1.148.222,72 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	- 187.740,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 222.229,14 €
Stand 31.12.2012	89.067,41 €	0,00 €	1.182.711,86 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	- 320.160,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 388.364,13 €
Stand 31.12.2013	89.067,41 €	0,00 €	1.250.915,99 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 320.160,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 426.767,32 €
Stand 31.12.2014	89.067,41 €	0,00 €	1.357.523,31 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 320.816,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 134.379,26 €
Stand 31.12.2015	89.067,41 €	0,00 €	1.171.086,57 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 320.759,44 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 741.546,26 €
Stand 31.12.2016	89.067,41 €	0,00 €	1.591.873,39 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 395.787,87 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 632.920,92 €
Stand 31.12.2017	89.067,41 €	0,00 €	1.829.006,44 €

Abfallwirtschaft	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2009	180.997,76 €	71.614,83 €	
planmäßiger Verbrauch 2010	0,00 €	- 71.614,83 €	
Zuführung 2010	0,00 €	+ 3.627,64 €	
Stand 31.12.2010	180.997,76 €	3.627,64 €	
Umbuchung	0,00 €	- 3.627,64 €	+ 3.627,64 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	+ 40.347,40 €
Stand 31.12.2011	180.997,76 €	0,00 €	43.975,04 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 40.253,16 €
Stand 31.12.2012	180.997,76 €	0,00 €	84.228,20 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	- 43.975,04 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 583.962,63 €
Stand 31.12.2013	180.997,76 €	0,00 €	624.215,79 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 19.927,37 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 36.867,78 €
Stand 31.12.2014	180.997,76 €	0,00 €	641.156,20 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 20.325,79 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 275.872,67 €
Stand 31.12.2015	180.997,76 €	0,00 €	896.703,08 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 290.000,00 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 605.131,68 €
Stand 31.12.2016	180.997,76 €	0,00 €	1.211.834,76 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 293.962,63 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 622.326,12 €
Stand 31.12.2017	180.997,76 €	0,00 €	1.540.198,25 €

Straßenreinigung	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2009	0,00 €	0,00 €	
planmäßiger Verbrauch 2010	0,00 €	0,00 €	
Zuführung 2010	0,00 €	0,00 €	
Stand 31.12.2010	0,00 €	0,00 €	
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stand 31.12.2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2012	0,00 €	0,00 €	+ 50.203,58 €
Stand 31.12.2012	0,00 €	0,00 €	50.203,58 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 116.326,47 €
Stand 31.12.2013	0,00 €	0,00 €	166.530,05 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	- 17.045,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	+ 34.856,49 €
Stand 31.12.2014	0,00 €	0,00 €	184.341,54 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	- 16.579,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 159.787,33 €
Stand 31.12.2015	0,00 €	0,00 €	327.549,87 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 66.453,02 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 148.021,80 €
Stand 31.12.2016	0,00 €	0,00 €	409.118,65 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 101.309,52 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 34.822,52 €
Stand 31.12.2017	0,00 €	0,00 €	342.631,65 €

Friedhofswesen	Gebührenrücklage	Rückstellung Gebühr	Gebührenausgleichs- verbindlichkeit
Stand 31.12.2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2013	0,00 €	0,00 €	+ 257.066,13 €
Stand 31.12.2013	0,00 €	0,00 €	257.066,13 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2014	0,00 €	0,00 €	- 51.693,61 €
Stand 31.12.2014	0,00 €	0,00 €	205.372,52 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuführung 2015	0,00 €	0,00 €	+ 135.219,13 €
Stand 31.12.2015	0,00 €	0,00 €	340.591,65 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €	0,00 €	- 102.686,26 €
Zuführung 2016	0,00 €	0,00 €	+ 129.568,00 €
Stand 31.12.2016	0,00 €	0,00 €	367.473,39 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €	0,00 €	- 149.686,26 €
Zuführung 2017	0,00 €	0,00 €	+ 88.875,79 €
Stand 31.12.2017	0,00 €	0,00 €	306.662,92 €

Winterdienst	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2010	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2011	0,00 €
Zuführung 2011	+ 52.817,24 €
Stand 31.12.2011	52.817,24 €
planmäßiger Verbrauch 2012	0,00 €
Zuführung 2012	+ 265.616,07 €
Stand 31.12.2012	318.433,31 €
planmäßiger Verbrauch 2013	0,00 €
Zuführung 2013	+ 30.322,58 €
Stand 31.12.2013	348.755,89 €
planmäßiger Verbrauch 2014	0,00 €
Zuführung 2014	+ 66.724,07 €
Stand 31.12.2014	415.479,96 €
planmäßiger Verbrauch 2015	0,00 €
Zuführung 2015	+ 138.957,15 €
Stand 31.12.2015	554.437,11 €
planmäßiger Verbrauch 2016	0,00 €
Zuführung 2016	+ 87.468,42 €
Stand 31.12.2016	641.905,53 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €
Zuführung 2017	+ 0,00 €
Stand 31.12.2017	641.905,53 €

Ententeich	Bornekamp	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2015		0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2016		0,00 €
Zuführung 2016		+ 400.000,00 €
Stand 31.12.2016		400.000,00 €
planmäßiger Verbrauch 2017		0,00 €
Zuführung 2017		+ 0,00 €
Stand 31.12.2017		400.000,00 €

Teich HRB	Bornekamp II	Zweckgebundene Rücklage
Stand 31.12.2015		0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2016		0,00 €
Zuführung 2016		+ 155.128,05 €
Stand 31.12.2016		155.128,05 €
planmäßiger Verbrauch 2017		0,00 €
Zuführung 2017		+ 300.713,07 €
Stand 31.12.2017		455.841,12 €

Weiterentwicklung Stadtbetriebe Unna	Zweckgebundene Rücklage
---	----------------------------

Stand 31.12.2016	0,00 €
planmäßiger Verbrauch 2017	0,00 €
Zuführung 2017	+ 170.000,00 €
Stand 31.12.2017	170.000,00 €

Bei den Gebühren-Rücklagen handelt es sich um die satzungsmäßigen Rücklagen für die Bereiche Abwasser- und Abfallwirtschaft sowie Straßenreinigung, die vor dem 01. Januar 1999 gebildet wurden.

In den Rückstellungen Gebühren wurden in den Vorjahren Rückstellungen für die Vorwegnahme zukünftiger Mindererlöse in den Gebührenbereichen ausgewiesen. Aufgrund einer Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer sind diese Rückstellungen im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auszuweisen. Die Bestände der Rückstellung Abwasser in Höhe von 548.045,79 € und Abfall in Höhe von 3.627,64 € wurden daher im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 in den Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ umgebucht und werden seitdem dort nachgewiesen.

In der Sparte Abwasserwirtschaft ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 395.787,87 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 632.920,92 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2017 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abwasser auf insgesamt 1.829.006,44 €.

In der Sparte Abfallwirtschaft ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 293.962,63 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 622.326,12 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2017 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Abfall auf insgesamt 1.540.198,25 €.

In der Sparte Straßenreinigung ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 101.309,52 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 34.822,52 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2017 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung auf insgesamt 342.631,65 €.

In der Sparte Friedhofswesen ergab sich – unter Berücksichtigung einer planmäßigen Entnahme in Höhe von 149.686,26 € – eine gebührenrechtliche Überdeckung in Höhe von 88.875,79 €, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhofswesen zugeführt wurde. Zum 31. Dezember 2017 beläuft sich die Gebührenausgleichsverbindlichkeit Friedhofswesen auf insgesamt 306.662,92 €.

Der gebührenrechtliche Abschluss 2011 im Bereich Winterdienst wies eine Überdeckung in Höhe von 52.817,24 € aus. Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Kreisstadt Unna vom 10. November 2011, die Finanzierung des Winterdienstes ab dem Wirtschaftsjahr 2012 von einer Gebührenfinanzierung auf eine Grundsteuerfinanzierung umzustellen (Vorlage Nr. 0381/11 und Vorlage Nr. 0381/11E1) konnte dieser Überschuss nicht mehr der Gebühren-

ausgleichsverbindlichkeit Straßenreinigung zugeführt werden. Der Überschuss in Höhe von 52.817,24 € wurde daher zweckgebunden in die Rücklage Risikovorsorge Winterdienst eingestellt.

Aufgrund deutlich erhöhter Aufwendungen für den Winterdienst im Wirtschaftsjahr 2010 hatte sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 trotz der Auflösung einer 2007 gebildeten Winterdienstrückstellung eine Unterdeckung in Höhe von 290.834,02 € ergeben.

Im Rahmen der Umstellung der Finanzierung des Winterdienstes auf eine Grundsteuerfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2012 wurde diese Unterdeckung in die Kalkulation einbezogen und sollte durch eine jeweils hälftige Berücksichtigung in den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 abgebaut werden; darüber hinaus hatte sich der Rat der Kreisstadt Unna seinerzeit dafür ausgesprochen, eine Risikovorsorge für zukünftige Starkwinter anzusparen.

In der Sparte Winterdienst ergab sich im Jahresabschluss 2017 eine Überdeckung in Höhe von 85.157,17 €, die entsprechend der vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung 15. Dezember 2011 beschlossenen Vereinbarung zwischen der Kreisstadt Unna und den Stadtbetrieben Unna über die Verwendung des Teilbetrages des Aufkommens aus der Grundsteuer B an die Kreisstadt Unna abgeführt wird. Die zweckgebundene Rücklage Winterdienst beläuft sich damit zum 31. Dezember 2017 weiterhin auf insgesamt 641.905,53 €.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 hatte die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vorgeschlagen, wegen der bestehenden besonderen Problematiken des Ententeiches im Bornekamp (Undichtigkeiten, Verschlammung, Teich im Hauptschluss, Änderung der Rechtslage) und des Teiches des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II (Verschlammung), für die Sanierung des Ententeiches im Bornekamp 400 T€ und als Anspargung für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II 155 T€ in zweckgebundene Rücklagen einzustellen (Vorlage Nr. 0933/17). Dieser Empfehlung sind der Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna und der Rat der Kreisstadt Unna gefolgt; der Rat der Kreisstadt Unna hat in seiner Sitzung am 06. Juli 2017 die Zuführungen beschlossen.

Wie bereits unter Punkt II.1.1 Allgemeines zur Erfolgsrechnung ausgeführt, schlägt die Betriebsleitung in Abstimmung mit der Kreisstadt Unna vor, im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 die Anspargung für die Entschlammung des Hochwasserrückhaltebeckens Bornekamp II um weitere 301 T€ auf 456 T€ zu erhöhen sowie aufgrund der intensiven Diskussion um die Weiterentwicklung der Stadtbetriebe Unna, die sowohl die Standort-, die bauliche als auch die konzeptionelle Situation umfasst, den Stadtbetrieben Unna einen Betrag in Höhe von 170 T€ zur Verfügung zu stellen, um die mittelfristige Zukunft der Stadtbetriebe Unna planen, gestalten und optimieren zu können.

II.3 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

II.3.1 Kennzahlen

	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2017</u>	<u>Veränderung</u>
<u>Anlagevermögen</u>				
<u>Gesamtvermögen</u>				
Anlagenintensität in %	94,2 %	97,8 %	98,6 %	+ 0,8%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>				
<u>Gesamtkapital</u>				
Eigenkapitalquote in %	21,3 %	23,1 %	24,0 %	+ 0,9%-Punkte
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital und Lang- und Mittelfristiges Fremdkapital</u>				
<u>Anlagevermögen</u>				
Anlagendeckungsgrad II in %	92,9 %	90,1 %	87,0 %	- 3,1%-Punkte
<u>Liquidität zum Bilanzstichtag</u>	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2017</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€	T€
Kurzfristige Fremdkapital	- 11.730	- 10.982	- 13.383	- 2.401
Liquide Mittel I. und II. Ordnung	5.304	1.916	1.196	- 720
Unterdeckung (-)/Überdeckung I	- 6.426	- 9.066	- 12.187	- 3.121
Liquide Mittel III. Ordnung	76	78	80	+2
Unterdeckung (-)/Überdeckung II	- 6.350	- 8.988	- 12.107	- 3.119

II.3.2 Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein

Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung in allen Sparten stehen Verantwortung und Nachhaltigkeit gegenüber den Kundinnen und Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Umweltschutz im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wichtige Stichwörter in diesem Zusammenhang sind Kundenzufriedenheit, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz (Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), Weiterbildung und Qualifizierung sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement im Bereich Abwasserwirtschaft.

Die Stadtbetriebe Unna sind seit 2003 im Bereich Abwasserwirtschaft nach der Qualitätsmanagement-Norm DIN EN ISO 9001 sowie der Umweltmanagement-Norm DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Die Qualitätsmanagement-Zertifizierung dient

- der nachhaltigen Qualitätssicherung
- dem Aufspüren von Verbesserungs- und Einsparungspotenzialen
- der höheren Zufriedenheit von Kundinnen und Kunden sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- der Risikominimierung
- der höheren Wirtschaftlichkeit durch Prozessverbesserung
- der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie
- der Erfüllung spezifischer Kundenanforderungen.

Eine Umweltmanagement-Zertifizierung dient

- der Reduzierung von Emissionen
- dem gezielten und sparsamen Umgang mit Ressourcen
- der Verringerung von Umweltauswirkungen
- der Verbesserung der Rechtssicherheit
- der Sicherung der Erfüllung der Anforderungen von Kundinnen und Kunden und Behörden
- der Förderung des umweltbewussten Verhaltens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- dem Erreichen selbst gesetzter Umweltziele
- der kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistungen
- dem frühzeitigen Erkennen von Fehlerquellen und deren Beseitigung
- der Verbesserung des Images bei Kundinnen und Kunden und in der Öffentlichkeit.

Die aktuelle Zertifizierung basiert auf der DIN EN ISO 9001, Stand 2008; bzw. der DIN EN ISO 14001, Stand 2008.

Die Internationale Organisation für Normung (ISO - International Organization for Standardization, Genf) hat im September 2015 die aktuellen Versionen der ISO 9001 und der ISO 14001 veröffentlicht. Sie sind das Resultat einer dreijährigen Revision von Experten und Beobachtern aus 95 bzw. 63 Ländern. Dabei wurden die Normen inhaltlich überarbeitet und den weltweiten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Eine bedeutende Änderung der DIN EN ISO 9001, Stand 2015, ist die Stärkung des risikobasierten Ansatzes. So fordert die Norm, dass die Organisation auf Basis der Untersuchung ihres Kontexts, also ihres internen und externen Umfelds, Risiken und Chancen bestimmt und entsprechende Maßnahmen plant. Der risikobasierte Ansatz zieht sich jetzt durch das gesamte Dokument.

In der neuen DIN EN ISO 14001, Stand 2015, kommt im Vergleich zur Vorgängerversion dem Umweltmanagement innerhalb eines Unternehmens eine höhere Bedeutung zu. So werden Organisationen jetzt aufgefordert, den Kontext der Organisation und das darin befindliche Umweltmanagementsystem strategisch zu betrachten und zu verstehen. Dabei richtet sich der Blick nicht nur auf die Organisation selbst, sondern geht über deren Grenzen hinaus: zum Beispiel durch die Einbeziehung der Kundinnen und Kunden, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Lieferantinnen und Lieferanten, der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sowie der Kostenträger.

Darüber hinaus wird die Rolle der Führungskräfte eines Unternehmens stärker betont, ebenso wie pro-aktive Initiativen zum Schutz der Umwelt, zum Beispiel durch den Einsatz nachhaltiger Ressourcen und die Vermeidung von Klimarisiken. Die revidierte Norm hebt zudem die Bedeutung effektiver Kommunikation hervor und die Betrachtung der Lebenszyklen eines

Produktes, von der Entwicklung über die Produktion bis zur Wiederverwertung oder endgültigen Entsorgung.

Unternehmen oder Organisationen, die nach DIN EN ISO 9001, Stand 2008, bzw. DIN EN ISO 14001, Stand 2008, zertifiziert sind, haben drei Jahre Zeit, sich nach der aktuellen Version der Norm zertifizieren zu lassen. Das Internationale Akkreditierungsforum (IAF) hat – wie auch bei der Fassung aus dem Jahr 2008 – eine dreijährige Übergangsfrist beschlossen. Damit verlieren bestehende Zertifikate spätestens im September 2018 ihre Gültigkeit.

Die Stadtbetriebe Unna haben sich dafür entschieden, sich nach den neuen Normen zertifizieren zu lassen und eine entsprechende Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen durchzuführen. Der Übergang auf die neuen Normen erfolgt in einem zweistufigen Verfahren, bestehend aus einer Bereitschaftsbewertung und dem eigentlichen Systemaudit / Rezertifizierungsaudit.

Die Bereitschaftsbewertung sowie die Anpassung der Regelwerke und Arbeitsweisen sind mittlerweile erfolgt.

Das Rezertifizierungsaudit ist für den 04. bis 06. Juli 2018 terminiert.

III. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) wird als Erweiterung im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vorgenommen. Dabei wird der vom IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.) nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichte IDW PS 720 - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG - beachtet. Die erforderlichen Feststellungen werden im Prüfungsbericht dargestellt.

Die Prüfung hat keine Feststellungen oder Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung waren.

IV. Risikomanagement

Gemäß § 10, I Eigenbetriebsverordnung NRW ist für die dauernde technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zu sorgen. Hierzu ist u. a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, etwaige bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere

- die Risikoidentifikation,
- die Risikobewertung,
- Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation,
- die Risikoüberwachung / Risikofortschreibung und
- die Dokumentation.

Die Kommunalagentur NRW (bis 2012: Kommunal- und Abwasserberatung NRW) hatte im Auftrag der Stadtbetriebe Unna eine Risikobewertung durchgeführt. Hierbei hatten sich keine wesentlichen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken und keine konkreten bestandsgefährdenden Risiken für die Stadtbetriebe Unna ergeben.

Die Stadtbetriebe Unna haben zu diesem Thema in der Sitzung des Betriebsausschusses Stadtbetriebe Unna am 06. Dezember 2010 umfassend berichtet (siehe Vorlage-Nr. 0057/10).

Durch das Risikomanagement soll sichergestellt werden, dass Risiken umfassend und zeitnah erkannt und somit frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können. Ziel ist dabei nicht die Vermeidung aller potenziellen Risiken, sondern der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit denselben aufgrund einer umfassenden Kenntnis der Risiken und der zugrunde liegenden Risikozusammenhänge.

Die Fortschreibungen der Risikobewertung 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 bestätigen die seinerzeit getroffenen Feststellungen.

Im Jahr 2013 wurden in Folge des Defektes des Festplattenverbundes im Datenverarbeitungssystem der Stadtbetriebe Unna und dem damit verbundenen Datenverlust im Buchhaltungssystem KIRP im Zeitraum Dezember 2012 bis Anfang Mai 2013 umfangreiche Untersuchungen wesentlicher Teile des gesamten IT-Systems durch ein externes Fachunternehmen durchgeführt. Auf Grundlage des im August 2013 vorgelegten Untersuchungsberichts wurde ein nach Prioritäten gestuftes Maßnahmenpapier erarbeitet, wodurch das gesamte IT-System sukzessive optimiert wurde. Die letzten Maßnahmen wurden im Wirtschaftsjahr 2016 umgesetzt. Die Funktionsfähigkeit wird regelmäßig überprüft.

Im Oktober 2015 wurde bei Luftmessungen festgestellt, dass einige Räumlichkeiten der Stadtbetriebe Unna mit Aluminiumsilikatfasern belastet sind. Diese Belastung kam durch den unsachgemäßen Umgang mit Aluminiumsilikatfasern in den angrenzenden Betrieben und Undichtigkeiten in den Gebäuden zustande. Bei Aluminiumsilikatfasern handelt es sich um Fasern, die bezüglich ihrer gesundheitlichen Gefährdung zwischen Asbestfasern und künstlichen Mineralfasern (KMF-Fasern) einzustufen sind. Aluminiumsilikatfasern wurden nach der Richtlinie 67/548/EWG der europäischen Gemeinschaft als karzinogen der Kategorie 2 klassifiziert: „Stoffe, die anzusehen sind, als wären sie für Menschen karzinogen“. Dies wurde durch die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (IARC) bestätigt. Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) 558 – Tätigkeiten mit Hochtemperaturwolle – definieren Faserstäube, die bei Tätigkeiten mit Aluminiumsilikatwollen freigesetzt werden als Faserstäube mit krebserzeugendem Wirkprinzip.

Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) geben den Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Arbeitshygiene sowie sonstige gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, einschließlich deren Einstufung und Kennzeichnung, wieder.

Sie werden vom Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) ermittelt bzw. angepasst und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach § 21 Abs. 4 der Gefahrstoffverordnung im Gemeinsamen Ministerialblatt bekannt gegeben.

Aufgrund der festgestellten Belastungen wurden einige Räumlichkeiten entmietet und die verbleibenden Räumlichkeiten einer Feinreinigung unterzogen, bei der die angefallenen keramikfaserhaltigen Stäube entfernt wurden. Nach Abschluss der Reinigungsmaßnahme wurden sämtliche Räume mit Raumluftmessungen auf ihre Belastungen beprobt; dabei wurden keine Keramikfasern mehr nachgewiesen.

Im März 2017 wurden Kontrollmessungen durchgeführt, die nach Nachreinigung eines Raumes aufgrund einer minimalen Belastung keine Keramikfasern nachwiesen.

Im September 2017 wurden weitere Kontrollmessungen durchgeführt, die nach Nachreinigung von vier Räumen keine Keramikfasern nachwiesen.

Im Mai 2018 wurden die bisher letzten Kontrollmessungen durchgeführt, die in einem Raum eine minimale Belastung mit Keramikfasern nachwiesen. Die Nachreinigung ist auf den 04. bis 06. Juli 2018 terminiert.

Um für die Zukunft eine Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Besucherinnen und Besucher auszuschließen, enthielt der Vermögensplan 2017 einen Planungskostenansatz in Höhe von 140 T€, um eine alternative Unterbringung auf dem Betriebsgelände planen zu können.

Zwischenzeitlich wurde ein Architekt mit der Grundlagenermittlung, der Vorplanung, der Entwurfsplanung und einer Kostenschätzung für die Verlagerung der Verwaltung auf das Betriebsgelände beauftragt. Die Ergebnisse (Vorlage Nr. 1.046/17) wurden dem Betriebsausschuss Stadtbetriebe Unna in seinen Sitzungen am 21. November 2017 und 13. Dezember 2017 vorgestellt und intensiv diskutiert. Die beschlossenen Empfehlungen an den Rat der Kreisstadt Unna lauteten,

1. den Standort des Betriebshofes der Stadtbetriebe Unna an der Viktoriastraße 11 beizubehalten und dort ein neues Verwaltungsgebäude für die Stadtbetriebe Unna zu errichten,
2. das als Verwaltung genutzte Wohnhaus mit der dahinterliegenden Fahrzeughalle abzureißen und
3. eine Fahrzeughalle mit 5 LKW-Stellplätzen zu errichten.
4. Das gesamte Betriebsgelände solle überplant werden, um künftige Entwicklungen des Betriebes zu ermöglichen. Die beschlossenen Bauvorhaben sollten so ausgerichtet werden, dass sie zukünftigen baulichen Weiterentwicklungen nicht entgegenstehen. Das neu zu errichtende Verwaltungsgebäude solle in der Statik so ausgerichtet sein, das zum Beispiel Dachbegrünung und Fotovoltaik möglich seien.

Der Rat der Kreisstadt Unna ist in seiner Sitzung am 14. Dezember 2017 mit 43 zu 2 Stimmen dieser Empfehlung gefolgt und hat in selber Sitzung den Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe Unna, in dem die Plankosten für den Verwaltungsneubau und die Fahrzeughalle entsprechend der Kostenaufstellung gemäß der Vorlage Nr. 1046/17 für die Planjahre 2018 und 2019 mit 3.225 T€ veranschlagt waren, einstimmig beschlossen. Einschließlich der Planungskosten aus dem Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von 140 T€ belaufen sich die voraussichtlichen Gesamtkosten auf 3.365 T€.

Für die Zukunft sind die Risiko- und Gefährdungspotentiale weiterhin regelmäßig zu überprüfen und an sich ergebende aktuelle Notwendigkeiten anzupassen.

Die Chancen, die sich für den Betrieb im Hinblick auf die Eröffnung und Positionierung zu neuen Geschäftsfeldern ergeben könnten, werden seitens der Betriebsleitung in einem kontinuierlichen Prozess unterjährig überprüft.

V. Prognosebericht

V.1 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2017

Als rechtlich unselbstständiges Sondervermögen der Kreisstadt Unna sind die Stadtbetriebe Unna nicht insolvenzgefährdet.

Der 1. Nachtrag zum Doppelhaushalt 2015 / 2016 (Vorl.-Nr. 0430/15/3) mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2015 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 17. Dezember 2015 beschlossen wurde, ging in seinem Haushaltssicherungsvorschlag 1 davon aus, dass aufgrund der Ausweisung eines Gewinns von rd. 954 T€ im testierten Jahresergebnis der Stadtbetriebe Unna für das Jahr 2013 und der Ausweisung eines Gewinns von über 1.600 T€ im Entwurf des Jahresabschlusses 2014 es durchaus realistisch sei, mit einer dauerhaften Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ pro Jahr zu rechnen.

Dabei ist folgende Veränderung zu beachten: Bis einschließlich der Veranschlagung im Ursprungs-Haushaltsplan 2015 / 2016 der Kreisstadt Unna bezog sich die veranschlagte Ergebnisabführung der Stadtbetriebe Unna des jeweiligen Haushaltsjahres auf das gleichlautende Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Mit dem 1. Nachtrags-Haushaltsplan 2015 / 2016 wurde dieser Gleichklang aufgegeben.

Die Veranschlagung im Haushaltsjahr 2015 der Kreisstadt Unna bezog sich auf die Ergebnisabführungen der Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 der Stadtbetriebe Unna und ab dem Haushaltsjahr 2016 der Kreisstadt Unna jeweils auf das vorangegangene Wirtschaftsjahr der Stadtbetriebe Unna.

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Kreisstadt Unna für die Jahre 2017 bis 2020, die vom Rat der Kreisstadt Unna in seiner Sitzung am 01. Dezember 2016 beschlossen wurde, führt diese Ergebnisabführung in Höhe von 1.200 T€ bis ins Jahr 2021 fort.

Damit ergaben sich gemäß den Veranschlagungen des Haushaltsplanes 2017 / 2018 der Kreisstadt Unna für die Wirtschaftsplanjahre 2016 bis 2021 der Stadtbetriebe Unna nachfolgende Ergebnisabführungen:

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Ergebnisabführung	1.200 T€					

Der am 14. Dezember 2017 vom Rat der Kreisstadt Unna beschlossene Wirtschaftsplan 2018 der Stadtbetriebe Unna weist einen Planüberschuss in Höhe von 1.247 T€ (davon Saldo Gewinn Originärer Bereich in Höhe von 4.458 T€ abzüglich Verlust Auftragsbereich in Höhe von 3.220 T€ in Höhe von 1.238 T€) aus und erfüllt damit die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes für das Wirtschaftsplanjahr 2018.

Wesentliche Ursachen für die Zielerreichung in 2018 ist die Ausweitung des bilanziellen Überschusses im Bereich Abwasserwirtschaft auf 5.000 T€.

Mittelfristig muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass die Belastungen aus der Zahlungsübernahme für die Kreisstadt Unna für die Niederschlagswassergebühren Straßen wei-

ter steigen werden. Der Rückgang in 2014, der auf den Wegfall der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten der Landes- und Kreisstraßen zurückzuführen war, kann in dieser Form nicht fortgeschrieben werden; in den kommenden Jahren ist mit steigenden Zahlungsverpflichtungen aufgrund steigender Niederschlagswasser-Gebühren zu rechnen.

Ausgehend von den Planzahlen 2018, den Entwicklungen in den Monaten Januar bis März 2018 sowie den voraussichtlichen Entwicklungen der kommenden Monate kann zurzeit von folgenden Prognosen ausgegangen werden:

	Plan 2018	Prognose 2018	Ergebnis 2017	Ergebnis 2016
	€	€	€	€
Abwasserwirtschaft	+ 5.000.000	+ 5.000.000	+ 4.800.713,94	+ 4.663.559,88
Abfallwirtschaft	+ 18.000	+ 18.000	+ 50.651,92	+ 107.047,25
Straßenreinigung	+ 15.000	+ 15.000	+ 28.023,02	+ 55.245,43
Städtische Friedhöfe	- 83.000	- 83.000	- 29.584,81	+ 17.763,47
Gewässerunterhaltung	- 131.000	- 116.000	- 38.533,48	- 66.912,50
Hochwasserschutz	- 361.000	- 341.000	- 61.529,91	- 137.298,42
Summe Originärer Bereich	+ 4.458.000	+ 4.493.000	+ 4.749.740,68	+ 4.639.405,11
Straßenunterhaltung	+ 0	- 40.000	+ 52.087,24	+ 231.598,66
Anteile Kreisstadt Unna	- 3.107.200	- 3.107.200	- 3.001.862,60	- 2.813.993,59
Grünflächenpflege	+ 0	+ 0	+ 218.625,71	+ 294.098,72
Anteil Kreisstadt Unna	- 112.800	- 112.800	- 112.373,12	- 111.652,69
Winterdienst	+ 0	+ 0	+ 85.157,17	+ 0,00
Sonstige Auftragsleistungen	+ 0	+ 20.000	+ 35.208,11	+ 41.369,22
Summe Auftragsbereich	- 3.220.000	- 3.240.000	- 2.723.157,49	- 2.358.579,68
Gewinn (+) / Verlust (-)	+ 1.238.000	+ 1.253.000	+ 2.026.583,19	+ 2.280.528,43
Duale Systeme	+ 7.000	- 20.000	- 20.854,95	+ 8.407,81
Grabpflege	+ 1.000	+ 1.000	+ 2.785,35	+ 8.281,37
Sonstige Drittleistungen	+ 1.000	+ 500	- 1.234,63	+ 484,44
Summe Drittbereich	+ 9.000	- 18.500	- 19.304,23	+ 17.173,62
Gesamtergebnis	+ 1.247.000	+ 1.234.500	+ 2.007.278,96	+ 2.297.999,05

Die Gebührenkalkulation 2018 im Bereich **Abwasserwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Die Entwicklung des Gebührenbereichs verläuft im Wesentlichen planungskonform im Rahmen der Kalkulationen. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%-ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2018 beläuft sich auf 5.000 T€ und kann voraussichtlich erreicht werden.

Die Gebührenkalkulation 2018 im Bereich **Abfallwirtschaft** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Aufgrund gegenüber der Kalkulation erhöhter Gefäßzahlen ist davon auszugehen, dass sich Gebührenmehreinnahmen ergeben werden. Da sich die Kosten zurzeit im Rahmen der Kalkulation bewegen, kann für den Gebührenabschluss 2018 mit einer leichten Überdeckung des Gebührenhaushaltes gerechnet werden, die der Gebührenausgleichsverbindlichkeit zugeführt werden wird.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2018 beläuft sich auf 18 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2018 im Bereich **Straßenreinigung** berücksichtigte eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H. und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€. Nach den derzeit vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass eine 100%-ige Kostendeckung erreicht werden kann.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2018 beläuft sich auf 15 T€ und wird voraussichtlich erreicht werden können.

Die Gebührenkalkulation 2018 im Bereich **Friedhofswesen** berücksichtigte – ausgehend von den Ergebnissen der Vorjahre – eine gebührenrechtliche Kostendeckung von 100 v. H., einen grünpolitischen Anteil von 110 T€ und prognostizierte eine Unterdeckung in Höhe von 0 T€.

Nach den zurzeit vorliegenden Zahlen könnten sich im Jahresabschluss höhere Bestattungszahlen (609 statt 515) sowie Verbesserungen bei den Graberwerben (306 statt 301), den Verlängerungen (3.474 statt 2.082 Jahre) und den Trauerfeiern (300 statt 245) ergeben. Aufgrund der mit vier Monaten noch schmalen Datenbasis sowie der starken Fluktuation im Friedhofswesen (monatliche Höchst- und Tiefstwerte für 2017 / 2018: Bestattungen 62 bzw. 20, Graberwerbe 35 bzw. 12, Verlängerungen 365 bzw. 103 Jahre, Trauerfeiern 30 bzw. 14) ist davon auszugehen, dass zum Jahresende insgesamt mit einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt bzw. einem leichten Gebührenüberschuss gerechnet werden kann. Dieser Gebührenüberschuss würde der Gebührenausschleichverbindlichkeit zugeführt werden.

Das bilanzielle Ergebnis gemäß Wirtschaftsplan 2018 beläuft sich auf – 83 T€ und ist stark davon abhängig, in welcher Höhe aus den vereinnahmten Erwerbsgebühren Friedhof Beträge im Rahmen der passiven Rechnungsabgrenzung für die Nutzungszeiten abgegrenzt werden müssen. Die jährlichen Abgrenzungsbeträge für die Jahre 2012 bis 2017 variieren zwischen 361 T€ und 486 T€. Für die Wirtschaftsplanung 2018 wurde eine passive Rechnungsabgrenzung in Höhe von 471 T€ zugrunde gelegt.

Nach den zurzeit vorliegenden Daten kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass das bilanzielle Planergebnis in Höhe von – 83 T€ erreicht werden wird.

Die Veranschlagung 2018 des Bereiches **Gewässerunterhaltung** enthält unter Berücksichtigung von Sondermaßnahmen in Höhe von 11 T€ ein Plandefizit in Höhe von 131 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 15 T€ unterschritten werden.

Die Veranschlagung 2018 des Bereiches **Hochwasserschutz** enthält unter Berücksichtigung von Sondermaßnahmen in Höhe von 20 T€ sowie der Inbetriebnahme des Hochwasserrückhaltebeckens Bimberghof Anfang 2017 ein Plandefizit in Höhe von 361 T€. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Vorgaben um ca. 20 T€ unterschritten werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 ist für den Bereich **Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 1.130,5 T€ sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 300 T€ zur Verbesserung des Erscheinungsbildes des Straßenbegleitgrüns ein ausgeglichenes Planergebnis ausgewiesen. Aufgrund des Orkans Friederike am 18. Januar 2018, der auch die Kreisstadt Unna stark in Mitleidenschaft gezogen hat, sind die Kosten der Grünpflege des Straßenbegleitgrüns höher

als im langjährigen Mittel. Zurzeit muss davon ausgegangen werden, dass sich für den Bereich Straßenunterhaltung (Unterhaltungsaufwand) eine Unterdeckung von rund 40 T€ bis 60 T€ ergeben könnte.

Der Wirtschaftsplan 2018 weist im Bereich **Straßenunterhaltung (Anteile Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 3.107,2 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Niederschlagswassergebühren Straße in Höhe von 2.978,2 T€ (2.907,5 T€ Niederschlagswassergebühren zuzüglich 70,7 T€ Umlagen) und den kommunalen Anteil Straßenreinigung in Höhe von 129,0 T€ (126,0 T€ Anteil Straßenreinigung zuzüglich 3,0 T€ Umlagen).

Aufgrund der Veranlagung und Zahlung für 2018 ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 ist für den **Grünbereich (Unterhaltungsaufwand)** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 940 T€ sowie von zusätzlichen Entgelten in Höhe von 50 T€ für die verbesserte Grünpflege der Spielplätze ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Aufgrund des Orkans Friederike am 18. Januar 2018, der auch die Kreisstadt Unna stark in Mitleidenschaft gezogen hat, sind die Kosten der Grünpflege (z. B. für den Bereich der Park- und Grünanlagen sowie auch für die Bereiche Immobilienmanagement, Schulen und Spielplätze) in 2018 deutlich angestiegen. Durch vorhandene Rückstellungen für den Bereich Park- und Grünanlagen sowie höhere Erlöse der Bereiche Immobilienmanagement, Schulen und Spielplätze könnte es gelingen, den Jahresabschluss 2018 ausgeglichen zu gestalten.

Der Wirtschaftsplan 2018 weist für den **Grünbereich (Anteil Kreisstadt Unna)** ein Defizit in Höhe von 112,8 T€ aus. Die Stadtbetriebe Unna leisten hier für die Kreisstadt Unna die durch die Stadtbetriebe Unna nicht beeinflussbaren Zahlungen des grünpolitischen Anteils für die Funktion des West- und Südfriedhofs als öffentliche Park- und Grünanlage in Höhe von 112,8 T€ (110 T€ grünpolitischer Anteil zuzüglich 2,8 T€ Umlagen). Es ist davon auszugehen, dass das Planergebnis erreicht werden wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 ist für den Bereich **Winterdienst** unter Berücksichtigung von städtischen Leistungsentgelten in Höhe von 399 T€ ein ausgeglichenes Planergebnis veranschlagt. Da das Altdefizit aus dem Jahr 2010 in Höhe von 290 T€ in den Jahren 2012 und 2014 abgebaut werden konnte, konnte der Grundsteueranteil zur Finanzierung des Winterdienstes von 25 v. H.-Punkten zum 01.01.2015 auf 18 v. H.-Punkte zurückgeführt werden.

Aufgrund der bestehenden zweckgebundenen Rücklage für den Winterdienst, die sich zum 31.12.2017 auf rund 642 T€ beläuft, kann davon ausgegangen werden, dass das Planergebnis – auch bei einem Starkwinter in der zweiten Jahreshälfte 2018 – erreicht werden wird.

Der Bereich **Sonstige Auftragsleistungen** hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Ausgehend von einer Unterdeckung in 2007 von 4 T€ konnten in den Folgejahren Überdeckungen zwischen 16 T€ und 61 T€ erzielt werden. Für 2018 kann von einer Überdeckung von rund 20 T€ ausgegangen werden.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2018 wurde für den Bereich **Duale Systeme** eine Überdeckung in Höhe von 7 T€ eingeplant. Aufgrund des in 2017 überproportional gestiegenen Aufwandes muss damit gerechnet werden, dass sich für 2018 eine Unterdeckung in Höhe von 20 T€ ergeben könnte.

Der Bereich **Grabpflege** hatte sich in den letzten Wirtschaftsjahren deutlich verschlechtert, was im Wesentlichen auf Mehrbelastungen im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung (Personal) zurückzuführen war. Seit dem 01. Januar 2009 werden keine neuen Dauergrabpflegeverträge abgeschlossen, die bestehenden Jahrespflegeverträge wurden zum 31.12.2008 gekündigt. Ziel war es, das Defizit gegenüber den Vorjahren deutlich zu reduzieren.

Die Unterdeckungen haben sich von 39 T€ in 2007, über 29 T€ in 2008, 14 T€ in 2009 auf 1 T€ in 2010 reduziert. Im Jahresabschluss 2011 konnte erstmals ein Überschuss in Höhe von 10 T€ ausgewiesen werden. Die Überschüsse belaufen sich im Jahresabschluss 2012 auf 8,4 T€, im Jahresabschluss 2013 auf 5,6 T€, im Jahresabschluss 2014 auf 3,5 T€, im Jahresabschluss 2015 auf 1,5 T€, im Jahresabschluss 2016 auf 8,3 T€ und im Jahresabschluss 2017 auf 2,8 T€. Für das Wirtschaftsjahr 2018 muss davon ausgegangen werden, dass sich aufgrund der seit mehreren Jahren rückläufigen Verzinsung eine Überdeckung von maximal ca. 1 T€ ergeben wird.

Die Ergebnis-Entwicklung im Bereich **Sonstige Drittleistungen** war in den letzten Jahren positiv verlaufen. Ausgehend von einer Unterdeckung von 6 T€ in 2007 hatten sich für 2008 Überdeckungen von 10 T€, für 2009 von 17 T€, für 2010 von 7 T€, für 2011 von 9 T€, für 2012 von 9,8 T€, für 2013 von 5,4 T€, für 2014 von 6,6 T€, für 2015 von 2,1 T€ und für 2016 von 0,5 T€ ergeben. Nachdem schon im letzten Jahresabschluss festzustellen war, dass die Umsätze im Bereich sonstige Drittleistungen von 119 T€ in 2007 auf 5 T€ in 2016 zurückgegangen waren, sind sie in 2017 auf nur noch 1,9 T€ gesunken. Unter Berücksichtigung von Abschluss- und Prüfungskosten und Körperschaft- und Gewerbesteuern in Höhe von insgesamt 1.407,42 € ergab sich für 2017 eine Unterdeckung in Höhe von 1,2 T€. Es ist auch für 2018 davon auszugehen, dass das Planergebnis in Höhe von 1 T€ nicht ganz erreicht werden kann.

Zusammenfassend kann damit zurzeit davon ausgegangen werden, dass der im Wirtschaftsplan 2018 veranschlagte Gewinn im Originären Bereich in Höhe von 4.458 T€ um 35 T€ überschritten werden wird. Im Auftragsbereich werden sich aller Voraussicht nach Verschlechterungen gegenüber der Planung (– 3.220 T€) um 20 T€ auf – 3.240 T€ ergeben. Saldiert wird sich damit das Ergebnis 2018 voraussichtlich auf + 1.253 T€ (4.493 T€ Gewinn Originärer Bereich abzüglich Verlust Auftragsbereich 3.240 T€) belaufen, so dass damit das Ziel einer Gewinnabführung für 2018 in Höhe von 1.200 T€ erreicht werden kann.

Im Rahmen des Finanzcontrollings werden alle relevanten Aufgaben und Prozesse überprüft, um entsprechende Gegensteuerungen im Hinblick auf die Zielerreichung zu ermöglichen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind derzeit nicht zu erkennen.

V.2 Weitere Entwicklung der Stadtbetriebe

In den vergangenen Jahren wurden – um den finanziellen Vorgaben entsprechen zu können – freiwerdende Stellen nicht extern sondern intern besetzt. Diese internen Besetzungen erfolgten zu Lasten des Bereichs Grünflächenpflege, der damit personell ausgedünnt wurde. In einem ersten Schritt wurden 2015 dem Immobilienmanagement, dem SportServiceUnna und dem Bereich Schulen mitgeteilt, dass die Stadtbetriebe Unna ab dem Jahre 2016 aus personellen und organisatorischen Gründen nicht mehr in der Lage sind, Pflegemaßnahmen für diese Bereiche durchzuführen.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2016 wurden Teilleistungen der Grünflächenpflege für den Bereich Schulen bzw. den Bereich Immobilienmanagement ausgeschrieben bzw. fremdvergeben; die Leistungen für den Bereich SportServiceUnna verblieben in wesentlichen Teilen bei den Stadtbetrieben Unna.

Teilleistungen der Grünflächenpflege für die Bereiche Straßenbegleitgrün, Schulen und Immobilienmanagement wurden für die Wirtschaftsjahre 2017 und 2018 ebenfalls ausgeschrieben und fremdvergeben. Im Bereich Schulen wurden bzw. werden in den Jahren 2017 und 2018 drei Objekte durch die Stadtbetriebe Unna, die übrigen Objekte durch Fremdfirmen gepflegt –; Ziel ist es, die Leistungen und Kosten der Stadtbetriebe Unna und der Fremdfirmen konkret miteinander vergleichen zu können, um Grundsatzentscheidungen über eine Eigenerledigung oder eine Fremderledigung von Grünflächenleistungen treffen zu können.

Unna, den 30. Mai 2018

gez. Frank Peters
Kaufmännischer Betriebsleiter

gez. Ferdinand Blex
Technischer Betriebsleiter

1.3 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@wirtschaftsbetriebe-unna.de Internet: www.wirtschaftsbetriebe-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 16.12.2010

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist als Holdinggesellschaft an verschiedenen Gesellschaften, wie der Stadtwerke Unna GmbH, der Logistikzentrum RuhrOst GmbH sowie der Gelsenwasser AG und der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.</p> <p>Die Gesellschaft ist operativ tätig auf den Gebieten der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungs- und des Fuhrparkmanagements sowie der Vermietung und Verpachtung.</p> <p>Zu den weiteren Tätigkeiten gehören die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs sowie der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen und die kleinräumige Wirtschaftsförderung.</p>

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreisstadt Unna	100,00	4.650.000,00
Gesamt	100,00	4.650.000,00

Beteiligungen der WBU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Stadtwerke Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Logistikzentrum RuhrOst GmbH	50,00	50.000,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	4,95	12.362,63

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Karl-Gustav Mölle

Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	0,00 €	13.176,40 €	13.176,40 €
Von den 13.176,40 € hat Herr Mölle den ihm über 6.000,00 € hinaus zugeflossenen Betrag an die Kreisstadt Unna abgeführt.			

Aufsichtsrat			
Der Aufsicht besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	NN	RM Peter Glowalla
2.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Djawad Tadayyon
3.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Michael Tietze
4.	SPD	RM Brigitte Wass	RM Gudrun Friese-Kracht
5.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Heike Gutzmerow
6.	SPD	RM Bernd Dreisbusch	RM Susanne Herzog
7.	SPD	RM Volker König	RM Sebastian Laaser
8.	CDU	RM Frank-Holger Weber	RM Rainer Engel
9.	CDU	RM Gerhard Heckmann	RM Christa Gosing
10.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Rudolf Fröhlich
11.	CDU	RM Bernhard Albers	RM Erich Kreß
12.	CDU	RM Werner Clodt	RM Franz Rottinger
13.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Ines-Carola Nieders-Mollik
14.	GRÜNE	RM Michael Sacher	RM Karl Dittrich
15.	FLU	RM Klaus Göldner	RM Franz-Josef Klems
16.	FDP	NN	RM Günter Schmidt
17.	Fraktionslos	RM Christoph Tetzner	RM Silke Hähnel (LINKE)
18.		BM Werner Kolter	TBG Ralf Kampmann

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 13.12.2017 seitdem	RM Karl Römer NN	RM Peter Glowalla RM Peter Glowalla
bis 25.01.2017 ab 02.03.2017	RM Volker König RM Volker König	RM Paul Raupach RM Sebastian Laaser
bis 19.10.2017 ab 19.10.2017	RM Hans-Jürgen Scheideler RM Klaus Tibbe	RM Klaus Tibbe RM Michael Tietze
bis 31.08.2017 ab 19.10.2017	RM Andreas Tracz RM Andreas Tracz	RM Martin Bick RM Günter Schmidt
bis 23.11.2017 seitdem	RM Andreas Tracz NN	RM Günter Schmidt RM Günter Schmidt

Vergütung des Aufsichtsrates

Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Der Jahresabschluss 2017 der WBU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 34.250,00 € (Vorjahr: 34.200,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:

RM Frank Holger Weber (Vorsitzender)	2.400,00 €
RM Bernd Dreibusch (stv. Vorsitzender)	2.100,00 €
RM Wolfgang Ahlers	1.800,00 €
RM Bernhard Albers	1.500,00 €
RM Werner Clodt	1.800,00 €
RM Klaus Göldner	1.800,00 €
RM Gerhard Heckmann	1.800,00 €
RM Werner Kolter	1.800,00 €
RM Volker König	1.800,00 €
RM Ingrid Kroll	1.650,00 €
RM Gabriele Meyer	1.800,00 €
RM Karl Römer	1.200,00 €
RM Michael Sacher	1.800,00 €
RM Hans-Jürgen Scheideler	1.200,00 €
RM Ismet Sacit Soyubey	1.800,00 €
RM Christoph Tetzner	1.800,00 €
RM Klaus Tibbe	350,00 €
RM Andreas Tracz	1.800,00 €
RM Brigitte Wass	1.800,00 €
Olaf Kikul (Beratendes Mitglied)	1.650,00 €
RM Erich Kreß	300,00 €
RM Djawad Tadayyon	150,00 €
RM Klaus Tibbe	150,00 €

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH entspricht dem Rat der Kreisstadt Unna der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt wie im Vorjahr einen nebenamtlichen Geschäftsführer sowie eine kaufmännische Prokuristin und einen technischen Prokuristen.

Ansonsten hat die Gesellschaft kein eigenes Personal. Zur Erfüllung der übrigen Aufgaben bedient sie sich im Wesentlichen der Dienste der Stadtwerke Unna GmbH im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	93
II. Sachanlagen	17.648.424	18.051.873	18.839.009
III. Finanzanlagen	9.335.600	8.867.711	8.264.511
Summe Aktiva	26.984.024	26.919.584	27.103.613
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	950.948	948.789	1.683.974
II. Forderungen	4.975.876	5.022.728	4.470.058
III. Kassenbestand	497.520	536.743	468.304
Summe Umlaufvermögen	6.424.344	6.508.260	6.622.336
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	227
Summe Aktiva	33.408.368	33.427.844	33.726.176
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	4.650.000	4.650.000	4.650.000
II. Kapitalrücklage	278.683	278.683	278.683
III. Gewinnrücklage	2.519.932	1.966.732	1.755.342
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	397.645	196.911	0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	2.016.890	753.934	408.301
Summe Eigenkapital	9.863.150	7.846.260	7.092.326
B. Rückstellungen	1.212.514	2.049.517	1.477.564
C. Verbindlichkeiten	22.332.705	23.532.067	25.156.209
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	77
Summe Passiva	33.408.368	33.427.844	33.726.176

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2017	2016	2015
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	80,8	80,5	80,4
Eigenkapitalquote	29,5	23,5	21,0
Fremdkapitalquote	70,5	76,5	79,0
Anlagendeckungsgrad	36,6	29,1	26,2
Investitionen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	980	656	1.677

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	3.942.472	4.821.334	4.473.735
Erhöhung/Verminderung des Bestandes	2.158	- 735.184	42.883
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	1.040
sonstige betriebliche Erträge	52.696	45.787	85.505
Materialaufwand	- 1.784.923	- 1.783.544	- 2.923.387
Personalaufwand	- 153.533	- 149.198	- 133.922
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 830.167	- 839.802	- 827.554
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.182.166	- 2.347.605	- 1.874.081
Erträge aus Beteiligungen	16.094	6.916	11.210
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	4.066.055	3.918.471	3.451.692
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.575	1.876	1.934
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.836	57.536	5.468
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	- 86.495	- 93.824	- 89.125
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 354.578	- 519.834	- 589.347
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 533.325	- 1.472.666	- 1.067.754
Ergebnis nach Steuern	2.162.699	910.263	568.297
Sonstige Steuern	- 145.810	- 156.329	- 159.996
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	2.016.889	753.934	408.301

Finanzielle Verpflichtungen

Zwischen der WBU (Organträgerin) und der SWU (Organgesellschaft) wurde ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, wonach die SWU verpflichtet ist, ihren gesamten Gewinn an die WBU abzuführen. Im Gegenzug verpflichtet sich die WBU, die Verluste der Organgesellschaft abzudecken. Zudem besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWU.

Darüber hinaus übernimmt die SWU auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrages die technische und kaufmännische Betriebsführung der WBU. Der hierdurch entstandene Aufwand beträgt wie im Vorjahr 222 T€.

Verwendung Jahresergebnis 2016

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2016 der WBU am 06.07.2017 festgestellt und beschlossen, aus dem Jahresüberschuss (754 T€) einen Betrag von 553 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag von 201 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU

In der Gesellschafterversammlung der WBU am 06. Juli 2017 wurde beschlossen, einen Betrag von 554 T€ in die Kapitalrücklage der SWU einzuzahlen.

Jahresergebnis 2017

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2017 der WBU am 28.06.2018 festgestellt und beschlossen, aus dem Jahresüberschuss (2.016,9 T€) einen Betrag von 553,2 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag von 1.463,7 T€ dem Gewinnvortrag zuzuführen.

Aktien der Gelsenwasser AG

Im Berichtsjahr 2017 hat die WBU ihre 100 Aktien der Gelsenwasser AG an die Sparkasse UnnaKamen veräußert.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 hat die WBU ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 3.500 T€ (Vorjahr: 3.000 T€) bei der Kreisstadt in Anspruch genommen. Hierfür wurde der Gesellschaft 1.561,30 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Darüber hinaus wurden bei der Kreisstadt Unna langfristige Darlehen für Investitionen in Höhe von 17.507 T€ (Vorjahr: 10.852 T€) in Anspruch genommen. Die WBU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen von 140.033,35 € gezahlt.

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Mit Beschluss des Aufsichtsrats der WBU vom 12. Dezember 2016 hat sich die Gesellschaft verpflichtet, im Jahr 2017 der Logistikzentrum RuhrOst GmbH einen verlorenen Zuschuss von 310 T€ zur Sicherstellung der Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen zu gewähren. Der Zuschuss wurde im Berichtsjahr zweckentsprechend verwendet.

Die WBU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2017 ein an die LZR gewährtes Darlehen in Höhe von 220 T€ (Vorjahr: 250 T€) aus.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017

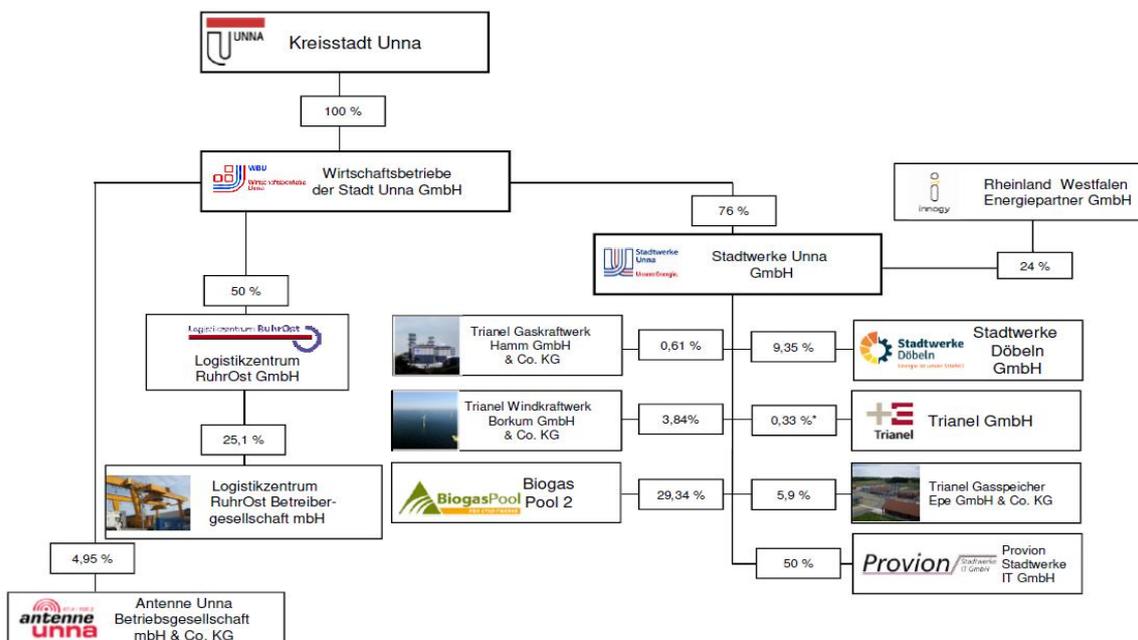
I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Unternehmensgegenstand der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH (WBU) ist die Energieerzeugung, die Wassergewinnung und -versorgung, die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs, die Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Verkehrs, die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Gleisanlagen in der Kreisstadt Unna, die Beteiligung an der Lokalrundfunk-KG, der Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen, die Übernahme weiterer Leistungen für die Kreisstadt Unna, insbesondere auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie, des Beschaffungsmanagements und des Fuhrparkmanagements sowie die kleinräumige Wirtschaftsförderung und die Erfüllung weiterer Aufgaben, die von der Kreisstadt Unna als 100 %iger Gesellschafterin zugewiesen werden können.

Aufgrund dieser zahlreichen Geschäftsfelder im Bereich der Daseinsvorsorge ist die WBU mit ihren Tochtergesellschaften als Erbringer vielfältiger Dienstleistungen ein wesentlicher Treiber des öffentlichen Lebens in der Kreisstadt und trägt in besonderem Maße zur Haushaltskonsolidierung der Kreisstadt Unna bei.

Mit der Organgesellschaft Stadtwerke Unna GmbH, Unna (SWU), besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der die Gewinnabführung an die WBU bzw. die Übernahme von Verlusten durch die WBU sowie Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter der SWU regelt.

Die Beteiligungsstruktur zum 31. Dezember 2017 kann dem nachfolgenden Schaubild entnommen werden:



* = per 31.12.2016

Wesentliche Veränderungen hat es im Jahresverlauf nicht gegeben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Entwicklung der WBU ist insbesondere von der Nutzung der Infrastruktureinrichtungen, des Verkaufs von Grundstücken in den Industriegebieten UN-70 und UN-104 sowie von der Ergebnisabführung der SWU abhängig.

Die Vermarktung der noch bei der WBU im Bestand befindlichen Grundstücke ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Die Nutzung der eigenen Infrastruktureinrichtungen ist unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, da zum Beispiel für die Immobilien langfristige Miet- bzw. Pachtverträge vorliegen. Bei den Einrichtungen wurden zum 01.07.2017 Anpassungen bei den Eintritts- bzw. Parkpreisen vorgenommen. Die Ergebnisentwicklung der Tochtergesellschaft SWU hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere von der energiepolitischen und -wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Ziel ist es weiterhin, die wirtschaftliche Lage der WBU durch gezielte Maßnahmen zu verbessern.

2. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die WBU schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss von 2.017 T€ ab und liegt damit über den Erwartungen der prognostizierten Entwicklung im Wirtschaftsplan (740 T€). Der Jahresüberschuss entspricht einer Ergebnisverbesserung von 1.263 T€ gegenüber dem Vorjahr. Weitere Erläuterungen gibt die Beschreibung der Ertragslage.

Ertragslage

Im Vorjahresvergleich verbesserte sich das negative ordentliche Betriebsergebnis geringfügig um 44 T€ auf – 1.099 T€.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 879 T€ gesunken, insbesondere da in 2016 aufgrund eines Grundstücksverkaufs hohe Grundstückserlöse erzielt werden konnten und im Jahr 2017 nur ein kleines Grundstück (nicht vermarktbar Fläche von 29 m²) an die SWU verkauft wurde. Vor diesem Hintergrund sind im Vergleich zum Vorjahr auch deutlich geringere Bestandsveränderungen zu verzeichnen (Rückgang um 737 T€).

Die übrigen Erlöspositionen unterlagen im Vorjahresvergleich nur geringen Schwankungen.

Der Materialaufwand liegt mit 1.785 T€ auf dem Niveau des Vorjahres. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten um 166 T€ reduziert werden.

Der Dienstleistungsvertrag zwischen der WBU und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH bezüglich der Wirtschaftsförderung wurde unterjährig inhaltlich neu gestaltet und verlängert. Der Vertrag wurde für den Zeitraum 01.01.2018 – 31.12.2027 abgeschlossen.

Das Beteiligungsergebnis liegt mit 3.997 T€ um 165 T€ über dem Niveau des Vorjahres und wird unverändert von der Ergebnisabführung der SWU geprägt. Der Verkauf der Gelsenwasser Aktien führt zu einem Ertrag aus Anlageabgängen in Höhe von 37 T€.

Das negative Zinsergebnis konnte um weitere 114 T€ reduziert werden; die in den Vorjahren vorgenommene Neu- bzw. Umstrukturierung von Darlehen wurde erfolgreich im Jahr 2017 abgeschlossen. Sämtliche Darlehensaufnahmen erfolgen nunmehr ausschließlich über die Kreisstadt Unna.

Im Jahr 2017 hat sich der Steueraufwand im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des Abschluss der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2011 bis 2014 deutlich reduziert (- 940 T€). Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr keine Steuerrückstellungen im Rahmen der Groß-Betriebsprüfung durch das Finanzamt gebildet werden mussten. Des Weiteren konnten Steuerrückstellungen aus Vorjahren ertragswirksam aufgelöst werden.

Zusammengefasst ergeben die beschriebenen Effekte eine deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses vor Ertragsteuern um 323 T€ auf 2.550 T€ gegenüber 2.227 T€ im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von 533 T€ beläuft sich der Jahresüberschuss 2017 auf 2.017 T€.

Finanzlage

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird neben verrechneten Abschreibungsgegenwerten und der Ergebnisabführung der SWU aus externen Finanzierungsquellen gedeckt. Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der WBU Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2017 17.507 T€ (Vorjahr: 18.501 T€).

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2017	2016
	T€	T€
Periodenergebnis	2.017	754
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	830	840
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-664	-280
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	492	863
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	111	900
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-37	0
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	332	462
- Sonstige Beteiligungserträge	-5.015	-4.742
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	533	1.473
-/+ Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-1.004	-667
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.405	-397
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-426	-53
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-554	-603
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	122	0
+/- Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	500	-5.000
+ Erhaltene Zinsen	8	4
+ Erhaltene Dividenden	4.866	4.112
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	4.516	-1.540
- Auszahlungen Ergebnisausschüttung an Gesellschafter	0	0
- Auszahlungen Minderheitenanteil RWE GmbH	-817	-697
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	7.466	4.867
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-8.460	-1.663
- gezahlte Zinsen	-340	-501
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.151	2.006
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-40	69
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	537	468
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	497	537

Vermögenslage

Im Jahr 2017 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 980 T€.

Die Finanzanlagen haben sich um 469 T€ erhöht. Aufgrund der Einzahlung in die Kapitalrücklage der SWU erhöhte sich der Beteiligungsansatz um 554 T€. Die SWU realisiert aus ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG nicht liquiditätswirksame Zinserträge, die aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags ausgeschüttet werden. Die Gesellschafter der SWU haben sich darauf verständigt, diese nicht liquiditätswirksamen Zinserträge nach Ausschüttung in die Kapitalrücklage einzuzahlen. Der Anteil für die WBU beträgt 554 T€.

Die Ausleihungen an das Beteiligungsunternehmen Logistikzentrum RuhrOst GmbH haben sich um 30 T€ reduziert. Die Wertpapiere des Anlagevermögens (55 T€) wurden im Geschäftsjahr veräußert.

Die Restbuchwerte des Anlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 26.984 T€ und haben sich somit um 65 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Aufgrund der Neu- bzw. Umstrukturierung der lang- und kurzfristigen Darlehensverbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Neuaufnahmen bzw. Umfinanzierungen erfolgten im Berichtsjahr ausschließlich über die Kreisstadt Unna, so dass sich die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 17.507 T€ (Vorjahr 10.852 T€) belaufen.

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2017 liegt bei 29,5 % nach 23,5 % im Vorjahr.

3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist.

4. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen bei der WBU nicht zum Einsatz.

5. Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafterin Kreisstadt Unna hat mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der WBU die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

III. Chancen- und Risikobericht

Das frühzeitige Erkennen und Bewerten der Risiken sowie ein effizientes Gegensteuern sind wichtige Voraussetzungen für die Steuerung des Unternehmensergebnisses. Daher wurde als Ziel des Risikomanagements definiert, sowohl strategische als auch geschäftsspezifische Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu überwachen und durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren bzw. zu reduzieren.

Um auf die spezifischen Risiken, denen der Konzern Kreisstadt Unna ausgesetzt ist, frühzeitig reagieren zu können, wird eine Reihe von Management- und Kontrollsystemen angewendet. Hierzu gehören Halbjahresberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie regelmäßige Berichterstattungen der Tochtergesellschaften SWU und Logistikzentrum RuhrOst GmbH.

Bei der WBU bestehen Risiken im Bereich der Grundstücksvermarktung für die verbleibenden Restflächen, sofern die insgesamt im Eigentum der Gesellschaft befindlichen und vermarktbareren Grundstücksflächen zum 31. Dezember 2017 im Bereich des Bebauungsplanes UN-70 und UN-104 von 15.610 m² nicht zu dem notwendigen Verkaufspreis veräußert werden können. Im Berichtsjahr wurde ein Grundstück veräußert. Der Verkauf von kleineren Flächen kann dazu führen, dass nicht zu vermarktende Restflächen entstehen. Hier besteht das Risiko, dass Korrekturen hinsichtlich der Werthaltigkeit des Vorratsvermögens vorgenommen werden müssen.

Die Liquidität wird laufend beobachtet. Zur Sicherstellung der aktuellen Liquidität hat die WBU die Möglichkeit kurzfristige Kredite bei der Kreisstadt Unna aufzunehmen.

Technischen Risiken im Bereich der Immobilien, insbesondere bei den Parkeinrichtungen und der Schwimmsporthalle, wird mit regelmäßigen Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet. Gleichzeitig bietet sich hier die Chance, die Attraktivität der Einrichtungen zu steigern. Bei den Parkeinrichtungen bestehen aufgrund der baulichen Gegebenheiten, insbesondere durch niedrigere Einfahrtshöhen oder schmale Parkplätze, Risiken, die die Attraktivität der Parkeinrichtungen beeinträchtigen könnten. Gegenüber den oberirdischen und sonstigen Parkeinrichtungen von Dritten zeichnen sich die Parkimmobilien durch ihre sehr zentrumsnahe Lage und ihren guten Unterhaltungszustand aus.

Die Nutzung der Schwimmsporthalle ist insbesondere in den Sommermonaten geringer, da in dieser eher warmen Periode des Jahres weniger die Hallenbäder, sondern eher die Freibäder in der Region von der Bevölkerung genutzt werden.

Die umliegenden Kommunen verfügen ebenfalls über Schwimmeinrichtungen, so dass hier eine grundsätzliche Konkurrenzsituation herrscht.

Über die Tochtergesellschaft SWU bestehen mittelbare Risiken. Die SWU als Energieversorgungsunternehmen unterliegt insbesondere branchenspezifischen Risiken. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb). Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die SWU den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass Risiken, die den Fortbestand der WBU gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2017 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2018 gegenwärtig erkennbar sind.

IV. Prognosebericht

Die zukünftige Entwicklung wird durch eine weitere Konsolidierung im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna geprägt sein. Die bereits seit 2012 aktiv betriebene Entschuldungspolitik soll auch in der Zukunft weiter fortgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Gesellschaft nachhaltig verbessert werden und zu entsprechenden Konsolidierungsbeiträgen führen können.

Neben der Entschuldung wurde in den letzten Jahren die Restrukturierung des Kreditportfolios betrieben. Aufgrund des aktuellen Kapitalmarktniveaus boten sich hier Chancen und Möglichkeiten zur Verbesserung des Finanzergebnisses. Die Umstrukturierung des Kreditportfolios kurz-, mittel- und langfristig wurde im Jahr 2017 erfolgreich abgeschlossen, wirkt nachhaltig positiv auf das Unternehmensergebnis und trägt so zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses bei.

Darüber hinaus soll durch eine aktive Ertragspolitik bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufwendungen durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung im Bereich des Eigengeschäftes der WBU vorangetrieben werden. Hierunter fallen geplante Preisadjustierungen sowohl im Bereich der Parkeinrichtungen als auch im Bereich der Schwimmsporthalle, so dass mit Mehrerlösen zu rechnen ist.

Diese Vorgehensweise soll sich – bedarfsgerecht – in regelmäßigen Abständen wiederholen.

Grundstücksverkäufe werden nicht geplant, so dass außerplanmäßige Verkäufe das geplante Jahresergebnis zusätzlich verbessern.

Daneben erfolgt eine Portfolio-Optimierung im Immobilienbereich im Rahmen einer permanenten Betreuung und Bestandspflege der Immobilien der WBU. Im nächsten Jahr sind Investitionen in Höhe von 165 T€ geplant, insbesondere im Bereich der Softwareerneuerung für die Schwimmsporthalle und für den Umbau der Küche im Extrablatt.

Der Vertrag zwischen der WBU und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH bezüglich der Wirtschaftsförderung wurde unterjährig verlängert und angepasst. Der Vertrag wurde für den Zeitraum 01.01.2018 – 31.12.2027 abgeschlossen.

Insgesamt sollen durch die an den unterschiedlichen Stellen eingeleiteten Maßnahmen die Ergebnisse der WBU weiterhin verbessert werden, um das langfristige Ziel einer Gewinnabführung an die Kreisstadt Unna erfüllen zu können.

Die geplante städtebauliche Entwicklung des Areals am ehemaligen Busbahnhof mit einer Erweiterung des bestehenden Büro- und Geschäftsgebäudes im Rahmen des 2. Bauabschnitts, einer offenen Platzgestaltung sowie einer Hochgarage ist ein umfangreiches Projekt der WBU für die zukünftigen Jahre. Im Jahr 2017 hat hierzu erfolgreich ein europaweit ausgeschriebener Architektenwettbewerb stattgefunden. Die Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbs ist im Jahr 2018 geplant.

Im Rahmen der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung muss auch die Marktsituation der SWU berücksichtigt werden. Die ersten Monate des Geschäftsjahres 2018 zeigen einen den Planungen entsprechenden Geschäftsverlauf. Der genehmigte Wirtschaftsplan 2018 der SWU sieht eine Gewinnabführung in Höhe von 3.100 T€ vor.

In 2016 hat die SWU ihre zukünftige Finanzierungsstrategie dargestellt, die faktisch zu einer Kapitalerhöhung bei der SWU führt. Diese Strategie wurde auch bei der WBU dargestellt. Zur Finanzierung dieser Kapitalerhöhung bei der SWU ist ein langfristiger Verbleib sowohl der bereits gezahlten als auch der zukünftig noch zu zahlenden Beträge in die Kapitalrücklage der SWU im Bereich des Eigenkapitals der WBU zu gewährleisten.

Die WBU plant für das Geschäftsjahr 2018 ein operatives Ergebnis von 100 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (1.962 T€) wird ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 2.062 T€ erwartet. Der geplante Jahresüberschuss liegt bei 740 T€.

Unna, 25. Mai 2018

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

gez. Karl-Gustav Mölle

2. Beteiligungen der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- Stadtwerke Unna GmbH
- Logistikzentrum RuhrOst GmbH
- Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Im Rahmen des Gesamtabschlusses sind die Gesellschaften Stadtwerke Unna GmbH und Logistikzentrum RuhrOst GmbH von wesentlicher Bedeutung und werden entsprechend im zweiten Kapitel dargestellt. Die Gesellschaft Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG wird aus Wesentlichkeitsgründen nicht dargestellt.

2.1 Stadtwerke Unna GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@sw-unna.de Internet: www.stadtwerke-unna.de	Gesellschaftsvertrag vom: 20.12.1991 in der Fassung vom: 10.04.2014

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft hat als Aufgabe die Energieversorgung und -Erzeugung sowie die Telekommunikation. Dazu gehören die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Strom, Gas und Wärme dienen, sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte und Dienstleistungen. Darüber hinaus hat sie die Übernahme von Betriebsführungsaufgaben für Einrichtungen der Kreisstadt Unna sowie für Gesellschaften, an denen die Kreisstadt Unna beteiligt ist, als Aufgabe.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	76,00	4.666.400,00
Rheinland Energiepartner GmbH	24,00	1.473.600,00
Gesamt	100,00	6.140.000,00

Beteiligungen der SWU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Provision Stadtwerke IT GmbH	50,00	25.000,00
Biogas Pool 2 für Stadtwerke GmbH & Co. KG	29,34	300.000,00
Stadtwerke Döbeln GmbH	9,35	207.600,00
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	5,90	826.000,00
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	3,84	704.428,04
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	0,61	258.741,00
Trianel GmbH	0,33	66.503,50

Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Stadtwerke Unna GmbH verzichtet.

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung			
Jürgen Schäpermeier			
Vergütung der Geschäftsführung			
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.			
Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
0,00 €	7.500,00 €	184.000,00 €	191.500,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Anja Kolar	RM Michael Tietze
2.	SPD	RM Gudrun Friese-Kracht	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Ralph Bürger	NN
4.	SPD	RM Wolfgang Ahlers	RM Brigitte Wass
5.	CDU	RM Rolf-Dieter Beyersdorf	RM Gerhard Heckmann
6.	CDU	RM Gabriele Meyer	RM Bernhard Albers
7.	CDU	RM Franz Rottinger	RM Wolf-Rüdiger Schmidt
8.	GRÜNE	RM Ismet Sacit Soyubey	RM Björn Merkord
9.	Fraktionslos	RM Christoph Tetzner	RM Michael Sacher (GRÜNE)
10.		BM Werner Kolter	1. BG Karl-Gustav Mölle
Folgende Mitglieder waren als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten:			
11.		Oliver Kolb	Jan-Christof Kornatz
12.		Dirk Brämer	Petra Wiechert
13.		Roland Flack	Kristina Krüger
14.		Frank Weiland	Achim Schwirkmann
15.		Peter Espeloer	Karsten Pfützner
16.		Olaf Kikul	Thomas Hönig-Heinemann
Folgende Vertreter der Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH waren im Aufsichtsrat vertreten:			
17.		Ulrich Hüsken	
18.		Frank Kramer	

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 30.09.2017 ab 19.10.2017	Hans-Jürgen Scheideler Anja Kolar	Anja Kolar Michael Tietze
bis 19.10.2017 ab 19.10.2017	Georg Nicolaiciuc Oliver Kolb	Oliver Kolb Jan-Christof Kornatz
bis 31.12.2017 ab 01.01.2018	Ulrich Hüsken Dirk Wißel	

Vergütung des Aufsichtsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2017 der SWU weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 16.425,00 € (Vorjahr 11.400,00 €) aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:	
Herr Hans-Jürgen Scheideler	1.500,00 €
Frau Gabriele Meyer	1.125,00 €
Herr Georg Nicolaiciuc	1.125,00 €
Herr Wolfgang Ahlers	450,00 €
Herr Rolf-Dieter Beyersdorf	900,00 €
Herr Dirk Brämer	900,00 €
Herr Ralph Bürger	900,00 €
Herr Peter Espeloer	900,00 €
Herr Roland Flack	975,00 €
Frau Gudrun Friese-Kracht	600,00 €
Herr Olaf Kikul	900,00 €
Herr Werner Kolter	900,00 €
Frau Anja Kolar	150,00 €
Herrn Wolf-Rüdiger Schmidt	150,00 €
Herr Franz Rottinger	750,00 €
Herr Ismet Sacit Soyubey	600,00 €
Herr Christoph Tetzner	600,00 €
Herr Frank Weiland	750,00 €
Frau Heike Gutzmerow	150,00 €
Herr Oliver Kolb	150,00 €
Herr Björn Merkord	150,00 €
Herr Michael Sacher	150,00 €
Herr Achim Schwirkmann	150,00 €

Gesellschafterversammlung:
Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Unna GmbH entspricht dem Haupt- und Finanzausschuss der jeweiligen Wahlperiode.

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	124	126
in Teilzeit	20	20
Auszubildende	8	8
Aushilfen	2	2
Gesamt	154	156

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.119.533	1.136.201	956.728
II. Sachanlagen	45.757.150	43.853.714	42.858.136
III. Finanzanlagen	18.877.838	18.893.338	18.880.838
Summe Aktiva	65.754.521	63.883.253	62.695.702
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	557.339	456.326	375.228
II. Forderungen	11.811.825	15.923.567	16.260.111
III. Kassenbestand	2.343.187	2.296.345	1.051.683
Summe Umlaufvermögen	14.712.351	18.676.238	17.687.022
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.012.341	386.545	372.332
Summe Aktiva	83.479.213	82.946.036	80.755.056
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	6.140.000	6.140.000	6.140.000
II. Kapitalrücklage	6.406.443	5.678.549	4.950.655
III. Gewinnrücklage	3.291.820	3.291.820	3.291.820
Summe Eigenkapital	15.838.263	15.110.369	14.382.475
B. Empfangene Ertragszuschüsse	7.384.777	7.293.360	7.449.101
C. Investitionszuschüsse	101.762	-	-
D. Rückstellungen	3.666.324	3.739.105	5.264.041
E. Verbindlichkeiten	56.488.087	56.803.202	53.659.439
F. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Summe Passiva	83.479.213	82.946.036	80.755.056

Kennzahlen

Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur	2017	2016	2015
	in %	in %	in %
Anlagenintensität	80,0	77,0	77,6
Eigenkapitalquote	18,9	18,2	17,8
Fremdkapitalquote	81,0	81,8	82,2
Anlagendeckungsgrad	24,0	23,7	22,9
Investitionen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Investitionsvolumen	6.343	5.767	5.476

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	78.419.137	82.476.570	79.469.907
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.224.315	815.336	668.396
sonstige betriebliche Erträge	388.463	599.686	1.744.709
Materialaufwand	- 53.938.953	- 57.891.180	- 54.156.896
Personalaufwand	- 10.373.386	- 9.948.235	- 9.658.834
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 4.341.865	- 4.234.329	- 4.299.989
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 6.528.964	- 6.586.627	- 9.213.571
Erträge aus Beteiligungen	543.697	272.035	356.253
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	748.153	748.304	758.557
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.385	24.714	5.828
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.222.043	- 1.350.051	- 1.358.728
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 660.669	- 1.665.597	- 1.132.615
Ergebnis nach Steuern	4.280.270	3.260.626	3.183.017
Sonstige Steuern	- 36.228	- 43.502	- 36.559
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	- 4.244.042	- 3.217.124	- 3.146.458
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	-	-	-

Gewinnverwendung des Jahresergebnisses 2016

Die Gesellschafterversammlung hat am 29.06.2017 den Jahresabschluss 2016 festgestellt. Das Jahresergebnis belief sich vor Gewinnabführung auf 3.217 T€. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wurde der Gewinn im Jahr 2017 an die WBU abgeführt.

Einzahlung Kapitalrücklage

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung am 29.06.2017 (06.07.2017 WBU) wurde ein Betrag in Höhe von 727 T€ in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingezahlt. Zweck dieser Maßnahme ist die Sicherstellung einer angemessenen Liquiditätsausstattung der SWU. Die Höhe der Einzahlung bemisst sich nach den ertragswirksam vereinnahmten Zinsgutschriften aus der Ausleihung an die TWB.

Jahresergebnis 2017

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2017 der SWU am 21.06.2018 festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum Bilanzstichtag ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 4.244 T€ aus. Dieser Betrag wird auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages an die WBU abgeführt.

Bürgschaften

Der von der Kreisstadt Unna verbürgte Betrag zugunsten der Stadtwerke Unna GmbH beläuft sich zum 31.12.2017 auf 7.554 T€ (Vorjahr: 8.241 T€).

Für die von der Kreisstadt Unna hingegebenen Kommunalbürgschaften wurde im Wirtschaftsjahr 2017 eine Avalprovision in Höhe von 39 T€ gezahlt.

Darlehen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 hat die SWU unverändert ein kurzfristiges Liquiditätsdarlehen in Höhe von 3.000 T€ bei der Kreisstadt in Anspruch genommen. Hierfür wurde der Gesellschaft 2.038,99 € an Zinsen in Rechnung gestellt.

Die SWU weist zum Bilanzstichtag 31.12.2017 langfristige Darlehen bei der Kreisstadt Unna in Höhe von 11.718 T€ (Vorjahr: 6.575 T€) aus. Die SWU hat für die gegebenen Darlehen Zinsen von 129.967,20 € gezahlt.

Ausleihungen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 weist die SWU unverändert ein Darlehen in Höhe von 6.038 T€ an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG sowie ein Darlehen in Höhe von 418 T€ an die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG aus.

Haftungsverhältnisse

Die Stadtwerke Unna GmbH hat eine Patronatserklärungen zugunsten der Verpflichtungen der Trianel GmbH in Höhe von insgesamt 779 T€ abgegeben.

Konzessionsabgaben

Aufgrund der zwischen der Kreisstadt Unna und der Stadtwerke Unna GmbH geschlossenen Konzessionsabgabeverträge erhält die Kreisstadt Unna jährlich Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Fernwärme.

Folgende Konzessionsabgaben wurden von der Stadtwerke Unna GmbH gezahlt:

Konzessionsabgabe	2017	2016
Strom	1.863.897,78 €	1.874.557,20 €
Gas	281.949,78 €	297.509,62 €
Fernwärme	55.400,46 €	60.547,98 €
Gesamt	2.201.248,02 €	2.232.614,80 €

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017

I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Stadtwerke Unna GmbH ist Dienstleisterin für rund 60.000 Einwohner des Versorgungsgebietes sowie für eine wachsende Zahl externer Kunden. Gesellschafter der Stadtwerke sind die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH mit einem Anteil von 76 Prozent sowie die Rheinland Westfalen Energiepartner GmbH mit einem Anteil von 24 Prozent.

Als kommunaler Energiedienstleister bieten die Stadtwerke Unna GmbH mit seinem Produktportfolio den 32.500 Kunden einen maßgeschneiderten Service in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme. Das Versorgungsnetz erstreckt sich über das gesamte Stadtgebiet von Unna. Den größten Teil der Energie beziehen die Stadtwerke Unna von Vorlieferanten, wobei ein Teil auch regenerativ vor Ort erzeugt wird.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts betrug der preisbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für 2017 2,2 Prozent. Positive Wachstumsimpulse gaben neben den privaten Konsumausgaben, die durch die gute Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung beeinflusst wurden, auch die Exporte, die im Jahr 2017 weiter stiegen. Auch bei den Erwerbstätigen konnte ein neuer Höchststand verzeichnet werden. Die gute konjunkturelle Entwicklung führte auch dazu, dass der staatliche Haushalt zum vierten Mal in Folge einen Überschuss erzielte.

Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch für die Geschäftsführung der Stadtwerke Unna GmbH die energiepolitischen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiemärkte, die alle Wertschöpfungsstufen betreffen, von besonderer Bedeutung.

2. Energiepolitische Lage

Die energiepolitische Lage ist insbesondere durch die Gesetzgebung und Eingriffe des Regulators geprägt. Das EEG 2017 ist zum 01.01.2017 nach der Genehmigung durch die EU-Kommission in Kraft getreten. Die EEG-Umlage betrug 6,88 ct/kWh und ist damit um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Mit dem neuen EEG ist ein neues Förderregime eingeführt worden.

Am 30.11.2016 hatte die Europäische Kommission ein Gesetzespaket zum Strommarktdesign, zu erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz vorgelegt. Das Gesetzespaket trägt den Titel „Saubere Energie für alle Europäer“ oder „winter package“. Wesentliche Elemente sind unter anderem Novellen der Stromverordnung und -richtlinie, der Erneuerbare-Energien-Richtlinie sowie der Energieeffizienz- und der Gebäudeeffizienzrichtlinie. Sie sollen den europäischen Strombinnenmarkt und erneuerbare Energieträger fit für die Zukunft machen, die Erreichung der europäischen Klima- und Energieziele für 2030 sicherstellen und den Verbrauchern eine aktive Teilnahme an den Energiemärkten ermöglichen. Seit Anfang 2017 wird es im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat mit dem Ziel beraten, das Gesetzespaket im laufenden Jahr 2018 zu verabschieden.

Mit Wirkung zum 01.01.2017 ist das Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG 2017) und zur Eigenversorgung (im Folgenden: EEG 2017) in Kraft getreten. Die Änderungen betreffen sowohl die KWK-Förderung und den Wälzungsmechanismus als auch die Eigenversorgung nach dem EEG.

Die Anwendungsregel zur „Kaskadierung von Maßnahmen für die Systemsicherheit von elektrischen Energieversorgungsnetzen (VDE-AR-N 4140)“ ist zum 01.02.2017 in Kraft getreten. Sie regelt die Zusammenarbeit von Netzbetreibern bei Störungen, die die Sicherheit oder die Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gefährden.

Seit drei Jahren bleibt der Zubau neuer Solaranlagen hinter den vom Gesetzgeber angestrebten Zielen zurück. Jetzt soll ein neues Gesetz Abhilfe schaffen, das Vermietern von Wohngebäuden einen Zuschlag in Aussicht stellt, wenn sie Solaranlagen auf ihren Dächern installieren und den Strom daraus an ihre Mieter liefern. Die Bundesregierung hat das Mieterstromgesetz am 26.04.2017 vorgelegt, um insbesondere Mieter an der Energiewende teilhaben zu lassen. Am 29.06.2017 hat der Bundestag das „Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ verabschiedet, und am 07.07.2017 hat der Bundesrat dem Gesetz zugestimmt.

Grundzuständige Messstellenbetreiber (gMSB) mussten bis zum 30.06.2017 der Bundesnetzagentur (BNetzA) anzeigen, ob sie die Grundzuständigkeit für den Messstellenbetrieb mit intelligenter Messtechnik wahrnehmen.

Die Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) wurde novelliert. Am 07.07.2017 stimmte auch der Bundesrat für den Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums. Die geplante Novelle sieht unter anderem eine Zusammenlegung der beiden deutschen Marktgebiete NetConnect Germany (NCG) und Gaspool bis zum 01.04.2022 vor.

Die neuen Bilanzierungsumlagen für den Zeitraum 01.10.2017 bis zum 01.10.2018 im Marktgebiet der NCG wurden auf 0,00 EUR/MWh festgelegt. Gaspool hingegen legt die SLP-Bilanzierungsumlage für denselben Zeitraum auf 0,20 EUR/MWh und die RLM-Bilanzierungsumlage auf 0,08 EUR/MWh fest.

Die Übertragungsnetzbetreiber TenneT, Amprion, 50Hertz und TransnetBW veröffentlichten die neue EEG-Umlage für das Jahr 2018. Die EEG-Umlage sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent und beträgt damit 6,792 ct/kWh.

3. Energiewirtschaftliche Lage

Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2017 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) eine Höhe von 462,3 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent. Das starke gesamtwirtschaftliche Wachstum (preisbereinigt +2,2 Prozent) trug hauptsächlich dazu bei. Der Temperatureinfluss spielte dagegen kaum eine Rolle; gemessen an den Gradtagzahlen war 2017 im Durchschnitt nur wenig wärmer als 2016, so dass der Heizenergiebedarf eher etwas geringer war. Zudem zählte 2017 gegenüber dem Schaltjahr 2016 einen Tag weniger.

In Deutschland wurden im Berichtsjahr 2017 rund 655 Mrd. kWh Strom erzeugt. Während die konventionellen Energieträger (Steinkohle, Kernenergie und Braunkohl) rückläufig waren, stieg der Anteil des regenerativ erzeugten Stroms um 15 Prozent, Erdgas erhöhte sich um 6,4 Prozent.

Die Kohlepreise stiegen ab dem Frühjahr 2017 für Lieferungen im Folgejahr kontinuierlich bis in den Herbst hinein an und notierten in einem Bereich von 85 bis 90 US-Dollar/t (API#2). Grund für diesen Anstieg war unter anderem die Entscheidung der chinesischen Regierung, die eigene Kohleproduktion zu reduzieren und die niedrigere Verfügbarkeit französischer Kernenergieerzeugungskapazitäten.

Nachdem sich die OPEC im Dezember 2016 geeinigt hatte, eine Förderkürzung umzusetzen, stiegen die Ölpreise zunächst nachhaltig über 50 US-Dollar/Barrel. Im Frühjahr 2017 mehrten sich dann jedoch die Zweifel daran, dass der erhebliche Lagerüberhang zügig abgebaut werden würde. Zudem konnten die OPEC-Länder Libyen und Nigeria, die von den Förderkürzungen ausgenommen waren, ihre Förderung im zweiten Quartal des Kalenderjahres 2017 kräftig erhöhen. In Folge fielen die Preise bis Mitte Juli 2017 deutlich unter 50 US-Dollar/Barrel. Danach führten ein schwächerer US-Dollar sowie ein spürbarer Lagerabbau in den USA zu einer Erholung der Preise über die Marke von 50 US-Dollar/Barrel. Der Ölpreis beendete das Jahr 2017 bei 67 US-Dollar/Barrel.

Die Notierungen der EUA Emissionszertifikate konnten sich gegenüber den Tiefstwerten von 4 EUR/t in 2016 deutlich auf bis zu 8 EUR/t erholen.

Die Preise für Strom Base 2018 folgten den Vorgaben der Brennstoffmärkte, und zwar insbesondere denen des Kohlemarkts. Entsprechend gewann der Frontjahrespreis im Berichtsjahr 5,32 EUR/MWh bei einem Durchschnittspreis von 31,20 EUR/MWh. Nach einer volatilen Phase zu Beginn des Berichtsjahres stabilisierte sich der Frontjahrespreis im 2. Quartal des Geschäftsjahres 2017 im Bereich der Marke von 30 EUR/MWh. Im weiteren Verlauf etablierte sich der Frontjahreskontrakt aufgrund der festen Kohlepreise zunächst auf einem Niveau von 31 EUR/MWh bevor er zum Geschäftsjahresende auf über 36 EUR/MWh zulegen konnte.

4. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2017 verlief planmäßig. Der Breitbandausbau in Unna wurde weiter vorangetrieben und soll zu einer Stärkung der Ertragskraft führen. Auch im Bereich von energetischen Dienstleistungslösungen wurde weitergearbeitet. Als neues Produkt wurde das LED-Lichtcontracting für Gewerbe- und Industrieunternehmen eingeführt, nachdem es zunächst in eigenen Gebäuden getestet wurde.

Wesentlich für die Stadtwerke Unna war auch die Entscheidung über die Durchführung einer Refinanzierung der Projektgesellschaft Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG. Mit der Durchführung der Refinanzierung standen der Projektgesellschaft liquide Mittel zur Verfügung, die an die Gesellschafter ausgezahlt werden konnten. Die voranschreitende Projektentwicklung des zweiten Bauabschnitts über zusätzliche 20 Windkraftanlagen führte dazu, dass im Berichtsjahr weitere Zahlungen für die Projektrechte und Projektentwicklungsvorleistungen an die Altgesellschafter gezahlt werden konnten. Diese Zahlungen konnten zur Schuldentilgung eingesetzt werden.

5. Lage der Gesellschaft

Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Stadtwerke Unna GmbH schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 4.244 T€ ab. Dies entspricht einer Steigerung der Gewinnabführung von rund 1.027 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Das gesteckte Wirtschaftsplanziel wurde übertroffen. Weitergehende Erläuterungen werden in der Beschreibung der Ertragslage gegeben.

Die gesamten Umsatzerlöse des Berichtsjahres sind gegenüber 2016 um insgesamt 4,1 Mio. € auf 78,4 Mio. € gesunken.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Abgabemengen seit 2011 und die Veränderungen der Mengen und der dazugehörigen Umsatzerlöse in den Versorgungsbereichen Strom, Erdgas und Wärme im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr:

	Abgabemenge		Umsatzerlöse gem. GuV	
	2017	Änderung VJ	2017	Änderung VJ
Stromversorgung	206.107 MWh	-3%	52.800 T€	-4%
Erdgasversorgung	378.507 MWh	-5%	18.652 T€	-12%
Wärmeversorgung	41.214 MWh	1%	3.653 T€	-6%

Tabelle 1: Abgabemengen und Umsatzerlöse 2017

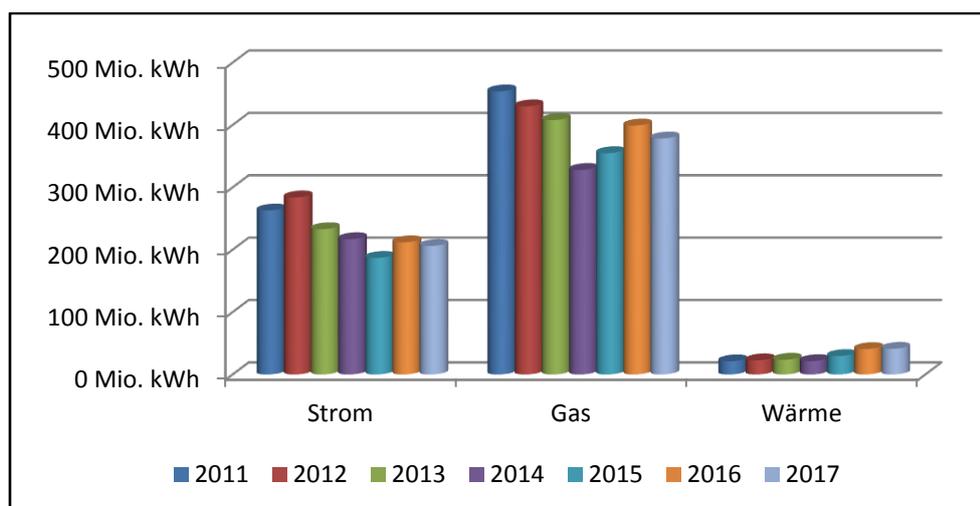


Abbildung 1: Entwicklung der Abgabemengen 2011 - 2017

Im Bereich der Stromversorgung sind die Absatzmengen insbesondere im Tarifikundenbereich rückläufig. Dies bedingt die Reduzierung der Umsatzerlöse. Witterungsbedingt sind die Gasabsatzmengen gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent geringer und dies insbesondere im Tarifikundenbereich. Der Absatz im Bereich der Wärmeversorgung ist nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (Erhöhung um 1 Prozent).

Ertragslage

Die Stadtwerke Unna realisierten ein Ergebnis vor Ertragsteuern von 4.905 T€. Unter Berücksichtigung der Steuern entspricht dies einer Gewinnabführung von 4.244 T€. Die Gewinnabführung erhöhte sich um 1.027 T€ bzw. 32 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Steueraufwand ist insbesondere aufgrund der Ergebnisse der Betriebsprüfung der Jahre 2011 bis 2014 rückläufig. Das Vorsteuerergebnis entspricht den Erwartungen.

	2017	2016	Veränderung Vorjahr	
	T€	T€	T€	%
Betriebserträge	79.643	83.292	-3.649	-4
Material- und Fremdleistungen	-53.939	-57.891	3.952	-7
Rohertrag	25.704	25.401	303	1

Tabelle 2: Rohertrag

Der Rohertrag des Berichtsjahres ist gegenüber dem Vorjahr um 303 T€ bzw. 1 Prozent gestiegen. Diese Steigerung ist auf die überproportionale Reduzierung des Material- und Fremdleistungsaufwands (-7 Prozent) gegenüber dem Rückgang der Betriebserträge (-4 Prozent) zurückzuführen. Die aktivierten Eigenleistungen sind aufgrund einer geänderten Aktivierungspraxis deutlich angestiegen.

	2017	2016	Veränderung Vorjahr	
	T€	T€	T€	%
Rohertrag	25.704	25.401	303	1
Betriebsaufwendungen	-21.280	-20.813	-467	2
sonstige betriebliche Erträge	388	600	-212	-35
ordentliches Betriebsergebnis	4.813	5.188	-375	-7

Tabelle 3: ordentliches Betriebsergebnis

Das ordentliche Betriebsergebnis von 4.813 T€ entspricht einer Reduzierung um 7 Prozent bzw. 375 T€ gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere sind die Personalaufwendungen und die Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr angestiegen sowie die sonstigen betrieblichen Erträge um rund 35 Prozent gesunken (212 T€).

	2017	2016	Veränderung Vorjahr	
	T€	T€	T€	%
Erträge aus Beteiligungen	544	272	272	100
Erträge aus Ausleihungen des FAV	748	748	0	0
sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	22	25	-3	-11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.222	-1.350	128	-9
Finanzergebnis	92	-305	397	-130

Tabelle 4: Finanzergebnis

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 397 T€ verbessert und ist positiv. In den Erträgen aus Beteiligungen sind neben den ausgezahlten Gewinnanteilen der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG und der Biogaspool II für Stadtwerke GmbH & Co. KG auch zwei Zahlungen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG enthalten, die Prämienzahlungen für die zweite Ausbaustufe betreffen, an der die Stadtwerke Unna nicht beteiligt ist. In den Erträgen aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens sind die Zinserträge aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und die Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, die insgesamt nicht liquiditätswirksam realisiert wurden, enthalten. Der Zinsaufwand ist trotz einer zusätzlichen Darlehensaufnahme gegenüber 2016 durch das niedrige Zinsniveau bei Neuaufnahmen oder Prolongationen und die vorangetriebene Entschuldung weiter rückläufig.

Finanzlage

Im Rahmen des Finanzmanagements der Stadtwerke Unna GmbH wird das Ziel einer langfristigen und stabilen Unternehmensfinanzierung sowie die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung der Kapitalkosten verfolgt. Dabei wird eine möglichst fristenkongruente Finanzierung des Vermögens angestrebt.

Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird aus den Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und externe Finanzierungsquellen gedeckt. Das Innenfinanzierungspotenzial umfasste einen operativen Cashflow in Höhe von 6.452 T€ (Vorjahr: 7.068 T€). Im Rahmen der Außenfinanzierung stehen der Stadtwerke Unna GmbH Bankdarlehen, kurzfristige Kreditlinien und die Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich des Konzerns Kreisstadt Unna zur Verfügung.

Der Gesamtbestand an langfristigen Darlehen beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2017 38.582 T€ (Vorjahr: 38.055 T€). Insgesamt wurden 5.373 T€ Darlehen getilgt und 5.900 T€ neu aufgenommen.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2017	2016
	T€	T€
Periodenergebnis (vor Ergebnisabführung)	4.244	3.217
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.342	4.234
- Abnahme der Rückstellungen	-73	-1.525
- Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	-588	-609
+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	552	-12
-/+ Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.331	705
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-50	51
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	447	572
- Sonstige Beteiligungserträge	-544	-272
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	661	1.666
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-1.207	-959
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	6.453	7.068
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-312	-455
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	164	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.031	-5.005
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-25
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	15	13
+/- Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzmitteldisposition	0	1.000
+ Erhaltene Zinsen	1.658	25
+ Erhaltene Dividenden	490	274
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-4.016	-4.173
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	727	728
- Auszahlungen Ergebnisabführung an Gesellschafter	-3.217	-3.146
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	781	454
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	5.900	6.800
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-5.373	-3.248
- gezahlte Zinsen	-1.208	-1.291
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.390	297
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	47	3.192
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.296	-896
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.343	2.296

Tabelle 4: Kapitalflussrechnung

Vermögenslage

Im Jahr 2017 betrug das Investitionsvolumen insgesamt 6.343 T€ (Vorjahr: 5.460 T€). Im Sachanlagevermögen betrafen 2.392 T€ Investitionen für Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom- und Gasnetz. Rund 786 T€ wurde in die Breitbandinfrastruktur investiert.

Die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens betragen zum Bilanzstichtag 45.757 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 1.903 T€ erhöht.

Das Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr auf Grund der Einzahlung in die Kapitalrücklage der unbaren Zinsgutschriften des Geschäftsjahres 2016 aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG um 727 T€ erhöht. Durch diese Maßnahmen erhöhte sich die Eigenkapitalquote auf rund 19 Prozent; dieser Wert liegt deutlich unter einer angemessenen Eigenkapitalquote von 30 Prozent.

Für Rückforderungs- und Prozessrisiken aus einem Insolvenzverfahren gegen einen Stromhändler wurde die in 2013 gebildete Rückstellung mit 141 T€ in Anspruch genommen.

Das gesamte Rückstellungsvolumen beträgt 3.666 T€, wovon 2.331 T€ auf Drohverluste entfallen.

Im Berichtsjahr 2017 wurden langfristigen Darlehen in Höhe von 5.900 T€ über die Kreisstadt Unna aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 4.615 T€ gesunken. Die Tilgungen beliefen sich auf 5.373 T€.

6. Berichterstattung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz

Die Stadtwerke Unna GmbH stellt Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Stromverteilung sowie Gasverteilung auf. Mit den Tätigkeitsabschlüssen 2017 erfüllt die Stadtwerke Unna GmbH die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der Rechnungslegung führen wir nach § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung sowie für andere Tätigkeiten. Für die Strom- und Gasverteilung erstellen wir darüber hinaus jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Grundsätzlich werden die Kosten und Erlöse der jeweiligen Tätigkeiten direkt über Kostenstellen zugeordnet. Sofern dies nicht möglich ist oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand realisierbar wäre, erfolgt eine sachgerechte Aufteilung mittels Schlüsselung. Bei der Zuordnung und bei der Wahl der Kostenschlüssel wurde das Stetigkeitsgebot beachtet.

Der Gesamtumsatz der Stadtwerke Unna beträgt im Berichtsjahr 78.419 T€. Davon entfallen auf den Tätigkeitsbereich Stromverteilung 26.595 T€ sowie auf die Gasverteilung 9.076 T€.

Das jeweilige Ergebnis vor Gewinnabführung betrug für die Stromverteilung 1.852 T€ sowie für die Gasverteilung 1.286 T€.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 betrug die Bilanzsumme des Tätigkeitsbereichs Stromverteilung 36.845 T€ sowie des Tätigkeitsbereichs Gasverteilung 18.580 T€.

7. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ertragsteuern der zentrale Leistungsindikator ist. Daneben werden eine Reihe von weiteren Steuerungsgrößen definiert, um im Rahmen der Risikoberichterstattung auf wesentliche finanzielle Frühindikatoren reagieren zu können.

8. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren spielen nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Stadtwerke Unna GmbH.

So wird das Umweltmanagementsystem nach dem EU-Ökoaudit und der ISO 14001 zertifiziert. Was die einzelnen Aktivitäten der Stadtwerke und ihrer Kunden bewirken, wird transparent auf der Homepage als sogenannter „Klimazähler“ dargestellt. Detailliert informiert die Umwelterklärung über die Ziele der Umweltpolitik, die Kennzahlen und die Maßnahmen.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen im Mittelpunkt. Die betriebliche Ausbildung hat bei den Stadtwerken Unna traditionell einen hohen Stellenwert. Die fortschreitende Digitalisierung der Energiewirtschaft und der angestrebte Ausbau der Breitbandinfrastruktur macht es erforderlich, auch für einen mittelständischen Energieversorger neue Berufsbilder auszubilden. So wird neben dem klassischen Anlagenmechaniker –Versorgungstechnik–

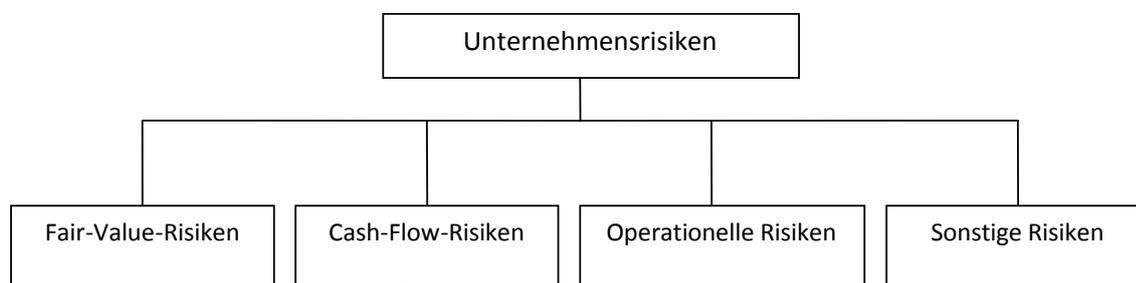
und Elektroniker –Betriebstechnik– auch die Ausbildung zum Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker sowie zum Fachinformatiker Systemintegration angeboten. Die Nachwuchsförderung ist daher fest in den Unternehmenszielen verankert, so dass viele Mitarbeiter ihre Berufslaufbahn mit einer Ausbildung im Hause begonnen haben.

Neben der Ausbildung von Mitarbeitern muss dem beständig an Komplexität gewinnenden Arbeitsumfeld und dem Wandel der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zielgerichtet und umfassend den jeweils gegebenen Herausforderungen anzupassen. Hier investieren die Stadtwerke Unna gezielt in bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen. Auch stehen dabei der Erhalt sowie der kontinuierliche Ausbau der Attraktivität als Arbeitgeber im Vordergrund.

Da die Mitarbeiter ein wichtiges Gut für die Stadtwerke Unna darstellen, ist die Arbeitssicherheit und das Gesundheitsmanagement ebenfalls ein wichtiger Baustein der personalwirtschaftlichen Arbeit. Neben sehr hohen Standards der Arbeitssicherheit haben die Stadtwerke Unna ein aktives sowie gleichsam facettenreiches und systematisches Gesundheitsmanagement eingeführt.

III. Chancen- und Risikobericht

Die Stadtwerke Unna GmbH hat seit dem Jahre 2002 ein Risikomanagementsystem, welches die Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) erfüllt, implementiert. Dieses Risikomanagement ist kein statisches Berichtssystem, sondern unterliegt vielmehr einem ständigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Aufgrund der stetig komplexeren und dynamischeren Unternehmensumwelt steigen die Anforderungen an das Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette (Erzeugungskapazitäten, Netze und Vertrieb), denen das Unternehmen mit einer überarbeiteten Risikoberichterstattung begegnet. Neben dem allgemeinen Risikomanagementhandbuch für das Gesamtunternehmen wurden spezielle Risikomanagementhandbücher für die Strom- sowie die Gas- und Wärmebeschaffung im Unternehmen etabliert. Die Implementierung der Beschaffungsrisikohandbücher führt dazu, dass sich die Stadtwerke Unna GmbH den Anforderungen der marktorientierten Beschaffungsvorgänge leichter stellen kann. Aus den identifizierten Einzelrisiken wurde die nachfolgende Risikosystematik entwickelt:



Ziel des Risikomanagements ist einerseits die systematische Identifikation der Einzelrisiken, deren Bewertung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihrer Auswirkungen, um durch die frühzeitige Erkennung sowie Bewältigung bestandsgefährdender Entwicklungen deren Vermeidung oder Begrenzung zu gewährleisten sowie einen Risikotransfer zu ermöglichen. Es soll die Steuerung der Risiken sowie der damit verbundenen Chancen im Rahmen einer ganzheitlichen Unternehmenssteuerung ermöglichen. Das Risikomanagement beinhaltet

tet somit die Gesamtheit aller organisatorischen Maßnahmen, Regelungen und Reaktionen zur Risikoerkennung, -erfassung, -analyse, -bewertung und -bewältigung sowie -akzeptanz.

Fair-Value-Risiken bestehen im Wesentlichen im Bereich der Beteiligungen der Stadtwerke Unna GmbH. Beteiligungsrisiken werden durch eine enge Begleitung der erweiterten Geschäftsführung begegnet. In diesem Zusammenhang ist die wesentliche Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zu nennen. Im September 2015 erfolgte die offizielle Inbetriebnahme des Windparks. Der Baubeginn der 40 Windenergieanlagen startete mit der Errichtung der Fundamentstrukturen und dem Setzen der Tripods im September 2011. Die Inbetriebnahme verzögerte sich insbesondere durch die mehrfache Verschiebung der Netzanbindung durch den Übertragungsnetzbetreiber. Mit der Inbetriebnahme und Überführung der Anlagen in den Regelbetrieb existieren sämtliche Risiken aus der Errichtungsphase nicht mehr und die Kompensationszahlungen (§ 17e EnWG Regelungen zur Kompensation von Offshore-Windparks) endeten, so dass die Anlagen nun vollständig gemäß den Vergütungssätzen des EEG vergütet werden. Die Unsicherheiten hinsichtlich der Vermarktungserlöse nach Auslaufen der EEG-Vergütungen und der Risiken aus der Betriebsphase (Regelbetrieb) bestehen weiter. Die Produktion des Windparks lag im Jahr 2017 unter den Erwartungen des P50-Szenarios. Dies ist auf ein insgesamt schwaches Windjahr 2017 zurückzuführen. Im Jahr 2017 wurde die geplante Refinanzierung erfolgreich durchgeführt. Den Gesellschaftern wurden rund 60 Mio. € ausgezahlt. Diese Zahlung umfasst auch die Prämie für die Entwicklung der Rechte und Genehmigungen, vorhandener Infrastruktur und Vorleistungen zum Betrieb der Windenergieanlagen für den zweiten Bauabschnitt. Die Bewertung der Beteiligung ist stark von den nach dem Auslaufen der EEG-Vergütung erzielbaren Vermarktungserlösen abhängig. Nominal erwirtschaftet die Gesellschaft eine positive Rendite und die ausgegebenen Gesellschafterdarlehen und das eingezahlte Eigenkapital fließen an die Gesellschafter zurück. Da der Abzinsungsfaktor einen erheblichen Einfluss auf den Barwert der Bewertungseinheit aus den abgezinsten Cash-Flows hat, bestehen zukünftig in der Bewertung der Bewertungseinheit erhebliche Risiken. Insgesamt ist die Beteiligung als werthaltig anzusehen.

Die Beteiligung an der Trianel Erdgasspeicher Epe GmbH & Co. KG stellt kein Fair-Value-Risiko dar, da über den abgeschlossenen Speichernutzungsvertrag die Ertragssituation der Gesellschaft gesichert ist. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist sehr bemüht, die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft zu verbessern und so die Kosten auf Seiten der Speichernutzer zu reduzieren.

Ausfallrisiken bestehen insbesondere im Bereich des Endkundengeschäfts und zwar sowohl im Vertriebsbereich als auch im Netzbereich durch den Ausfall von Transportkunden. Das am 05.04.2017 in Kraft getretene neue Anfechtungsrecht nach der Insolvenzordnung hat hierbei zukünftig eine entscheidende Bedeutung. Die Risikovorsorge für ein Insolvenzanfechtungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Hamm war schlussendlich nicht erfolgreich, da die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision vom Bundesgerichtshof abgewiesen wurde, so dass die Risikovorsorge aus dem Jahr 2013 von 141 T€ in Anspruch genommen werden musste.

Da sich die Stadtwerke Unna GmbH an einer Reihe von Projekten im Bereich der Erzeugung beteiligt hat und die Anforderungen im Bereich der Regulierung hinsichtlich der garantierten Eigenkapitalverzinsung erfüllen muss, ist die eigene Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke Unna GmbH zu überprüfen. Im Berichtsjahr 2013 wurde mit den Gesellschaftern vereinbart, dass der auszuschüttende aber nicht liquiditätswirksam realisierte Zinsertrag aus den Ge-

sellschafterdarlehen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG zur Stärkung des Eigenkapitals in die Kapitalrücklage zurückgeführt wird. Im Jahr 2017 wurden dem Unternehmen 727 T€ zur Eigenkapitalstärkung zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag entspricht den den unbaren Zinserträgen aus den Gesellschafterdarlehen der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG.

Die Fair-Value-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung unwahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos ein Volumen zwischen 580 T€ und 1.300 T€.

Cash-Flow-Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Mengen- und Margenplanung. Aufgrund des Wettbewerbs und den effizienteren Einsatz von Energie gehen die Stadtwerke Unna von einem geringeren Mengen- und Umsatzvolumen aus.

Die derzeitige Situation an den Energiemärkten führt dazu, dass der Erdgasspeicher nicht profitabel bewirtschaftet werden kann. Die durch den Erdgasspeicher bereitgestellte mögliche energiewirtschaftliche Leistung wird im Erdgasmarkt nicht vergütet. Seit April 2013 erfolgt keine eigenständige Bewirtschaftung des Erdgasspeichers mehr, da das Arbeitsgasvolumen und die Ein- sowie Ausspeicherleistung verpachtet ist. Hier besteht das Risiko, dass der Speicherkunde die angepachteten Kapazitäten nach Ende der Vertragslaufzeit nicht mehr benötigt oder der Pachtzins deutlich unter den Erwartungen liegt. Um diesem Risiko zu begegnen, wurde ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit bis 01.04.2020 abgeschlossen. Die Risikovorsorge für den Speichernutzungsvertrag bildet die gesamte Laufzeit des mit der Projektgesellschaft abgeschlossenen Speichernutzungsvertrages ab. Insgesamt wurden 1.890 T€ zurückgestellt.

Risiken aus der Umstrukturierung der Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG bestehen nicht. Das Kraftwerk wird in Abhängigkeit der Marktentwicklung im Rahmen eines flexiblen Minimalbetriebs eingesetzt. Die Gesellschaft kann zur Finanzierung des Minimalbetriebs Gesellschafterdarlehen bei den Gesellschaftern abrufen.

Zinsrisiken aus langfristigen Finanzierungen auf Basis variabler Zinssätze sind mit Zinsfestschreibungen begrenzt worden. Im Berichtsjahr wurden neue Kredite von insgesamt 5.900 T€ aufgenommen. Wenn es möglich ist, werden die bestehenden Kredite umfinanziert, um das aktuell niedrige Zinsniveau mit Festzinsvereinbarungen zu sichern. Die gute Bonität der Stadtwerke Unna führt dazu, dass sie auch weiterhin ihren Kapitalbedarf durch Kredite decken kann.

Marktpreisrisiken im Strom- und Gasgeschäft werden durch eine strukturierte Beschaffung unter Zuhilfenahme von externen Anbieter begegnet. Hierfür werden verschiedene Techniken der Portfolioverwaltung angewendet. Die Preisentwicklung an der Strombörse für die Lieferjahre 2018 – 2024 schafft im Portfolio Risiken, da bereits beschaffte Mengen mit niedrigen Marktpreisen bewertet werden müssen.

Die Cash-Flow-Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 1.400 T€ und 3.500 T€.

Operationelle Risiken bestehen im Betrieb der technischen Anlagen, die das Risiko von Nichtverfügbarkeiten bergen. In den Verteilnetzen können ungeplante Versorgungsunterbrechungen auftreten, denen mit gezielten Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten begegnet

wird. Die bestehenden Risiken können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Gesellschaft lässt sich alle fünf Jahre nach dem Branchenstandard „Technisches Sicherheitsmanagement (TSM)“ zertifizieren.

Die operationellen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 720 T€ und 1.600 T€.

Sonstige Risiken stellen vor allem das Regulierungsrisiko und das rechtliche/politische Risiko dar. Dem internen Regulierungsmanagement kommt in einer immer komplexer werdenden Regulierungspraxis eine besondere Bedeutung zu. Hier erfolgt ein hoher fachlicher Austausch mit anderen Netzbetreibern vergleichbarer Größe und eine energiewirtschaftliche und juristische Beratung. Rechtliche oder politische Risiken werden über die Verbände (insbesondere dem Verband kommunaler Unternehmen) beobachtet.

Aufgrund der unterjährig zufließenden Liquidität und der verfügbaren Kreditlinien konnten die Stadtwerke Unna ihren Mittelbedarf jederzeit decken. Die Liquiditätsplanung ist ein wesentliches Instrument, um weiterhin allen notwendigen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Neben den dargestellten Risiken bieten sich den Stadtwerken Unna in diesem Marktumfeld Chancen im Bereich der Energiedienstleistungen und des Breitbandausbaus. Mit energieeffizienten Lösungen und maßgeschneiderten Produkten sowie zusätzlichen Dienstleistungen begegnen die Stadtwerke Unna den Herausforderungen des Marktes. So können neben der Energielieferung zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden.

Die sonstigen Risiken haben in ihrer Klassifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeit die Einstufung wahrscheinlich und hinsichtlich des Nettorisikos im Mittel ein Volumen zwischen 130 T€ und 380 T€.

Für die Gesamtbeurteilung der Risikolage kann zusammengefasst werden, dass bestandgefährdende Risiken, die den Fortbestand der Stadtwerke Unna GmbH gefährden könnten, weder im Geschäftsjahr 2017 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2018 gegenwärtig erkennbar sind. Die derzeitige energiewirtschaftliche Lage zwingt die Stadtwerke Unna jedoch dazu, die eingesetzten Methoden des Risikomanagements ständig weiter zu entwickeln.

Der Stärkung des Eigenkapitals und der weiteren Entschuldung sollte weiter vorangetrieben werden, um die Stadtwerke Unna vor den weiteren zukünftigen Herausforderungen sicher aufzustellen. Dabei spielen Investitionen in zukunftssträchtige Geschäftsbereiche ebenfalls eine wesentliche Rolle.

IV. Prognosebericht

Die Energiewende schafft einen Umbruch in den tradierten Unternehmensplanungen. Der Ausbau der Erzeugung aus erneuerbaren Energien hat zu einem starken Druck auf die Börsennotierungen für Strom geführt. Nach dem massiven Preisverfall der letzten Jahre wird mittelfristig eine Erholung erwartet. Neben den wettbewerblichen Implikationen hat die zunehmende Regulierung wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung. Fraglich sind hierbei die Netzentgeltmodernisierung einschließlich der zunehmenden Anforderungen zur Wahrung der Systemstabilität und Versorgungssicherheit.

Die langfristige Strombeschaffung wird die Ergebnislage der Stadtwerke Unna erheblich beeinflussen, da die fixierte Beschaffung für mögliche Preisreaktionen im Endkundenmarkt nicht die notwendige Flexibilität bereitstellt.

Die Beteiligung an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG wird für die Stadtwerke Unna GmbH auch zukünftig eine Herausforderung bleiben. Es wird weiter damit gerechnet, dass sich eine Trendwende, in der die energiewirtschaftliche Leistung wieder vergütet wird, am Erdgasmarkt mittelfristig nicht einstellen wird. Erst mit Auslaufen der Projektfinanzierung wird sich die Situation hinsichtlich der Fixkosten verbessern.

Die ersten Monate des Geschäftsjahres 2018 zeigen einen den Planungen entsprechenden Geschäftsverlauf. Der Januar 2018 war durch einen schwachen Gasabsatz geprägt, der im Februar 2018 wiederum kompensiert werden konnte. Für das gesamte Geschäftsjahr 2018 sieht die Wirtschaftsplanung ein erwartetes Jahresergebnis vor Ertragsteuern von 4.300 T€ vor. Die erwartete Gewinnabführung liegt bei 3.100 T€.

Unna, 30. Mai 2018

Stadtwerke Unna GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier

2.2 Logistikzentrum RuhrOst GmbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Heinrich-Hertz-Str. 2 59423 Unna	Telefon: 02303 2001-0 Fax: 02303 2001-22 E-Mail: office@logistikzentrum-ruhrost.de Internet: www.logistikzentrum-ruhrost.de	Gesellschaftsvertrag vom: 12.10.2004 in der Fassung vom: 07.08.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Errichtung, Unterhaltung und Verpachtung von Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen in der Kreisstadt Unna und in der Gemeinde Bönen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	50,00	50.000,00
Gemeinde Bönen	50,00	50.000,00
	100,00	100.000,00

Beteiligungen der	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Logistikzentrum RuhrOst Betreibergesellschaft	25,10	12.550,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der Beteiligung der LZR verzichtet.		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführung Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung				
Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus folgenden Personen: Uwe Kutter Jürgen Schäpermeier				
Vergütung der Geschäftsführung				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge	Sachleistungen	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
Kutter	0,00 €	0,00 €	8.450,00 €	8.450,00 €
Schäpermeier	0,00 €	0,00 €	8.450,00 €	8.450,00 €

Gesellschafterversammlung			
Die Gesellschafterversammlung besteht aus sechs Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Volker König
2.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
3.		TBG Ralf Kampmann	Dez Matthias Immick

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 30.09.2017 ab 13.11.2017	RM Klaus Tibbe RM Klaus Tibbe	RM Hans-Jürgen Scheideler RM Volker König

Anzahl der Mitarbeiter
Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2017, wie auch im Jahr 2016, mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-
II. Sachanlagen	2.435.466	2.590.998	2.746.915
III. Finanzanlagen	12.550	12.550	12.550
Summe Aktiva	2.448.016	2.603.548	2.759.465
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	-	-	-
II. Forderungen	234.968	254.317	186.374
III. Kassenbestand	5.605	34.412	54.505
Summe Umlaufvermögen	240.573	288.729	240.879
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	2.702
Summe Aktiva	2.688.589	2.892.277	3.003.046
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
II. Kapitalrücklage	50.000	50.000	50.000
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	- 18.646
IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	150.000	150.000	131.354
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	305.655	334.998	364.340
C. Rückstellungen	105.127	86.000	18.100
D. Verbindlichkeiten	2.124.237	2.321.279	2.489.252
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.570	-	-
Summe Passiva	2.688.589	2.892.277	3.003.046

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	754.820	753.044	555.565
sonstige betriebliche Erträge	822.842	32.189	136.861
Materialaufwand	- 1.268.339	- 556.724	- 422.090
Personalaufwand	- 20.953	- 20.944	- 20.944
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 155.532	- 155.917	- 156.302
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 213.136	- 127.370	- 127.064
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	3.554	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 87.667	- 96.965	- 118.152
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.901	- 11.037	-
Ergebnis nach Steuern	- 165.064	- 180.170	- 152.126
Sonstige Steuern	- 7.926	- 7.477	- 7.477
Erträge aus Verlustübernahme	172.990	187.647	159.603
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-	-	-

Jahresergebnis 2017

Das Jahresergebnis 2017 vor Verlustausgleich belief sich auf -173 T€ (Vorjahr: -187,6 T€). Gemäß dem Gesellschaftsvertrag sind festgestellte Verluste, soweit eine Deckung nicht anderweitig sichergestellt werden kann, durch die Gesellschafter, bemessen am Verhältnis ihrer Geschäftsanteile, auszugleichen. Dabei beschränkt sich die Verlustübernahme für jeden Gesellschafter auf jeweils den zweifachen Wert des jeweiligen Anteils am Stammkapital. Für die WBU bedeutet dies eine maximale Verlustübernahme von 100 T€ je Geschäftsjahr.

Das Jahresergebnis 2017 vor Verlustausgleich beläuft sich auf -173 T€. Entsprechend der Regelung im Gesellschaftsvertrag gleicht die WBU einen Betrag von 86,5 T€ (Vorjahr: 93,8 T€) aus.

Zuschuss

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft von ihren Anteilseignern einen Zuschuss von jeweils 310 T€ für die Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen erhalten.

Bürgschaften

Die Kreisstadt Unna hat für die LZR GmbH Bürgschaften mit einem Ursprungsbetrag von 5.177 T€ übernommen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 beläuft sich der verbürgte Restbetrag auf 1.559 T€ (Vorjahr: 1.762 T€). Hierfür hat die Gesellschaft der Kreisstadt Unna im Geschäftsjahr 2017 eine Avalprovision in Höhe 9 T€ gezahlt.

Ausleihung

Die LZR weist zum Bilanzstichtag 31.12.2017 ein von der WBU gewährtes Darlehen in Höhe von 220 T€ (Vorjahr: 250 T€) aus.



**Lagebericht
der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017
der Logistikzentrum RuhrOst GmbH**

A Wirtschaftsbericht

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Tätigkeitsschwerpunkte gemäß Gesellschaftsvertrag

Die Logistikzentrum RuhrOst GmbH verfolgt das Ziel, in der Kreisstadt Unna und der Gemeinde Bönen Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen Anlagevermögen zu errichten, zu unterhalten und zu verpachten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

1.2 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Investitionen getätigt.

1.3 Operative Aktivitäten

Das operative Geschäft war im Verlauf des Geschäftsjahres wieder besser als im Vorjahr. Die Anzahl der Kranungen war aufgrund der Sanierungsarbeiten an Kran II im Berichtsjahr leicht rückläufig (59.054; VJ: 59.468). Die Gleisnutzungserlöse sind hingegen im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen. In Summe beliefen sich die Umsatzerlöse im KV-Terminal Bönen auf rund 404,9 T€ und lagen somit 7,8 T€ unter den Vorjahreserlösen (Vorjahr: 412,7 T€). Der Kran im KV-Terminal Unna befindet sich weiterhin in einer Vorhaltefunktion (seit Anfang 2015). Im Bereich des Gleisverkehrs konnten die Erlöse sowohl in Unna als auch in Bönen im Vergleich zum Vorjahr weiter gesteigert werden. In Bönen lagen die Erlöse mit 175,3 T€ um 3,7 T€ über den Vorjahreserlösen (Vorjahr: 171,6 T€). Die Erlöse durch den Gleisverkehr in Unna beliefen sich auf 46,0 T€ (Vorjahr 43,6 T€).

In Folge der hohen Inanspruchnahme der Kräne stieg auch der Aufwand bei den Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Die Geschäftsführung hatte sich mit der Betreibergesellschaft darauf geeinigt, dass diese sich stärker an den laufenden Unterhaltungskosten beteiligt. Dieses wurde durch eine Erweiterung des bestehenden Vertrages schriftlich fixiert.

1.4 Personelle Ausstattung

Die LZR GmbH arbeitete im Jahr 2017 mit zwei nebenamtlich bestellten Geschäftsführern. Die operativen Tätigkeiten kaufmännischer und technischer Art werden über Dienstleistungsverträge geregelt.

1.5 Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Logistikzentrum RuhrOst GmbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, die Unterhaltung und die Verpachtung der Umschlagterminals und Gleisanlagen mit dem gesamten erforderlichen beweglichen Anlagevermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 173,0 T€ ab. Zum Vorjahresergebnis (- 187,6 T€ vor Verlustübernahme) bedeutet das eine Ergebnisverbesserung (+ 14,6 T€). Die Jahresergebnisse spiegeln das atypische (ungewöhnliche) Geschäftsmodell der LZR „Zuständigkeiten und Risikoverteilung“ zu Lasten der Besitzgesellschaft wider.

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen:

	2016	2017	Veränderung
	TEUR	TEUR	Vorjahr
			TEUR
1. Umsatzerlöse	753,0	754,8	1,8
2. sonstige betriebliche Erträge	32,2	822,8	790,6
Betriebserträge	785,2	1.577,6	792,4
3. Material- und Fremdleistungen	-556,7	-1.268,3	-711,6
4. Personalaufwendungen	-20,9	-21,0	-0,1
5. Abschreibungen	-155,9	-155,5	0,4
6. Sonstige Steuern	-7,5	-7,9	-0,4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-127,4	-213,1	-85,7
Betriebsaufwendungen	-868,4	-1.665,8	-797,4
Ordentliches Betriebsergebnis	-83,2	-88,2	-5,0
8. Erträge aus Beteiligungen	3,6	0,0	-3,6
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-97,0	-87,7	9,3
Finanzergebnis	-93,4	-87,7	5,7
Ergebnis vor Steuern	-176,6	-175,9	0,7
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-11,0	2,9	13,9
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	-187,6	-173,0	14,6

	2014	2015	2016	2017
<u>Kennzahlen zur Rentabilität</u>				
<u>Jahresergebnis (nach Verlustübernahme)</u>	-18,6	0,0	0,0	0,0
Eigenkapital	131,4	131,4	150,0	150,0
Eigenkapitalrentabilität in %	-14,2	0,0	0,0	0,0
<u>Jahresergebnis (nach Verlustübernahme)</u>	-18,6	0,0	0,0	0,0
Gesamtleistung / Umsatzerlöse	541,8	555,6	753,00	754,8
Umsatzrentabilität I in %	-3,4	0,0	0,0	0,0
<u>Materialaufwand</u>	422,7	422,1	556,7	1268,3
Gesamtleistung / Umsatzerlöse	541,8	555,6	753,00	754,8
Materialintensität in %	78,0	76,0	73,9	168,0

Bei den Umsatzerlösen handelt es sich im Wesentlichen um kranungsabhängige Erlöse aus der Verpachtung des KV-Terminals in Bönen. Des Weiteren wurden Erlöse aus Gleisnutzungsgebühren, aus der Vermietung einer gewerblichen Immobilie und aus einer Stellflächenvermietung im KV-Terminal Unna erzielt. In Summe belaufen sich die Umsatzerlöse auf 754,8 T€ (VJ: 753,0 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten die erfolgswirksame ratierliche Auflösung des Zuschusses durch das Eisenbahnbundesamt (29,4 T€), die Instandhaltungspauschale seitens der Betreibergesellschaft (22,0 T€), den Zuschuss von den beiden Gesellschaftern für die Fahrwerkssanierung von Kran II in Bönen sowie die Beteiligung des Betreibers an der Erneuerung der Steuerungstechnik von Kran II (in Summe 740,0 T€), diverse Erträge durch Weiterberechnungen (28,1 T€) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (3,5 T€).

Der Materialaufwand umfasst neben den Kosten für die Infrastrukturanschlussverträge mit der DB Netz AG und den Energiebezugsaufwendungen für die Lichtsignalanlagen der beiden Bahnübergänge in Unna sowie die Instandhaltungsaufwendungen für beide Terminals (wobei der wesentliche Anteil beim Terminal in Bönen liegt). Im Geschäftsjahr 2017 wurde am Kran II in Bönen die geplante Komplettanierung des Fahrwerks durchgeführt (623,6 T€). Im Zuge der Fahrwerkssanierung wurde ebenfalls die Umrichtertechnik erneuert (83,7 T€). Außerdem wurde ein gebrauchter Spreader für Kran I in Bönen erworben und generell überholt (77,3 T€), die Kabelradmotoren an beiden Kränen in Bönen erneuert (27,1 T€) und an beiden Kränen Seilwechsel durchgeführt (10,1 T€). Die weiteren geplanten Instandhaltungsaufwendungen beliefen sich auf rund 310,0 T €. Neben den geplanten Aufwendungen kam es auch zu nicht geplanten aufwandsverursachenden Maßnahmen (Kranlaufräder, Bremssteile, defekte Ein- und Rückspeiseeinheit, Weichenreparatur, defektes Hubwerksgetriebe Kran I). Insgesamt verursachten diese Ereignisse Aufwendungen in Höhe von 128,6 T€

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen eine Rückstellung für die verpflichtende Kostenbeteiligung der LZR an der Erneuerung der Straßen (Ausbaubeiträge) im Industriegebiet Unna-Ost (82,0 T€), Pachtaufwendungen für die Gleisanlagen in Bönen (33,0 T€), Grundbesitzabgaben (19,7 T€), Versicherungsbeiträge (12,5 T€), Prüfungs- und Beratungskosten (10,7 T€) und Aufwendungen für Rufbereitschaftsdienst und kaufmännische Betriebsführung (45,5 T€). In Summe belaufen sich diese Aufwendungen auf 213,1 T€ (Vorjahr: 127,4 T€).

3. Finanzlage

Die Eigenkapitalquote der LZR ist im Berichtsjahr auf 5,6 % (Vorjahr 5,2 %) gestiegen. Die Fremdkapitalquote beträgt 94,4 % (Vorjahr 94,8 %).

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch ein Darlehen des Gesellschafters Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH gegeben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften der Gemeinde Bönen und der Kreisstadt Unna sowie einer Grundschuld gesichert.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie der Bewegungen innerhalb der operativen Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung dargestellt.

	2016 T€	2017 T€
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-188	-173
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	155	156
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	68	19
sonstige zahlungswirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-) (operative Tätigkeit)		
- Auflösung Sonderposten für Zuschüsse	-29	-29
Veränderung des Saldos folgender Aktiva:		
Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten	-65	19
Veränderung des Saldos folgender Passiva:		
Kurzfristige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten	-47	8
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (1)	-106	0
Anlageninvestitionen lt. Anlagenspiegel		
Anlageninvestitionen (-)	0	0
Mittelzufluss / -abfluss aus Investitionstätigkeit (2)	0	0
Verlustübernahme (+) des Geschäftsjahres	188	173
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Teile, usw.) (+)	18	0
Darlehenaufnahme	50	0
Darlehensstilgung	-171	-201
Mittelzufluss / -abfluss aus Finanzierungstätigkeit (3)	85	-28
Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln (1) + (2) +(3)	-21	-28
Finanzmittelbestand am 1.1.	55	34
Finanzmittelbestand am 31.12.	34	6

4. Vermögenslage

Im Sachanlagevermögen sind im Wesentlichen die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Grundstücke, Gebäude und technische Anlagen enthalten (2.435,5 T€). Das Sachanlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr um die Abschreibungen von 155,5 T€ verringert.

Im Jahr 2006 wurde die LZR Betreibergesellschaft mbH gegründet. An dieser Gesellschaft ist die LZR mit 25,1 % (12,5 T€) beteiligt. Es handelt sich um die einzige Beteiligung im Finanzanlagevermögen.

Im Vergleich zum Vorjahr (288,7 T€) ist das Umlaufvermögen zurückgegangen. Zum Jahresende werden 240,6 T€ in der Bilanz als Umlaufvermögen ausgewiesen. Die Forderungen beinhalten u. a. die Forderung gegenüber den Gesellschaftern aus der Verlustübernahme in Höhe von 173,0 T€ (Vorjahr: 187,6 T€).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.124,2 T€ sind mit Blick auf das Vorjahr rückläufig (Vorjahr: 2.321,3 T€). Grund hierfür sind überwiegend die planmäßigen Tilgungen der Darlehen.

5. Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2017 zeigt, dass eine Verbesserung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft in diesem volatilen Geschäftsfeld als herausfordernd zu bewerten ist. Durch den eingeleiteten Restrukturierungsprozess der Terminals stellt sich die Geschäftsführung mit den Gesellschaftern dieser Herausforderung.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die in 2017 erfolgreich durchgeführten Sanierungsmaßnahmen im Terminal Bönen sollen zu einer nachhaltigen Reduzierung des Reparatur- und Unterhaltungsaufwandes und damit zu einer Stabilisierung des Unternehmensergebnisses führen. Dazu trägt auch eine neue Vereinbarung mit der LZR Betreibergesellschaft mbH zur Beteiligung an den laufenden Kosten bei.

Die grundlegende strategische Ausrichtung der LZR wurde in zwei Gesellschafterversammlungen ausführlich besprochen. Die Geschäftsführung hat aus diesem Prozess heraus den Auftrag erhalten, das Geschäftsmodell für den Terminalstandort Unna grundlegend zu überdenken und Handlungsoptionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation aufzuzeigen. Der Prozess wurde in Bezug auf den Gleiskörper eingeleitet. Die Ergebnisse werden dann im Laufe des Jahres 2018 besprochen.

Die Nachfrage nach logistischen Konzepten im kombinierten Verkehr Schiene/Straße hat konjunkturbedingt im letzten Jahr weiter zugenommen. Die LZR Betreibergesellschaft erwartet auch für 2018 eine stabile Beschäftigung. Rein schienengebundene Angebote, die über die Gleisanlagen der Gesellschaft abgewickelt werden, werden von den direkt an das Gleisnetz angeschlossenen Kunden in unterschiedlichem Maße in Anspruch genommen. Hier entscheiden die Unternehmen individuell nach Zeit- und Kostengesichtspunkten, auf die die Gesellschaft keinen Einfluss hat. Insgesamt bewegen sich die Angebote der LZR damit im Spannungsfeld zwischen standortpolitischen Zielsetzungen, konjunkturellen Einflüssen und wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb

Für das Geschäftsjahr 2018 sieht die Wirtschaftsplanung einen erwarteten Jahresfehlbetrag - vor Verlustübernahme – in Höhe von 176,6 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsleitung hat Risiken für die Gesellschaft definiert. Sie hat unterschieden zwischen strategischen und operativen Risiken und hat 15 Einzelrisiken ermittelt. Diese Einzelrisiken wurden bewertet (niedrig / mittel / hoch) und Maßnahmen zur Minimierung des Risikos festgelegt. Des Weiteren dienen das Rechnungswesen und die laufende Kontrolle des Geschäftsverlaufs zur rechtzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken.

Nach den erfolgten Sanierungs- und Komplettierungsmaßnahmen am Kran 2 sowie an den Gleisen der Kranbahn und der geänderten Kostenverteilung zwischen der LZR und der LZR

Betreibergesellschaft besteht die Chance, dass sich die Jahresergebnisse in den kommenden Jahren verbessern. Es ist jedoch zu betonen, dass das Vorhalten einer funktionstüchtigen logistischen Infrastruktur trotz aller Anstrengungen in der jetzigen Konstellation nicht kostendeckend erfolgen kann. Zwar bietet die zentrale Lage des KV-Terminals in Bönen Chancen, an einem konjunkturellen Aufschwung teilhaben zu können. Zugleich wird deutlich, dass insbesondere der Betrieb der Gleisinfrastruktur Risiken beinhaltet, die nicht durch eine adäquate Nachfrage und somit entsprechenden Einnahmen gedeckt werden können. Positiv wirkt sich auch die Verpachtung des Terminalgeländes in Unna auf das Gesamtergebnis der LZR aus.

Die Geschäftsführung verfügt über eine adäquate Liquiditätssteuerung und kann über die im Rahmen des kaufmännischen Betriebsführungsvertrages bei den Stadtwerken Unna angekauften Finanzierungs- und Finanzplanungssysteme gewährleisten, dass die Risiken für die Unternehmung sorgfältig beobachtet und gesteuert werden können.

Unna, 23. März 2018

Logistikzentrum RuhrOst GmbH

gez. Jürgen Schäpermeier
Geschäftsführer

gez. Uwe Kutter
Geschäftsführer

3. Beteiligungen auf Kreisebene

Die Kreisstadt Unna ist zusammen mit anderen Städten und Gemeinden aus dem Kreis Unna an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Die Unternehmen werden im dritten Kapitel dargestellt.

3.1 Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Friedrich-Ebert-Straße 32 59425 Unna	Telefon: 02303 28270 Fax: 02303 2827-99 E-Mail: info@ukbs.de Internet: www.ukbs.de	Gründung am: 19.08.1939 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 20.06.2006

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im Kreis Unna und in der Stadt Hamm. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,8	1.061.850,00
Kreisstadt Unna	14,7	381.150,00
Stadt Bergkamen	14,0	364.000,00
Stadt Kamen	11,0	286.000,00
Stadt Hamm	6,6	171.600,00
Stadt Fröndenberg	4,9	127.400,00
Gemeinde Bönen	3,0	78.000,00
Stadt Selm	3,0	78.000,00
Gemeinde Holzwickede	2,0	52.000,00
Gesamt:	100,0	2.600.000,00

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Matthias Fischer

Vergütung der Geschäftsführung
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.
Gemäß § 286 Abs. 4 HGB macht der Geschäftsführer, Herr Fischer, bezüglich der Geschäftsführerbezüge von der Schutzklausel Gebrauch.

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Volker König	RM Gerhard Heckmann (CDU)
2.		BM Werner Kolter	TBG Ralf Kampmann

Vergütung des Aufsichtsrates	
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.	
Der Jahresabschluss 2017 der UKBS weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 51.700,00 € aus. Davon entfallen auf die Vertreter der Kreisstadt Unna folgende Beträge:	
RM Volker König	3.540,00 €
BM Werner Kolter	2.100,00 €
TBG Ralf Kampmann	180,00 €

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	24	23
in Teilzeit	6	6
Auszubildende	2	2
Aushilfen	0	0
Gesamt	32	31

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	40.140	63.603	60.985
II. Sachanlagen	102.243.375	97.916.925	95.790.209
III. Finanzanlagen	4.160	4.160	4.160
Summe Aktiva	102.287.675	97.984.688	95.855.354
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	6.341.497	5.943.774	5.920.871
II. Forderungen	91.657	115.012	163.519
III. Kassenbestand	849.729	2.510.332	2.914.981
Summe Umlaufvermögen	7.282.883	8.569.118	8.999.371
C. Rechnungsabgrenzungsposten	-	45.132	-
Summe Aktiva	109.570.558	106.598.938	104.854.725
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000	2.600.000	2.600.000
II. Kapitalrücklage	-	-	-
III. Gewinnrücklage	20.970.439	20.655.849	20.432.957
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-	-	-
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	912.986	938.590	846.892
Summe Eigenkapital	24.483.425	24.194.439	23.879.849
B. Rückstellungen	384.802	231.122	293.176
C. Verbindlichkeiten	84.404.168	82.173.377	80.681.700
D. Rechnungsabgrenzungsposten	298.163	-	-
Summe Passiva	109.570.558	106.598.938	104.854.725

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	17.878.071	17.152.308	16.624.232
Erhöhung des Bestandes	360.162	58.352	120.303
Andere aktivierte Eigenleistungen	270.214	257.680	248.478
sonstige betriebliche Erträge	234.946	283.935	475.859
Aufwendungen f. Hausbewirtschaftung	- 8.869.587	- 8.410.196	- 8.379.580
Personalaufwand	- 1.953.199	- 1.757.670	- 1.870.634
Abschreibung	- 3.536.635	- 3.393.499	- 3.306.606
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.225.399	- 928.310	- 863.227
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	872	1.182	3.499
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.478.150	- 1.554.269	- 1.554.109
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 66.546	- 140.430	- 17.296
Ergebnis nach Steuern	1.614.749	1.569.083	1.480.919
Sonstige Steuern	- 701.763	- 630.493	- 634.028
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	912.986	938.590	846.891

Verwendung des Jahresergebnisses 2016

In der ordentlichen Gesellschafterversammlung am 31.05.2017 wurde der Jahresabschluss 2016 festgestellt. Ferner wurde beschlossen, den Jahresüberschuss des Jahres 2016 in Höhe von 938.590 € zur Ausschüttung einer Dividende von 624.000 € (= 24% der Stammeinlage) und den Restbetrag von 314.590 € zur Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen zu verwenden. In Bezug auf die Stammeinlage (381.150 €) hat die Kreisstadt Unna einen Bruttobetrag von 91.476 € im Jahr 2017 erhalten.

Verwendung des Jahresergebnisses 2017

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2017 der UKBS am 16.05.2018 festgestellt und beschlossen, vom Jahresüberschuss in Höhe von 912.986 € eine Gewinnausschüttung in Höhe von 624.000 € (= 24% der Stammeinlage) vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 288.986 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Bezogen auf die Stammeinlage (381.150 €) hat die Kreisstadt Unna im Jahr 2018 einen Bruttobetrag von 91.476 € erhalten.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Allgemein

Die konjunkturelle Lage in Deutschland stellt sich weiterhin sehr gut dar. Seit nunmehr acht Jahren wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kontinuierlich. Im Jahr 2017 legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,2 % zu. Dies ist der stärkste Anstieg seit sechs Jahren. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer soliden Aufschwungphase. Der private Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen profitieren von der hervorragenden Lage am Arbeitsmarkt.

Das weltwirtschaftliche Umfeld ist von einem kräftigen Aufschwung geprägt, sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern. Eine Vielzahl von weltwirtschaftlichen Risiken hat im Verlauf des Jahres 2017 glücklicherweise an Bedeutung verloren. So blieb der befürchtete Wachstumseinbruch in China ebenso aus wie die angekündigte Umsetzung tiefgreifender wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den USA. Der Brexit führte bisher nur zu einer deutlichen Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik in Großbritannien, griff aber nicht auf die wichtigen europäischen Handelspartner über. Dennoch stellt die Möglichkeit eines harten Brexit eine reale Bedrohung der konjunkturellen Dynamik in Europa dar.

Im Euroraum hat sich der Aufschwung 2017 flächendeckend durchgesetzt. Alle Länder der Gemeinschaftswährung zeigten ein deutlich positives Wirtschaftswachstum, auch Griechenland, wo das Bruttoinlandsprodukt 2016 noch um 0,2% gesunken war.

Die Wirtschaftsleistung ist 2017 in nahezu allen Wirtschaftsbereichen in Deutschland gestiegen. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die 10,8% der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, wuchs um 1,4% und konnte damit ihre Wertsteigerung deutlich erhöhen. In jeweilige Preise umgerechnet erzielte die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft damit eine Bruttowertschöpfung von 318 Milliarden EUR.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von knapp 44,3 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Isoliert betrachtet hätte die Alterung der Bevölkerung das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2017 um

300.000 Personen schrumpfen lassen. Eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland glichen altersbedingte demografische Effekte aus.

Im Zuge des derzeit kräftigen weltweiten Aufschwungs dürfte sich die Wertschöpfung in der Industrie nach Urteil der Institute auch 2018 sehr positiv entwickeln. Der private Verbrauch wird durch den leichten Preisauftrieb etwas gedämpft, ist aber abgeschwächt weiterhin nach oben gerichtet. Die Bauinvestitionen dürften eher verhalten wachsen. Dies liegt aber vor allem am öffentlichen Bau. Für die Wohnungsbauinvestitionen schätzen die Institute in 2018 eine erneute Zunahme um 3 %.

Wohnungsverwaltung

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2017

2.963	Wohnungen und
38	Büro- und sonstige Einheiten
	in insgesamt 415 Häusern
1	Parkhaus mit 81 Stellplätzen
464	Garagen

mit einer Gesamtwohn-/nutzfläche von 209.531,67 m² umfasst.



	Anzahl Wohnungen
Bergkamen	410
Bönen	254
Fröndenberg	187
Hamm	283
Holzwickede	184
Kamen	360
Selm	56
Unna	1.229
Gesamt	2.963

Für die Mieter bestand auch 2017 ein günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten lagen auch in 2017 überwiegend unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Im Berichtsjahr waren 247 Mieterwechsel (2016: 252 Mieterwechsel) zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 8,1 % (2016: 8,5 %).

Am Bilanzstichtag lag der Leerstand bei 45 Wohnungen (2016: 34 Wohnungen) mit einer Leerstandsquote in Höhe von 1,5 % (2016: 1,2 %). Der modernisierungsbedingte Leerstand davon betrug 1 Wohnung (2016: 1 Wohnung).

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 205,7 T€ (2016: 262,7 T€). Von den Kosten entfallen 4,5 T€ (2016: 1,5 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 61,6 T€ (2016: 119,6 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2017 51,8 T€ (2016: 66,2 T€) Mietverzichte gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betragen in 2017 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 1,6 % (= 292,3 T€), gegenüber 2016 2,1 % (= 357,6 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 99,3 T€ (2016: 108,8 T€) enthalten. Diese hohen Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.920 T€ (2016: 3.707 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2017 in Relation zur Sollmiete rd. 32,9 % (Vorjahr: 32,5 %) verausgabt. Dies sind 18,96 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 18,36 € pro durchschnittliche m²)

Neubautätigkeit

Bergkamen

Im Januar 2015 wurde ein 2.974 m² großes Grundstück in Bergkamen, Rathausplatz 4, erworben. Vorgesehen ist ein Wohnhaus mit gewerblichen Flächen. Der Baubeginn erfolgte Ende 2017.

Selm

Im August 2014 wurde ein 2.656 m² großes Grundstück in Selm, Schulstraße, mit dem ehem. Schulgebäude erworben. Es sind ein Umbau des bestehenden Gebäudes in 13 WE sowie ein Neubau von 12 Wohnungen vorgesehen. Der Baubeginn ist geplant in 2018.

Unna

Der im 4. Quartal 2015 begonnene Neubau von 2 Wohngebäuden mit 24 WE und 1 Gemeinschaftsraum für das Mehrgenerationenwohnen sowie einer Tiefgaragenanlage wurde im August 2017 fertiggestellt und an die Mieter übergeben.

Im Juli 2014 wurde ein 5.889 m² großes Grundstück mit 6 Gebäuden in Unna, Heinrichstraße erworben. Nach dem Abriss der Gebäude ist eine Bebauung mit insgesamt 40 WE vorgesehen, aufgeteilt in 10 Reihen-/ Doppelhäusern sowie 3 Mehrfamilienhäusern.

Bis zum Ende des Jahres 2017 wurden 4 Gebäude abgerissen. 2 weitere Gebäude werden vor- aussichtlich im 2. Quartal 2018 abgerissen. Der Baubeginn ist geplant in 2019.

Betriebliche Organisation

Die Geschäftsräume befinden sich im gesellschaftseigenen Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Str. 32, 59425 Unna.

Übersicht Stellenbesetzung	31.12.2017	31.12.2016
Geschäftsführer	1	1
Prokurist	1	1
Sekretariat	1	1
Rechnungswesen	5	5
Wohnungsverwaltung		
Team Süd	5	5
Team Nord	4	4
Mieterbetreuung	2	2
Technische Abteilung	3	3
Information / Service-team	5	4
Auszubildende	2	2
Servicetechniker	4	3
	33	31

Die Wohnungsverwaltung umfasst sowohl die kaufmännische, wie auch die technische Betreuung des Wohnungsbestandes.

Jahresdurchschnitt	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännische Mitarbeiter	16	3
Technischer Mitarbeiter	4	0
Servicetechniker	3	0,5
	23	3,5

Außerdem wurden durchschnittlich 2 Auszubildende beschäftigt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen	in	2017	2016	2015
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,2	2,5	2,3
Eigenkapitalrentabilität	%	4,0	4,5	3,6
Eigenkapitalquote	%	22,3	22,7	22,8
Fremdkapitalquote	%	69,6	70,2	70,2
Cashflow	T€	4.431	4.331	4.155
Durchschnittliche Sollmiete	€/m ² /mtl.	4,84	4,73	4,65
Modernisierung und Instandhaltung	€/m ²	18,96	18,36	19,32
Erlösschmälerungen Sollmiete	%	1,2	1,3	2,0
Fluktuationsquote	%	8,1	8,5	8,5
Leerstandsquote am Bilanzstichtag	%	1,5	1,2	1,8

Darstellung der Lage

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 912,9 T€ (2016: 938,6 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Übersicht Ertragslage	2017 T€	2016 T€	Veränd. T€
Hausbewirtschaftung	1.416	1.303	113
Sonstige betriebliche Geschäftsvorfälle	-196	-186	-10
= Betriebsergebnis	1.220	1.117	103
Zzgl. Finanzergebnis	-5	-5	0
neutrales Ergebnis	-235	-33	-202
Abzgl. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-67	-140	73
= Jahresüberschuss	913	939	-26

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2017 109,6 Mio. € (2016: 106,6 Mio. €).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 102,2 Mio. € (2016: 97,9 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in Höhe von 101,7 Mio. € (2016: 99,2 Mio. €) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 93,3% (2015: 91,9%). Die Eigenkapitalquote beträgt 22,3%.

Übersicht Deckungsverhältnisse	2017 T€	2016 T€
Lang- und mittelfristiger Bereich		
Vermögenswerte	102.288	97.985
Finanzierungsmittel	101.194	99.170
Überdeckung	-1.094	1.185
Kurzfristiger Bereich		
Finanzmittelbestand	-210	2.226
Übrige Vermögenswerte	6.815	6.388
Verbindlichkeiten	7.699	7.429
Überdeckung	-1.094	1.185

Die Unterdeckung war stichtagsbezogen.

Bei der z.Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2017 voll entsprochen.

Risikobericht

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Ein wesentlicher Teil der derzeitigen Nachfragesituation richtet sich an 1- und 2-Zimmer-Wohnungen sowie bezahlbaren Wohnraum. Dieser Entwicklung werden wir u.a. dadurch Rechnung tragen, dass beim Neubau überwiegend kleinere Wohnungen errichtet werden. Da das Angebot an Grundstücken sich deutlich verringert hat, prüfen wir die Möglichkeiten von Erweiterungen und Aufstockungen von Gebäuden im Bestand.

Gerade als kommunales Unternehmen beobachten wir die Entwicklung in den verschiedenen Quartieren, in denen wir mit Wohnungen vertreten sind, sehr genau. Um eine langfristige Vermietung zu gewährleisten, ist es notwendig, zusammen mit anderen Partnern für die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität zu sorgen.

Das Thema Neubau von Wohnraum ist verbunden mit der Entwicklung von Baukosten. Die Baukosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und steigen weiter. Hinzu kommt, dass sich die Bauunternehmen aufgrund der sehr guten Auftragslage zum Teil nicht mehr an Ausschreibungen beteiligen.

Die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit von Bauprojekten und der Bezahlbarkeit von Wohnraum wird nicht nur für unser Wohnungsunternehmen eine Herausforderung. Daher wird die Finanzierung über den Kapitalmarkt eine wichtige Komponente sein. Daneben gilt es zu prüfen, ob serieller und modularer Wohnungsbau eine zukünftige Alternative wird.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Marktfähigkeit unseres Wohnungsbestands bleibt auch zukünftig von hoher Bedeutung.

Auch im Jahr 2017 wurde durch die regelmäßigen Modernisierungen unseres Hausbestandes gewährleistet, dass unser Wohnungsangebot am Markt weiterhin gute Chancen haben wird.

Wir haben beschlossen, Objekte mit Ausstattungsstandards, die vom Markt langfristig nicht mehr akzeptiert werden, rückzubauen oder durch Neubauten zu ersetzen, damit langfristig die Wirtschaftlichkeit und Vermietbarkeit erhalten werden kann.

Grundsätzlich aber wollen wir die Attraktivität unseres Wohnungsbestandes erhalten und verbessern. Der zukünftige Schwerpunkt soll auf barrierefreien und -armen Maßnahmen liegen. Dazu gehört weiterhin die Schaffung eines ansprechenden Wohnumfeldes.

Ergänzt werden diese zeitgemäßen Optimierungen durch Service-Angebote rund um das Wohnen und die verschiedensten Projekte für alle Mietergruppen. Das Ziel der Gesellschaft wird es sein, den älteren Mietern durch verschiedenste Maßnahmen zu ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen 4 Wänden zu verbleiben.

Eine weitere Herausforderung sind die Anforderungen der Digitalisierung („Wohnungswirtschaft 4.0“). In diesem Zusammenhang haben wir bereits verschiedene Projekte umgesetzt, wie z.B. eine Kunden-App, Handwerker-Kopplung und die digitale Wohnungsabnahme. Wir beschäftigen uns intensiv mit den Möglichkeiten und Nutzen der Digitalisierung für unsere Mitarbeiter und unser Unternehmen.

Des Weiteren übernehmen wir eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sorgen als kommunales Wohnungsunternehmen durch eine moderate Mietzinspolitik dafür, dass qualitativer Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung auch künftig bezahlbar bleibt.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.

Zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres besteht ein Finanzderivat (Zinsswap). Im Rahmen der Absicherung des Zinsänderungsrisikos wurde eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB gebildet, bestehend aus dem variabel verzinslichen Darlehen (Grundgeschäft) und einem Zinsswap (Sicherungsgeschäft). Forward-Darlehen zur Anschlussfinanzierung von Darlehen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2018 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin positiv dar. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 975 T€ aus.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren, gerade bei einem Mietermarkt, von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an Wohnformen für Senioren (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes, sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, einzustellen und um die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Unna, den 21.02.2018

gez. Fischer

Geschäftsführer

Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH

3.2 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

Anschrift	Kontakt	Gründung
Lünener Str. 13 59174 Kamen	Telefon: 02307 209-0 Fax: 02307 209-35 E-Mail: info@vku-online.de Internet: www.vku-online.de	Gründung im Jahr: 1909 in der Fassung vom: 24. April 2017

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren (z.B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH	50,19	1.935.170,00
Stadt Lünen	16,39	632.050,00
Kreisstadt Unna	9,18	353.910,00
Stadt Kamen	8,07	311.320,00
Stadt Bergkamen	7,68	296.030,00
Stadt Werne	5,13	197.970,00
Gemeinde Bönen	1,38	53.220,00
Gemeinde Holzwickede	1,10	42.280,00
Stadt Selm	0,88	34.150,00
Gesamt	100,00	3.856.100,00

Beteiligungen der VKU	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
VKU-Verkehrsdienst GmbH	100,00	25.600,00
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	14,29	316.360,00
Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH	3,57	1.000,00
Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH verzichtet.		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
25.000,00 €	184.999,96 €	209.999,96 €
Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, welche die Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages führt.		
Zugunsten Herrn Pieperjohanns wurde im Geschäftsjahr ein Betrag von 12.000,00 € in eine Unterstützungskasse sowie ein Betrag von 1.752,00 € in eine Direktversicherung eingezahlt. Die Beträge sind in den erfolgsunabhängigen Bezügen mit enthalten.		
Weitere Altersversorgungszusagen bestehen gegenüber Herrn Pieperjohanns nicht.		

Aufsichtsrat		
Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.		BM Werner Kolter

Vergütung des Aufsichtsrates		
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.		
Der Jahresabschluss 2017 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 3.000,00 € aus.		
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 60,00 €.		

Gesellschafterversammlung		
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:		
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied
1.	SPD	RM Wolfgang Ahlers
2.		1. BG Karl-Gustav Mölle

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	120	128
in Teilzeit	20	20
Auszubildende	0	0
Aushilfen	16	8
Gesamt	156	156

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	66.793	55.032	37.776
II. Sachanlagen	13.527.289	11.742.128	11.014.264
III. Finanzanlagen	360.961	363.224	365.932
Summe Aktiva	13.955.043	12.160.384	11.417.972
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	167.932	162.339	202.517
II. Forderungen	11.693.105	11.939.368	12.128.651
III. Kassenbestand	1.041.232	430.298	70.550
Summe Umlaufvermögen	12.902.269	12.532.005	12.401.718
C. Rechnungsabgrenzungsposten	429	4.487	33.980
Summe Aktiva	26.857.741	24.696.876	23.853.670
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100	3.856.100	3.856.100
II. Kapitalrücklage	792.496	792.496	792.496
III. Gewinnrücklage	-	-	-
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	- 152.946	- 152.946	- 152.946
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-
Summe Eigenkapital	4.495.650	4.495.650	4.495.650
B. Rückstellungen	2.533.616	2.785.191	2.446.763
C. Verbindlichkeiten	19.422.414	17.064.829	16.570.043
D. Rechnungsabgrenzungsposten	406.061	351.206	341.214
Summe Passiva	26.857.741	24.696.876	23.853.670

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	29.494.212	29.009.576	21.291.079
sonstige betriebliche Erträge	398.522	166.351	7.521.212
Materialaufwand	- 18.767.248	- 18.037.182	- 15.918.963
Personalaufwand	- 7.629.899	- 7.822.596	- 7.970.084
Abschreibung	- 1.989.699	- 1.863.694	- 1.829.931
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 1.334.083	- 1.267.246	- 2.898.416
Erträge aus Beteiligungen	60	61	60
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	258	1.427	2.008
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 154.731	- 168.943	- 179.422
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	17.392	17.754	17.543
Sonstige Steuern	- 17.392	- 17.754	- 17.543
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Refinanzierungsvereinbarung

Zwischen dem Kreis Unna und den weiteren Gesellschaftern besteht eine Refinanzierungsvereinbarung, wonach der jährliche Fehlbedarf der VKU über den Kreishaushalt abgewickelt wird. Vom Fehlbetrag werden, nach Abzug der individuellen Abrechnungen für z.B. Ortslinien-, Regional- oder Schülerverkehre, 50% von den beteiligten Gemeinden nach einem Betriebsleistungsschlüssel erstattet.

Der Kreis Unna hat mit Schreiben vom 05.10.2017 den Kommunen die Aufwandsersatzleistungen in Rechnung gestellt. Der Anteil der Kreisstadt Unna für das Geschäftsjahr 2016 beträgt 657.760,87 € (Vorjahr: 520.093,21 €). Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Refinanzierungsanteil um 137.667,66 €.

Für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einem Anteil an der Aufwandsersatzleistung in Höhe von 680.000,00 € geplant.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Öffentliche Zwecksetzung

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und damit übt die Gesellschaft die Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung des Verkehrsgebietes aus.

Die Öffentliche Zwecksetzung wird durch diese Geschäftstätigkeit erfüllt.

2. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Kreis Unna, der gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist der seit 2006 geltende Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG). Darin ist die Rolle der WVG als Servicegesellschaft der VKU eindeutig definiert.

Auf einer Linienlänge von rd. 2.000 km wird öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert.

Die Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr nur unwesentlich verändert.

Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 25 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 48,4 % (Vorjahr: 46,2 %) der Gesamtleistung im Auftrag der VKU erbringen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft in Deutschland hat den moderaten Wachstumskurs auch in 2017 fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % gestiegen. Damit lag es auf einem höheren Niveau als in 2016 mit einem Wachstum von 1,9 %. In der gesamten Eurozone betrug das Wachstum 2,3 % für 2017 und 1,7 % für 2016. Die rd. 450 ÖPNV-Unternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dazu gehört auch die WVG-Unternehmensgruppe, beförderten ca. 10,3 Mrd. Fahrgäste in 2017. Busse und Bahnen ersetzen lt. VDV damit jeden Tag 20 Mio. Autofahrten auf deutschen Straßen.

Die Erträge der VDV-Unternehmen betragen im Berichtsjahr inkl. Ausgleichszahlungen etwa 12,8 Mrd. EUR.

Die VKU verzeichnete im Berichtsjahr eine leichte Steigerung der Fahrgastzahlen von rd. 1,8 % und liegt damit im Trend der VDV-Mitgliedsunternehmen. Bei den Erträgen erzielte das Unternehmen eine Steigerung von rd. 4,0 %. Neben der Tarifierhöhung haben sich die Einnahmen aus dem Einnahmenausgleich gegenüber der Verkehrsgemeinschaft Rhein-Ruhr (VRR) weiter stabilisiert. Darüber hinaus hat die Erweiterung des Großkundenabos auf den Nutzerkreis Flüchtlinge zur Ertragssteigerung beigetragen.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der VKU die branchenspezifischen Rahmenbedingungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Seit 2011 gilt für den Kreis Unna die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die VKU als internen Betreiber.

Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 sichergestellt.

2. Geschäftsverlauf

Weiterhin anhaltende Kostensteigerungen insbesondere für das Personal, rückläufige Schülerzahlen und deutliche Steigerungen im Jedermannverkehr prägen den Geschäftsverlauf im Berichtsjahr.

Ausgleichsleistungen durch die Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG auf Vorjahresniveau, leicht steigende Fahrgastzahlen, Treibstoffpreise sowie Tarifanpassungen für Mitarbeiterentgelte waren im Berichtsjahr wesentliche Einflussfaktoren.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr die planerischen Erwartungen erfüllt. Die operative Ergebnisprognose wurde um ca. 300 TEUR übertroffen.

Die VKU beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich rd. 141 Mitarbeiter. Davon waren 18 Teilzeitbeschäftigte. Das Unternehmen hat mit einem aufgestockten Schulungsbudget auch in diesem Berichtsjahr die Weiterbildung der Mitarbeiter zielgerichtet gefördert.

Als Mobilitätsdienstleister transportierte die VKU im Berichtsjahr rd. 15,4 Mio. Fahrgäste und leistet damit einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Das Nachtbusprojekt erfreut sich seit Jahren einer großen Beliebtheit. Weitere Projekte wie NimmBus im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms oder die Einführung von Fahrradbuslinien im Freizeitverkehr und Echtzeitinformation auf Kunden-smartphones sind lediglich einige Beispiele dafür, wie sehr sich die VKU an den Kunden, deren Mobilität und Umweltschutz orientiert.

Die WVG-Unternehmensgruppe, dazu gehört auch die VKU, hat die bereits im Berichtsjahr 2013 begonnene und in 2015 abgeschlossene Sanierung der IT-Infrastruktur aller angeschlossenen Unternehmen weiter optimiert. In den Folgejahren wird die Harmonisierung der IT-Landschaft durch die Einführung eines ERP-Systems im Vertrieb fortgesetzt. Dadurch erhofft sich die Unternehmensgruppe, die Prozesse noch effizienter gestalten zu können.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge im Linienverkehr stiegen um rd. 4,04 %. Während diese im Jedermannverkehr um rd. 5,72 % stiegen, stagnierte der Ausbildungsverkehr mit + 0,84 % auf dem Vorjahresniveau.

Während das Ergebnis des Berichtsjahres durch nachträgliche Einnahmenezuscheidungen für Vorjahre begünstigt wurde, belasten Rückzahlungen aufgrund der Korrektur der Schwerbehindertenquote für 2015 das Ergebnis.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 8,02 Mio. km und ist damit um rd. 1,13 % gestiegen.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich mit durchschnittlich rd. 10 % gestiegene Dieseltreibstoffpreis negativ aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen, um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein bilanzieller Fehlbetrag von rd. 7,5 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen.

b) Finanzlage

Durch das zentrale Liquiditätsmanagement ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit ausreichender Liquiditätsversorgung, aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG, gesichert. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 13 TEUR verbessert. Das Unternehmen investierte weiterhin in umweltfreundliche Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die erwirtschafteten Finanzmittel des Berichtsjahres mit der Liquidität zusammen reichten aus, um diese Investitionen zu finanzieren.

Das Unternehmen konnte seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VKU erhöhte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 2.161 TEUR auf 26.858 TEUR.

Das Anlagevermögen stieg um 1.795 TEUR auf 13.955 TEUR. Die Zunahme ist hauptsächlich durch die Investitionen in neue Omnibusse sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung begründet.

Das Umlaufvermögen nahm um rd. 370 TEUR auf 12.902 TEUR zu. Ursache hierfür waren im Wesentlichen höhere Bankguthaben bei den Kreditinstituten zum Bilanzstichtag.

Das Eigenkapital blieb mit einem Betrag von 4.496 TEUR unverändert.

Bei den Rückstellungen war ein Rückgang um rd. 252 TEUR auf 2.534 TEUR zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um rd. 2.357 TEUR auf 19.422 TEUR. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 wurde ein neues Darlehen in Höhe von 2.500 TEUR ausgezahlt.

4. Prognose, Chancen und Risiken

4.1 Prognose

Trotz veränderter Rahmenbedingungen durch die weiterhin begrenzten Ertragssteigerungspotenziale, den demografisch bedingten Schülerrückgang, noch nicht planbarer Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal rechnet das Unternehmen mit einem Defizit auf dem Niveau des Berichtsjahres von rd. 7,5 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen.

4.2 Risiken und Chancen

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergaben für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU und damit der Erhalt der Gruppenstruktur mit der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen bis 2020 gesichert.

Aufgrund der im Jahr 2017 in Kraft getretenen Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) wird die VKU-VD mit der VKU verschmolzen. Die Umsetzung erfolgt zum 31.07.2018. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich aus der Umsetzung keine negativen Auswirkungen auf die bestehende Direktvergabe der VKU ergeben werden.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV-Unternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Für die Fahrzeugförderung nach §11 Abs. 2 ÖPNVG gelten konkrete Fördervoraussetzungen. Danach müssen 50% der Fahrplankilometer (ohne Schülerverkehre) von Fahrzeugen

erbracht werden, die nicht älter als 78 Monate sind. Wenn die Gesellschaft Investitionen nicht durchführen würde, wäre künftig diese Fördervoraussetzung nicht erfüllbar. Hier wird die VKU durch Anpassung des eigenen Investitionsprogramms und Verpflichtung der Anmietunternehmer, richtlinienkonforme Fahrzeuge einzusetzen, gegensteuern.

Die Zusammenlegung und Übertragung von Geschäftsanteilen des Kreises Unna an der VKU auf die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Unna mbH (VBU), deren Gesellschafterin wiederum der Kreis Unna ist, wurde in der gemeinsamen Sitzung der Gesellschafterversammlung sowie des Aufsichtsrates am 05. Dezember 2016 beschlossen. Die Übertragung der Anteile erfolgte zum 01. Januar 2017. Aus der Übertragung der Anteile werden ebenfalls keine negativen Auswirkungen auf die Direktvergabe erwartet.

Wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die VKU auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen bei den Fahrgastzahlen sind Abweichungen bei den künftigen Fahrgeldeinnahmen gegenüber den Erwartungen möglich. Insbesondere die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen basieren z.T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzählungen und der Auswertung der Relationslisten für das Firmenabo sowie den Schulträgerkarten der Vorjahre, welche Unschärfen beinhalten könnten.

Kamen, den 09.05.2018

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH

gez. Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

3.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Anschrift:	Kontakt:	Gründung:
Kreishaus Unna Fr.-Ebert-Str. 19 59425 Unna	Telefon: 02303 27-1690 Fax: 02307 27-1490 E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de Internet: www.wfg-kreis-unna.de	Gründung am: 21.07.1961 Letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages am: 13.12.17

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziel
<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.</p> <p>Zur Erreichung dieses Ziels werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten • Standortmarketing für den Kreis Unna • Beschaffen und Verteilen von wirtschaftsrelevanten Informationen an die kreisangehörigen Kommunen und die Unternehmen • Fördern von Existenzgründungen und der Entwicklung des Unternehmensbestands • Wissens- und Technologietransfer in kleinen und mittleren Betrieben • Fördern der beruflichen Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung im Kreis Unna

Gesellschafter	Anteile am Stammkapital in	
	%	€
Kreis Unna	40,00	1.213.000,00
Stadt Bergkamen	7,37	223.600,00
Gemeinde Bönen	3,05	92.500,00
Stadt Fröndenberg	3,31	100.300,00
Gemeinde Holzwickede	3,80	115.100,00
Stadt Kamen	5,56	168.500,00
Stadt Lünen	13,78	418.000,00
Stadt Schwerte	7,23	219.300,00
Stadt Selm	3,65	110.800,00
Kreisstadt Unna	8,11	245.800,00
Stadt Werne	4,14	125.600,00
Gesamt	100,00	3.032.500,00

Beteiligungen der WFG	Anteile am Grundkapital in	
	%	€
Technopark Kamen GmbH	24,00	25.200,00
LÜNTEC GmbH Lünen	24,00	122.710,05
Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	16,00	8.320,00
Technopark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	14,25	228.000,00
newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	10,00	10.000,00
<p>Aus Wesentlichkeitsgründen wird auf die Darstellung der einzelnen Tochtergesellschaften der Wirtschaftsförderung für den Kreis Unna GmbH verzichtet.</p>		

Organe der Gesellschaft
Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung
Dr. Michael Dannebom

Vergütung der Geschäftsführung		
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.		
Erfolgsabhängige Bezüge	Erfolgsunabhängige Bezüge	Gesamtbezüge
124.000,00 €	0,00 €	124.000,00 €

Aufsichtsrat			
Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna im Aufsichtsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.		BM Werner Kolter	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Vergütung des Aufsichtsrates:
Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.
Der Jahresabschluss 2017 der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH weist für die Tätigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von 11.500,00 € aus.
Davon entfällt auf den Vertreter der Kreisstadt Unna, Herrn Bürgermeister Kolter, ein Betrag in Höhe von 700,00 €.

Gesellschafterversammlung			
Folgendes Mitglied war für die Kreisstadt Unna in der Gesellschafterversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Michael Tietze	RM Gerhard Heckmann (CDU)

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 25.01.2017	RM Paul Raupach	RM Gerhard Heckmann
ab 02.03.2017	RM Michael Tietze	RM Gerhard Heckmann

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	19	18
in Teilzeit	3	3
Auszubildende	2	2
Aushilfen	0	0
Gesamt	24	23

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.476	5.330	3.832
II. Sachanlagen	3.167.843	2.547.571	2.621.795
III. Finanzanlagen	440.130	416.130	416.130
Summe Aktiva	3.616.449	2.969.031	3.041.757
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte WFG-Grundstücke	39.413.409	10.544.204	7.107.985
II. Treuhandgrundstücke	12.587.877	13.786.491	16.165.098
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.572.792	15.943.861	20.699.475
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	298.527	2.781.901	606.478
Summe Umlaufvermögen	63.872.605	43.056.457	44.579.036
C. Rechnungsabgrenzungsposten	596	1.131	4.252
Summe Aktiva	67.489.650	46.026.619	47.625.045
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500	3.032.500	3.032.500
II. Kapitalrücklage	7.215.441	7.215.441	7.215.441
III. Gewinnrücklage	2.200.000	2.200.000	2.200.000
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-163.429	-174.513	0
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	234.073	11.084	-174.513
Summe Eigenkapital	12.518.585	12.284.512	12.273.428
B. Ausgleichsposten zu Grundstücken und Beteiligungen	12.948.107	14.146.721	16.525.328
C. Rückstellungen	1.479.077	1.015.350	977.900
D. Verbindlichkeiten	40.543.881	18.580.036	17.848.389
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe Passiva	67.489.650	46.026.619	47.625.045

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	5.856.860	686.072	573.573
Erhöhung des Bestandes	28.869.205	3.436.219	13.847
sonstige betriebliche Erträge	570.680	613.661	517.248
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	- 32.968.884	- 3.817.923	- 161.485
Personalaufwand	- 1.628.195	- 1.500.986	- 1.522.890
Abschreibungen	- 87.780	- 86.471	- 89.593
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 561.675	- 411.670	- 392.397
Erträge aus Beteiligungen	10.630	3.419	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.372	21.522	28.713
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 39.235	- 42.138	- 41.080
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 1.753	- 1.450	-
Ergebnis nach Steuern	25.225	- 1.099.745	- 1.074.064
Sonstige Steuern	- 9.305	- 11.663	- 10.199
Erträge aus Verlustübernahme	218.152	1.122.493	909.750
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	234.072	11.085	- 174.513

Verlustübernahme

Im Jahr 2017 erfolgte eine Änderung des Gesellschaftsvertrages der WFG. Unter anderem wurde der Paragraph 7 zur Ausgleichszahlung (vormals Paragraph 8) dahin gehend geändert, dass der Kreis Unna im Fall des Verlustes eine Ausgleichszahlung von 50 % des Stammkapitals an die WFG leistet. Dies entspricht einen Betrag in Höhe von maximal 1.516.250,00 €.

Im Jahr 2017 hat die WFG ein Ergebnis von 234.072 € erzielt. In diesem ist eine zusätzliche Verlustabdeckung des Kreises Unna aufgrund des Jahresergebnisses 2016 in Höhe von 218.152,36 € enthalten.

Die Gesellschafterversammlung hat den Jahresabschluss 2017 am 11.07.2018 festgestellt und beschlossen, den Überschuss in Höhe von 234.072 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Lagebericht der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017

A. Wirtschaftsbericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die WFG hat gemäß Gesellschaftsvertrag den Auftrag, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises Unna insbesondere durch Industrieansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten zu verbessern. Aus diesem Auftrag entstand im Laufe der Zeit die folgende Vision, die die Arbeit der WFG bis heute prägt:

„Durch unsere Arbeit verbessern wir die Chancen und Perspektiven aller Menschen und Unternehmen im Kreis Unna und entwickeln diesen zu einem attraktiven und innovativen Wirtschaftsstandort.“

Im Rahmen des Ziel-Indikatoren-Systems der WFG wurden die Haupt- und Teilziele, Handlungsfelder und Indikatoren der Arbeit der WFG erarbeitet und vom Aufsichtsrat beschlossen. Die folgenden Hauptziele lauten:

- Stärkung der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der Unternehmen,
- Höhere Qualität und Quantität des Erwerbspersonenpotenzials,
- Schaffung moderner Infrastruktur für Unternehmen,
- Position im Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräften stärken.

Es wird unterstellt, dass die Ergebnisse der in den Zielen angesprochenen Indikatoren durch die Arbeit der WFG positiv beeinflusst werden. Noch viel entscheidender sind jedoch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sowie die Entwicklungen in den einzelnen Betrieben im Kreis Unna. Das Geschäftsjahr stand wieder im Zeichen einer bundesweit stabilen Konjunktur. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag nach Angabe des Statistischen Bundesamtes 2017 mit 2,2 Prozent erneut über dem Vorjahresniveau und sorgte für ein hohes Wachstum bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Kreis Unna legte leicht unterproportional zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) am Arbeitsort stieg von 122.957 (Juni 2016) um 2.647 (+2,2 Prozent) auf 125.604 (Juni 2017), während die Zunahme im Bund und in NRW jeweils +2,3 Prozent betrug (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Damit bieten die Unternehmen im Kreis Unna inzwischen 31,4 Prozent der Einwohner und 48,3 Prozent der Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Dem Ziel, diese Quote auf Landesdurchschnitt (36 Prozent bzw. 54,4 Prozent) anzuheben, kommt der Kreis Unna allerdings derzeit nicht näher.

Für die Wirtschaftsförderung ist jedoch neben diesem quantitativen Ziel auch die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze extrem wichtig. Beides zu erreichen bleibt eine große Herausforderung und ist sicherlich kurzfristig nicht realisierbar, weil die Wirtschaft in den nächsten Jahren durch die Digitalisierung enorme Veränderungsprozesse durchlaufen wird. Dennoch weisen die hochqualifizierten Beschäftigten (Akademiker) im Kreis Unna mit einem deutlich überproportionalen Wachstum von 7 Prozent inzwischen einen Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 9,2 Prozent auf. Dieser Anteil betrug vor 10 Jahren noch 5 Prozent bei einer deutlich niedrigeren Gesamtzahl an Beschäftigten (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Die kreisweite Arbeitslosenquote im Dezember nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich ab und lag bei 7,3 Prozent (Vorjahr 7,9 Prozent). Kreisintern stehen die größten Herausforderungen nach wie vor in Lünen (10,3 Prozent) und Bergkamen (9 Prozent) an (Quelle: Agentur für Arbeit Hamm, Pressestelle, Arbeitsmarktreport 12/2017).

Mit den Kernaufgaben Immobilienentwicklung und Unternehmensservice, bestehend aus der Immobilienvermarktung, der Kontaktstelle Wirtschaft, der Förderberatung, der Existenzgründungsberatung, der Fachkräftesicherung und der Innovationsförderung hat die WFG zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Immobilienentwicklung

Die WFG betreibt das Immobilienmanagement nicht nur im Rahmen von Treuhandprojekten, sondern auch im eigenen Risiko mit WFG-eigenen Projekten. Das Volumen an Eigenprojekten legte deutlich zu und betrug T€ 39.413 (Vorjahr T€ 10.544).

Die meisten Treuhandprojekte der WFG sind bis auf wenige Abschlussarbeiten erschlossen. Mit den Ansiedlungen im Logistikpark A2 konnte die Vollvermarktung dieses Gebietes erreicht werden. Für das Gewerbegebiet Schürenfeld in Fröndenberg ist der Bebauungsplan seit 2017 rechtskräftig. Inzwischen wurde mit den Grunderwerbsgesprächen begonnen.

Das Gewerbegebiet Nattland in Schwerte wird durch die Einbeziehung einer Nachbarfläche erweitert. Das Bebauungsplanänderungsverfahren wurde im Jahr 2017 abgeschlossen.

Bei den Eigenprojekten der WFG ist das Projekt „Interkommunales Gewerbegebiet Unna/Kamen“ planungsrechtlich mit der Beschlussfassung zum Bebauungsplan UN 87A einen bedeutenden Schritt weiter vorangekommen. Der bislang sehr schwierige Grunderwerb konnte im September 2017 mit dem Tauschflächenankauf und dem Tauschvertrag zu einem positiven Abschluss geführt werden. Somit kann mit den Erschließungsarbeiten und der Vermarktung des B-Plangebietes UN 87A 2018 begonnen werden.

Der Bebauungsplan Nr. 185 „Wandhofener Bruch“ in Schwerte, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung der ehemaligen Betriebsfläche der Firma Hoesch Schwerter Profile geschaffen werden, ist ebenfalls rechtskräftig. Der Ankauf der Grundstücke wurde 2017 realisiert und die Erschließungsplanung in Angriff genommen. Damit können die Erschließungsanlagen 2018 gebaut und mit der Vermarktung begonnen werden.

Zudem erfolgte im Industriezentrum Unna-Nord der Verkauf des im Vorjahr zurückübertragenen 66.570 m² großen Grundstücks an die Firma Prologis. Damit konnte im Wesentlichen das hervorragende Jahresergebnis erzielt werden. Das Grundstück war sowohl planungsrechtlich als auch erschließungstechnisch abgesichert und konnte ohne weitere Investitionen verkauft werden.

Die Sicherung und Entwicklung von neuen Gewerbestandorten, insbesondere im strukturschwachen Nordkreis, genießt für die WFG oberste Priorität. Deshalb arbeitete die WFG eng mit den Städten und Gemeinden im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplanes des RVR zusammen. Um für die gewerbliche Flächenentwicklung der nächsten 15 Jahre im Kreisgebiet gerüstet zu sein, wurden dem RVR allein aus dem Kreis Unna sechs sogenannte Kooperationsstandorte gemeldet. Leider konnte mit dem RVR im Hinblick auf deren Realisierung keine Einigkeit erzielt werden, weil grundsätzliche Aspekte des Landesentwicklungsplanes dem entgegen standen. Zudem wurde das formelle Verfahren immer noch nicht eröffnet,

so dass bezweifelt werden muss, ob diese Standorte tatsächlich zukünftig für die Ansiedlung von flächen- und arbeitsplatzintensiven Betrieben zur Verfügung stehen werden.

Um den Unternehmen im Kreis Unna neben den klassischen Standortfaktoren wie Straßen oder Gewerbeflächen auch den Zugang zur schnellen Datenautobahn zu ermöglichen, engagiert sich die WFG auch beim Thema "flächendeckender Breitbandausbau" im Kreis Unna. Hierzu ist es der WFG gelungen, Fördermittel vom Bund für Beratungsdienstleistungen und für die Einstellung eines Breitbandkoordinators zu akquirieren. Beides sind wichtige Voraussetzungen, um den Breitbandausbau, insbesondere durch Glasfaserverlegung, zielgerichtet und schnell in den Kommunen der Kreises Unna voranzutreiben. Der Breitbandkoordinator konnte über den Kreis Unna im Mai eingestellt werden und seine Tätigkeit aufnehmen.

Der Vermarktungserfolg von Wirtschaftsflächen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr gesunken. Es konnten nur neun Verkäufe getätigt werden (Vorjahr: dreizehn). Auch die Gesamtverkaufsfläche nahm von 168.506 m² im Jahr 2016 insgesamt 107.142 m² in 2017 ab. Dennoch lässt sich feststellen, dass die geringe Verfügbarkeit an Bestandsimmobilien nach wie vor dazu führt, dass verstärkt Gewerbeflächen zum Kauf nachgefragt wurden.

Über die Immobilienbörse (internes Reporting der WFG) gelangen 2017 14 Ansiedlungen durch die Vermittlungstätigkeit der WFG.

Unternehmerservice

Neben der Ansiedlungspolitik kümmert sich die WFG vor allem um die Bestandsentwicklung und bietet mit diesem Service den Unternehmen ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot. Dieses reicht von der klassischen Förderberatung über Innovationsberatung bis zur Hilfestellung als Behördenlotse, der spezifische genehmigungstechnische Probleme der Unternehmen vor Ort löst und natürlich der lokalen Bestandsentwicklung. Die WFG-Mitarbeiter nahmen im vergangenen Jahr zu rund 273 Unternehmen direkten Kontakt auf, um sie in diesen Belangen zu unterstützen (internes Reporting der WFG).

Die WFG ist unter dem Dach des StarterCenters NRW eine wichtige Anlaufstelle für Gründungsinteressierte im Kreis Unna. Durch Partnercenter in den Technologie- und Gründerzentren Lünen, Kamen, Bönen und Schwerte wird eine hohe Beratungsdichte im Kreis Unna gewährleistet. Wiederkehrende Zertifizierungsverfahren garantieren einen hohen Beratungsstandard in der Existenzgründungsberatung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr suchten rund 290 Gründungsinteressierte den Kontakt zum StarterCenter bei der WFG Kreis Unna. Die Vor-Ort-Beratung in den Kommunen des Kreises Unna wurde kontinuierlich weiter ausgebaut. Dennoch sanken die Beratungszahlen wie im Bundes als auch im NRW-Trend. Im Geschäftsjahr wurde wieder sehr erfolgreich der WFG Gründerpreis ausgelobt und vergeben. Dabei konnten über ein neues Format mit integrierter Gründermesse nicht nur viele Gründerideen präsentiert werden, sondern viele Sponsoren gewonnen werden, die die Preisgelder für die Sieger finanzierten und einen Beitrag zur Gesamtfinanzierung lieferten.

Unter dem Dach der WFG unterstützen die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf (Competentia) Unternehmen mit verschiedenen Projekten und einem umfassenden Beratungsangebot bei der Sicherung von Fachkräften. Wichtige Aspekte sind dabei z. B. die Qualifizierung von Mitarbeitenden, eine vorausschauende Personalentwicklung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation oder eine wirksame Ansprache von Fach- und Nachwuchskräften.

Ergänzend zum bisherigen Dienstleistungsspektrum wurde über ein RegioCall-Projekt die Bindung besonders qualifizierter Nachwuchskräfte an die Region und die Unterstützung bei der Kooperation mit umliegenden Hochschulen in den Fokus gestellt. Wissen schafft Erfolg - so lautet der Name dieses vom Land NRW und der EU geförderten Projektes, welches zum 01.05.2016 starten konnte. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Hamm wurde das Ziel formuliert, über den thematischen Dreiklang „Innovationsförderung“, „Gründung“ und „Bindungsstrategien“, das vielfältige Potenzial der regionalen Hochschulen zu nutzen und der Wirtschaft zugänglich und transparent zu machen. Das Angebot an Workshops und Veranstaltungen in 2017 erfreute sich großer Nachfrage bei den Unternehmen. Die Kooperationsvereinbarung der WFG mit der Initiative Digital in NRW konnte weiter mit Leben gefüllt werden. Die Unternehmen aus dem Kreis Unna profitierten davon, kostenfreie Beratungs- und Netzwerkangebote im Bereich der Digitalisierung in Anspruch zu nehmen und sich fit für die digitale Zukunft zu machen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr führte das Team der Abteilung Fachkräftesicherung 302 Beratungen durch, von denen 233 Unternehmen sowie 69 Einzelpersonen profitierten (internes Reporting der WFG). In erster Linie ging es dabei um die Weiterbildungsberatung oder die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Hinblick auf qualifiziertes Personal. Mit der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet ermöglicht die WFG den Unternehmen aus dem Kreis Unna, von Landes-, Bundes-, oder EU-Fördermitteln zu profitieren. In den Themenfeldern weibliche Fachkräfte und familienbewusste Unternehmensführung führte die WFG Veranstaltungen und Beratungen durch, die dazu beitrugen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen eigene Strategien für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur gezielten Rekrutierung und Bindung weiblicher Fachkräfte entwickeln konnten. Mit dem zdi-Netzwerk Perspektive Technik, dem Berufswahl-SIEGEL oder der AzuBo-Initiative kümmert sich die WFG mithilfe der Stiftung Weiterbildung um die präventive Nachwuchssicherung.

Personalausstattung

Ende des Jahres 2017 waren bei der WFG inklusive Stiftung Weiterbildung 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 24). In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf einen ausgewogenen Mix zwischen jungen und erfahrenen Mitarbeitern mit einem Altersdurchschnitt von nahezu 42 Jahren.

Berichterstattung nach §108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Die Gesellschafter haben mit dem Unternehmensgegenstand im Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die öffentliche Zwecksetzung vorgeschrieben. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, die der Verwirklichung der Zwecke der Gesellschaft dienen und die ebenfalls das Ziel der Strukturverbesserung verfolgen. Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

Ertragslage

Die WFG konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals seit über dreißig Jahren einen Jahresüberschuss von T€ 234 (Vorjahr: T€ 11) erzielen, ohne die Verlustabdeckung des Kreises in Anspruch zu nehmen. Allerdings sind T€ 218 (Vorjahr: T€ 212) davon noch dem Geschäftsjahr 2016 (Vorjahr: 2015) zuzurechnen. Die Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründeten, bestanden aus den Umsatzerlösen (T€ 5.857; Vorjahr: T€ 686), den Erträgen aus Zuschüssen (T€ 546, Vorjahr: T€ 417) und den sonstigen Erträgen (T€ 25, Vorjahr: T€ 197). Somit betragen die Einkünfte aus diesen Positionen T€ 6.396 (Vorjahr: T€ 1.300).

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 32.969 (Vorjahr: T€ 3.818) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsanlagen in langfristige WFG-eigene Projekte dar und stiegen aufgrund der Grunderwerbe auf bislang noch nie erreichte Höhen.

Durch den umfassenden Ankauf WFG-eigener Grundstücke konnte der o.g. Abgang des Grundstückes in Unna zuzüglich weiterer Investitionen in Erschließung von Grundstücken aus Eigenprojekten kompensiert werden. Die Bestandsveränderungen fielen extrem positiv aus (T€ 28.869, Vorjahr: T€ 3.436).

Der im Wirtschaftsplan 2017 prognostizierte Jahresverlust von T€ 906 wurde um T€ +1.140 verbessert. Dies lag vor allem an dem Verkauf des Gewerbegrundstückes im Gewerbegebiet Unna Nord, der sogar den hohen negativen Saldo aus Bestandsveränderungen und Materialaufwand, ein Effekt aus dem Verkauf des Grundstücks, kompensierte.

Im Gesellschaftsvertrag war bislang geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich bis zu einer Höhe von maximal 30 Prozent des Stammkapitals leistet. Mit der im Jahre 2017 stattgefundenen Änderung des Gesellschaftsvertrages wurde diese Höchstgrenze auf 50 Prozent des Stammkapitals angehoben. Die Bemessungsgrundlage des abzudeckenden Betrages ist gemäß Betrauungsakt mit dem Kreis Unna der Jahresfehlbetrag abzüglich des mit der Bewirtschaftung der Immobilie verbundenen Ergebnisses. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage allen Kommunen entsprechend ihres Umlageteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken. Es freut die Solidargemeinschaft sicher sehr, dass sie im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen wurde.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von T€ 412 auf T€ 562 deutlich an und sind z.T. durch einmalige Effekte des Geschäftsjahres zu erklären (Breitbandkonzept, Beratungsleistungen, Kundenzufriedenheitsanalyse etc.) Die Abschreibungen (T€ 88, Vorjahr: T€ 86) sowie die Zinsaufwendungen (T€ 39, Vorjahr: T€ 42) konnte nahezu konstant gehalten werden. Die Aufwendungen für das Personal nahmen zwar um T€ 127 zu, blieben aber unterhalb des Planansatzes.

Im Hinblick auf die Ziele der WFG bleibt es bei der Feststellung, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten, insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG. Wirtschaftsförderung kann grundsätzlich nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna.

	2017 in T€	2016 in T€	Veränderung in T€
1. Umsatzerlöse	5.857	686	+5.171
2. Erhöhung des Bestands	28.869	3.436	+25.433
3. Erträge aus Zuschüssen	546	417	129
4. Sonstige Erträge	25	197	-172
5. Betriebserträge (Summe 1 bis 4)	35.297	4.736	+30.561
6. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-32.969	-3.818	-29.151
7. Rohergebnis	2.328	918	1.410
8. Personalaufwand	-1.628	-1.501	-127
9. Abschreibungen	-88	-86	-2
10. Sonstige Steuern	-9	-12	
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-562	-412	-150
12. Betriebsaufwendungen (Summe 6 - 11)	-35.256	-5.829	-29.427
13. Ordentliches Betriebsergebnis (Differenz 5 und 12)	41	-1.093	+1.134
14. Erträge aus Beteiligungen	11	3	+8
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	22	-17
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-39	-42	+3
17. Finanzergebnis (Differenz 14-16)	-23	-17	-8
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	-1	-1
19. Ergebnis vor Verlustübernahme (Summe 13+17+19)	+16	-1.111	+1.127

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital. Das Eigenkapital der WFG beträgt T€12.519. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von T€ 440 ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Eigenkapitalquote der WFG sank durch den Fremdkapitalbedarf erheblich auf 19,0 Prozent (Vorjahr: 26,7 Prozent). Die Fremdkapitalquote stieg entsprechend um 7,7 Prozentpunkte (81,0 Prozent, Vorjahr: 73,3 Prozent).

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ - 24.093 (Vorjahr: T€ 665) erwirtschaftet. Der deutlich negative Cash-Flow ist auf den Bestandsaufbau bei den WFG-eigenen Grundstücken zurückzuführen. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten T€ -735 (Vorjahr: T€ - 13) und aus Finanzierungstätigkeiten T€ 22.345 (Vorjahr: T€ 1.524).

Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Posten Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungskosten bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-Grundstücken stieg durch die Grunderwerbe im Geschäftsjahr um T€ 28.359 auf T€ 36.941 (Vorjahr: T€ 8.582) und die darauf aktivierten Erschließungskosten auf T€ 2.394 (Vorjahr: T€ 1.962). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit T€ 12.588 (Vorjahr: T€ 13.786) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen betragen T€ 11.321 (Vorjahr: T€ 15.776). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem An- und Verkauf von Treuhandgrundstücken und WFG-eigenen Grundstücken. Der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend ist deutlich erkennbar, wonach sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten verschiebt. Damit verbunden ist eine deutliche Steigerung des Fremdkapitalbedarfes, da die WFG für diese Projekte zunehmend auf Fremddarlehen zurückgreifen muss und die Projekte die Zinsaufwendungen mitverdienen müssen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sanken um T€ 40 auf T€ 35, während sich die Forderungen gegenüber Gesellschaftern um T€ 41 erhöhten. Die sonstigen Vermögensgegenstände waren 2017 vor allem durch die Projektzuschüsse in Höhe von T€ 101 des Kreises Unna zur Regionalagentur dominiert. Der Kassenbestand belief sich auf T€ 299 (Vorjahr: T€ 2.782).

Die Bilanzsumme erhöhte sich um T€ 21.481 auf T€ 67.484.

Die Passivseite umfasst zunächst das Eigenkapital von T€ 12.519 (Vorjahr: T€ 12.285) und die Ausgleichsposten von T€ 12.948 (Vorjahr: T€ 14.147). Durch die grundstücksbedingten Investitionen stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 35.053, Vorjahr: T€ 17.927), die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Kreisdarlehen) (T€ 5.022, Vorjahr T€ 33) und die Verbindlichkeiten Steuern (T€ 400, Vorjahr T€ 46). Durch das Jahresergebnis veränderte sich das Eigenkapital um T€ +234 (Vorjahr: T€ + 11).

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Geschäftssituation der WFG hat sich durch den Grundstücksverkauf im Vergleich zum Wirtschaftsplan und zum Wirtschaftsjahr 2016, in dem noch die Defizitgrenze überschritten wurde, erheblich verbessert. Die intensiven Gespräche der Geschäftsführung mit dem Kreis Unna hatten insofern Erfolg, dass dieser bereit war, das diese Grenze übersteigende Defizit des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von T€ 218 abzudecken. Um den zukünftig steigenden Anforderungen gerecht zu werden, wurde - wie bereits dargestellt - im letzten Geschäftsjahr die im Gesellschaftsvertrag verankerte Obergrenze von 30 auf 50 Prozent des Stammkapitals angehoben.

Die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten führt zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen, die sich auch nicht in einem noch so präzise geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. So kann auch das gute Jahresergebnis mit hohen Umsatzerlösen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mit der Aufgabenerfüllung verbundenen Ausgaben keinesfalls jedes Jahr auch nur annähernd durch Grundstücksverkäufe oder andere Einnahmen gedeckt werden könnten. Dennoch lässt sich konstatieren, dass die umfassenden Aufgaben und erhebliche Investitionen in Projekte und Initiativen Wirkungen erzielen, die sich positiv im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna (wie z.B. die gesunkene Arbeitslosenquote oder der Anstieg der Anzahl der sozi-

alversicherungspflichtig Beschäftigten) auswirken und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Zusammenfassend lässt sich für 2017 sowohl die Finanz- und Vermögenslage als auch die Ertragslage als gut bezeichnen. Dieses Gesamtbild ist vor dem Hintergrund des öffentlichen Gutes „Wirtschaftsförderung“ nicht zu erwarten und kann im Hinblick auf die Jahre zuvor eher als Ausnahme gesehen werden.

B. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Im Bereich Immobilienentwicklung wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe darin bestehen, die Gewerbeflächenpotenziale im Kreis Unna bei der Neuaufstellung des Regionalplans zu optimieren. Dies gilt sowohl für den lokalen Bedarf in den Kommunen der interkommunalen Standorte, als auch die Kooperationsstandorte. Das wird keinesfalls einfach werden, da der Regionalplan kaum neue Gewerbeflächenpotenziale liefern wird und mit dem Interkommunalen Gewerbegebiet Unna/Kamen ein Kooperationsstandort bereits 2018 vorzeitig vermarktet wird.

Der Unternehmensservice muss zukünftig noch optimaler auf die Anforderungen der Unternehmen ausgerichtet und durch geeignete Maßnahmen des Marketings begleitet werden. Aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Gewerbegrundstücken im Jahre 2017 ist mit einem Anstieg der Anzahl und des Volumens der Grundstücksverkäufe zu rechnen. Zukünftig werden die zu verkaufenden Grundstücke allein schon aufgrund der verfügbaren Flächen kleiner ausfallen.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor allem die Schwerpunkte Förderung von Existenzgründungen, Bildung und Innovationen im Unternehmensbestand. Diese Aktivitäten wird die WFG zukünftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des politisch gewünschten Umfangs noch offensiver ausbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Parallel dazu wird die Geschäftsführung das beschlossene Ziel- und Indikatorensystem ständig evaluieren und auf Konsistenz prüfen.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von T€ 906 erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung der Finanzierung ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt sie über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert. Die Geschäftsführung hat mit Hilfe einer Software ein Risikomanagement eingerichtet. In diesem System werden u.a. Risiken, ihre Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeiten, Gegenmaßnahmen sowie die Risikoverantwortlichen festgelegt. Um die Risiken strukturiert darzustellen, wurden rund 62 Einzelrisiken in sieben Risikokategorien bzw. 26 Subkategorien eingeteilt. Risiken, die sich im Rahmen des Risikomanagements als besonders bedeutsam herausgestellt haben, stehen vor allem in engem Zusammenhang mit den WFG-eigenen Projekten, Zinsänderungsrisiken, abnehmenden Liquiditätsreserven durch langfristige Kapitalbindung oder Risiken aus der Grundstücksbevorratung. Die WFG ist im Bereich der Risikoanalyse gut aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitgehend vermieden werden können oder sehr früh erkannt werden.

Durch die Vorfinanzierung der Grundstücke und Erschließungsanlagen und der damit verbundenen Kapitalbindung besteht die Gefahr, dass ein Zahlungseingpass entstehen könnte, wenn keine Grundstücke verkauft werden. Jedoch mindern regelmäßige Liquiditätskontrollen im Rahmen der Liquiditätsplanung dieses Risiko deutlich. Im Geschäftsjahr 2017 bestand daher zu keinem Zeitpunkt ein Liquiditätsengpass. Positiv für die Zukunft lässt sich anmerken, dass der Kreis Unna in seinem Haushalt 2018 die Aufnahme und Weiterleitung von maximal T€ 25.000 an Krediten für die Grundstücksentwicklung der WFG vorgesehen hat. Damit ist eine deutliche Reduzierung der Zins- und Liquiditätsrisiken verbunden.

Es bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

gez. Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer

Unna, 30.05.2018

4. Sparkasse UnnaKamen

Im Sinne der Gemeindeordnung NRW ist die Mitgliedschaft in einem Sparkassenzweckverband mit einem Erinnerungswert zu bilanzieren und entsprechend mit in den gemeindlichen Gesamtabschluss einzubeziehen. Hingegen ist das Kreditinstitut einschließlich seiner Beteiligungen nicht mit einzubeziehen. In den Fällen, in denen die Gemeinde zusammen mit der Sparkasse an einem Unternehmen beteiligt ist, ist die Beteiligung in den Gesamtabchluss mit aufzunehmen. Zur weitergehenden Information werden die Daten des Kreditinstitutes dennoch im Beteiligungsbericht abgebildet.

Zum 01.01.2017 hat die Sparkasse UnnaKamen mit der Sparkasse Fröndenberg fusioniert. Im Zuge der Fusionierung wird die Stadt Fröndenberg in den Sparkassenzweckverband mit aufgenommen und die Satzung des Sparkassenzweckverbandes zum 01.01.2017 geändert.

Folglich ist die Kreisstadt Unna zusammen mit dem Kreis Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede Mitglied im Sparkassenzweckverband. Dieser ist Träger der Sparkasse UnnaKamen.

Im vierten Kapitel werden die allgemeinen Gesellschaftsdaten folgender Beteiligungen dargestellt:

- Sparkassenzweckverband
- Sparkasse UnnaKamen

4.1 Sparkassenzweckverband des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede

Öffentlicher Zweck
Der Verband hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder zu fördern. Die zu diesem Zweck errichtete Sparkasse führt den Namen Kreis- und Stadtparkasse UnnaKamen, Zweckverbandssparkasse des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen und der Gemeinde Holzwickede. Der Verband ist ihr Träger.

Organe der Sparkasse UnnaKamen
Verbandsversammlung Verwaltungsrat

Vertreter der Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung			
Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt 21 Vertretern der Verbandsmitglieder. Davon entsendet die Kreisstadt Unna 9 Vertreter, die Stadt Kamen 4 Vertreter, der Kreis Unna und die Gemeinde Holzwickede jeweils 3 Vertreter und die Stadt Fröndenberg 2 Vertreter.			
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna in der Verbandsversammlung vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.	SPD	RM Renate Nick	RM Susanne Herzog
2.	SPD	RM Anja Kolar	RM Heike Gutzmerow
3.	SPD	RM Klaus Tibbe	RM Sebastian Laaser
4.	CDU	RM Werner Kleinhaus	RM Rainer Engel
5.	CDU	RM Erich Kreß	RM Franz Rottinger
6.	Grüne	RM Charlotte Kunert	RM Michael Sacher
7.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Jörg Hißnauer (fraktionslos)
8.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff
9.		BM Werner Kolter	Bg Uwe Kutter

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 30.09.2017	RM Klaus Tibbe	RM Hans-Jürgen Scheideler
ab 19.10.2017	RM Klaus Tibbe	RM Sebastian Laaser

Verbandsvorsteher	
Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder der allgemeinen Vertreter oder leitenden Bediensteten (§ 16 Abs. 1 GkG) der Verbandsmitglieder den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter. Der Verbandsvorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Verbandes.	
Verbandsvorsteher	1. BG Karl-Gustav Mölle (Kreisstadt Unna)
Stellvertreter	Stadtkämmerer Ralf Tost (Stadt Kamen)

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Laut Satzung sind die Jahresüberschüsse, die dem Verband von der Sparkasse zugeführt werden, an die Mitglieder nach dem folgenden Verhältnis aufzuteilen:

Kreisstadt Unna	44,7 %
Kreis Unna	14,9 %
Stadt Kamen	17,5 %
Stadt Fröndenberg	8,0 %
Gemeinde Holzwickede	14,9 %

Die verteilten Jahresüberschüsse sind grundsätzlich von den Mitgliedern zur Erfüllung der gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

4.2 Sparkasse UnnaKamen

Anschrift	Kontakt
Bahnhofstraße 37 59423 Unna	Telefon: 02303 104-0 Fax: 02303 104-268 E-Mail: info@sparkasse-unnakamen.de Internet: www.sparkasse-unnakamen.de

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Kreis- und Stadtsparkasse UnnaKamen mit Sitz in Unna entstand am 01.01.2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtsparkasse Unna, gegründet 1839, und der städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg vereinigt. Das Vermögen der Sparkasse Fröndenberg ist durch Gesamtrechtsnachfolge auf die Kreis- und Stadtsparkasse Unna-Kamen übergegangen.

Im Geschäftsverkehr führt sie die Kurzbezeichnung „Sparkasse UnnaKamen“.

Öffentlicher Zweck/Beteiligungsziels

Die Sparkasse UnnaKamen ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen.

Die Sparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Rechtsform

Die Sparkasse UnnaKamen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger der Sparkasse Unna Kamen

Träger der Sparkasse ist der **Sparkassenzweckverband** des Kreises Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede.

Organe der Sparkasse UnnaKamen

Vorstand
Verwaltungsrat

Beteiligungen der Sparkasse UnnaKamen

Die Sparkasse UnnaKamen ist an der Gelsenwasser AG, am Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie durch eine indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG beteiligt. Auf eine Darstellung der Beteiligungen wird aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Vorstand

Der Vorstand besteht aus den folgenden vier Personen:
Sparkassendirektor Klaus Moßmeier (Vorsitzender)
Sparkassendirektor Jürgen Schneider
Sparkassendirektor Frank Röhr
Sparkassendirektor Bernd Wenge

Vergütung des Vorstandes				
Gemäß Punkt 3.3.4 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna ist die Vergütung bzw. sind die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführung (Vorstand) im Beteiligungsbericht aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Sachleistungen auszuweisen.				
Mitglied	Erfolgsabhängige Bezüge in TEUR	Sonstige Vergütung in TEUR	Erfolgsunabhängige Bezüge in TEUR	Gesamtbezüge in TEUR
Moßmeier	35	11	353	399
Schneider	35	11	321	367
Röhr	35	11	321	367
Wenge	35	12	279	326
Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeiten im Vorstand einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Entsprechend werden jährlich Beträge der Pensionsrückstellung zugeführt.				
Mitglied	Im Jahr 2017 der Pensionsrückstellung zugeführt in TEUR			
Moßmeier	389			
Schneider	310			
Röhr	102			
Wenge	1.141			

Verwaltungsrat			
Folgende Mitglieder waren für die Kreisstadt Unna im Verwaltungsrat vertreten:			
Lfd. Nr.	Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
1.		BM Werner Kolter	
2.	SPD	RM Volker König	RM Susanne Herzog
3.	SPD	RM Ingrid Kroll	RM Gudrun Friese-Kracht
4.	CDU	RM Rainer Engel	RM Erich Kreß
5.	FLU	RM Franz-Josef Klems	RM Klaus Göldner
6.	FDP	RM Andreas Tracz	sB Michael Baumhoff

Unterjährige Veränderung	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
bis 30.09.2017	RM Volker König	RM Hans-Jürgen Scheideler
ab 19.10.2017	RM Volker König	RM Susanne Herzog

Vergütung des Verwaltungsrates	
<p>Gemäß Punkt 2.7.2 des Public Corporate Governance Kodexes der Kreisstadt Unna sind die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates (Verwaltungsrat) und die Vergütungssätze der von der Kreisstadt Unna entsandten Aufsichtsratsmitglieder individualisiert im Beteiligungsbericht auszuweisen.</p> <p>Der Jahresabschluss 2017 der Sparkasse UnnaKamen weist für die Tätigkeit des Verwaltungsrates Gesamtbezüge in Höhe von 103.900 € aus.</p> <p>Davon entfallen auf die Mitglieder der Kreisstadt Unna folgende Beträge:</p>	
Werner Kolter	13.500,00 €
Rainer Engel	7.600,00 €
Franz-Josef Klems	3.300,00 €
Volker König	2.700,00 €
Ingrid Kroll	2.700,00 €
Andreas Tracz	2.500,00 €
Klaus Göldner	300,00 €
Hans-Jürgen Scheideler	300,00 €
Erich Kreß	300,00 €

Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand)	2017	2016
Angestellte		
in Vollzeit	285	256
in Teilzeit	126	115
Auszubildende	32	29
Aushilfen	0	0
Gesamt	443	400

Bilanz der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Aktiva:			
1. Barreserve			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	26.457	25.073	52.276
II. Sachanlagen	15.090.785	14.600.182	12.709.446
III. Finanzanlagen	34.411.953	30.670.232	30.774.178
Summe Aktiva	49.529.195	45.295.487	43.535.900
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.044.012.340	1.789.669.975	1.671.040.093
III. Wertpapiere	391.252.270	402.478.808	412.688.532
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	66.992.237	32.802.122	32.268.303
Summe Umlaufvermögen	2.502.256.847	2.224.950.905	2.115.996.928
C. Rechnungsabgrenzungsposten	653.800	889.650	1.298.898
Summe Aktiva	2.552.439.842	2.271.136.042	2.160.831.726
Passiva:			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	0	0	0
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	156.725.540	141.789.698	139.703.690
IV. Bilanzgewinn	2.067.889	2.097.418	2.086.008
Summe Eigenkapital	158.793.429	143.887.116	141.789.698
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	42.523.422	32.764.355	32.629.534
D. Verbindlichkeiten	2.226.147.927	1.994.240.574	1.912.637.063
E. Fonds für allg. Rücklagenanteil	123.700.000	99.550.000	72.750.000
F. Rechnungsabgrenzungsposten	1.275.065	693.997	1.025.431
Summe Passiva	2.552.439.843	2.271.136.042	2.160.831.726

Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Geschäftsjahre

	2017	2016	2015
	in €	in €	in €
Zinserträge	59.286.896	58.822.015	60.508.635
Zinsaufwendungen	- 14.646.795	- 16.591.169	- 21.119.692
Lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen	8.315.095	6.074.798	5.142.368
Provisionserträge	18.272.313	15.941.928	15.412.088
Provisionsauswendungen	- 1.330.341	- 1.149.377	- 1.063.604
Nettoerträge aus Handelsbeständen und sonstigen betrieblichen Erträgen	-	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	2.081.256	1.287.723	1.533.467
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 41.014.119	- 34.038.142	- 36.145.323
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte	- 1.498.637	- 1.308.488	- 1.096.687
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.839.064	- 2.625.936	- 2.415.447
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere sowie Forderungen	-	-	- 123.304
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren	1.131.601	13.124.737	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	-	- 2.203.657	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen	-	-	14.999
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuführung zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allg. Bankrisiken	- 16.404.593	- 26.800.000	- 12.350.000
Jahresüberschuss	11.353.612	10.534.432	8.297.500
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 9.045.312	- 8.527.002	- 6.143.193
Sonstige Steuern	- 240.411	89.988	- 68.299
Bilanzgewinn	2.067.889	2.097.418	2.086.008

Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Kreis- und Stadtparkasse Unna-Kamen mit Sitz in Unna entstand am 1. Januar 2013 aus der Vereinigung der Kreis- und Stadtparkasse Unna, gegründet 1839, und der Städtischen Sparkasse Kamen, gegründet 1857.

Zum 01.01.2017 wurden die Kreis- und Stadtparkasse Unna-Kamen und die Sparkasse Fröndenberg gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen vereinigt. Das Vermögen der Sparkasse Fröndenberg ist durch Gesamtrechtsnachfolge auf die Kreis- und Stadtparkasse Unna-Kamen übergegangen.

Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung "Sparkasse UnnaKamen".

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nummer A2364 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Unna, der Kreisstadt Unna, der Stadt Kamen, der Stadt Fröndenberg und der Gemeinde Holzwickede gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Unna und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe.

Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, die angrenzenden Gemeindegebiete und die an die Stadt Fröndenberg angrenzenden Kreise.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Wirtschaftsentwicklung

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat seit Ende des Jahres 2016 deutlich angezogen. Ausschlaggebend dürfte der Rückgang von bedeutenden Risiken gewesen sein. So gelang es beispielsweise der chinesischen Regierung, einen scharfen Wachstumseinbruch zu verhindern. In den USA blieben die von Präsident Trump angekündigten protektionistischen Maßnahmen bislang aus. Das Brexit-Votum und die anschließenden Austrittsverhandlungen haben nicht zu einem Wirtschaftseinbruch im Vereinigten Königreich geführt. Zudem konnten sich pro-europäische Parteien bei den Wahlen in zentralen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion durchsetzen.

Diese Entwicklungen dürften das Vertrauen von Unternehmen und Haushalten in den Aufschwung gestärkt haben. Die gestiegene Zuversicht und die vielerorts bereits gut ausgelasteten Produktionskapazitäten haben wiederum zur dynamischen Entwicklung der Investitionen und der damit einhergehenden Belebung des Welthandels beigetragen. Außerdem stärkte die expansive Geld- und Fiskalpolitik die globale Nachfrage.

Zur Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft haben insbesondere die fortgeschrittenen Volkswirtschaften beigetragen. Gleichzeitig haben die Unterschiede hinsichtlich der konjunkturellen Lage zwischen diesen Ländern abgenommen. Inzwischen befindet sich die überwiegende Zahl dieser Volkswirtschaften in einem Aufschwung. Besonders positiv hat sich der Euro-Raum entwickelt. In mehreren Mitgliedsstaaten der Währungsunion lag die Wachstumsdynamik zuletzt über den Erwartungen. Der Aufschwung in den USA und in Japan scheint weiterhin intakt. Einzige Ausnahme bildet Großbritannien, wo es nach dem Brexit-Votum zu einem Rückgang der Wachstumsraten kam.

Von der Fiskalpolitik gehen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gegenwärtig nur geringe Impulse aus, wenngleich sie im laufenden Jahr etwas stärker geworden sind. Dahinter verbirgt sich der vielerorts größere fiskalpolitische Spielraum. Dieser entsteht zum einen durch das sehr niedrige Zinsniveau. Zum anderen entspannt auch der Aufschwung temporär die Lage der öffentlichen Finanzen. Die Regierungen nutzen Zinsentlastungen und Steuereinnahmen, um diskretionäre Ausgaben zu erhöhen oder um Abgaben zu senken, ohne eine deutliche Verschlechterung der Budgetsalden hinnehmen zu müssen.

Der Aufschwung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat auch die Konjunktur in den Schwellenländern insgesamt angeregt. In China expandierte die Wirtschaft zuletzt etwas kräftiger. Auch die sonstigen asiatischen Schwellenländer wuchsen stärker. Verbessert stellt sich zudem die Lage in Lateinamerika dar. Die russische Volkswirtschaft scheint sich vor dem Hintergrund etwas höherer Rohölpreise weiter zu erholen.

Für die Jahre 2017 und 2018 erwartet der Sachverständigenrat ein reales Wachstum der Weltwirtschaftsleistung von jeweils 3,2 %; im Jahr 2016 lag der Wert bei 2,6 %. Beim Welthandel wird in diesem Jahr mit einem Zuwachs von 4,1 % und im Jahr 2018 mit 3,4 % gerechnet; im vergangenen Jahr stieg der Welthandel um moderate 1,4 % an.

Grundsätzlich bestehen zahlreiche geopolitische Risiken fort und mit der Zuspitzung des Nordkoreakonflikts ist ein weiteres hinzugekommen. Darüber hinaus hält die politische Unsicherheit in den Vereinigten Staaten an; insbesondere ist das Risiko umfangreicher protektio-

nistischer Maßnahmen durch die USA nicht gebannt. Für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa wird zudem der Ausgang der Brexit-Verhandlungen eine Rolle spielen. Angesichts des bisherigen Verhandlungsprozesses ist unklar, ob bis zum Frühjahr 2019 eine Einigung erzielt werden kann. Ein Scheitern der Verhandlungen und ein "harter Brexit" hätten vor allem für das Vereinigte Königreich und in geringerem Ausmaß für die europäischen Handelspartner negative wirtschaftliche Effekte. Nicht zuletzt sind neue Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten nicht auszuschließen.

Als eines der Hauptrisiken für die mittelfristigen Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft gilt die weltweite Verschuldung sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors, die seit der Finanzkrise weiter zugenommen hat und auf einem historisch hohen Niveau liegt. Die Verschuldung kann zu Instabilitäten im Finanzsystem beitragen. Außerdem engt das hohe Niveau der öffentlichen Verschuldung die Spielräume der Staaten ein, in der Zukunft mit fiskalpolitischen Maßnahmen auf mögliche konjunkturelle Eintrübungen zu reagieren.

Ein weiteres Risiko birgt die insbesondere in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik. Es besteht u. a. die Gefahr von Fehlallokationen infolge verzerrter Marktpreise. Der Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik findet bisher, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich statt. Zwar ist die Verbraucherpreisinflation derzeit moderat, doch könnte sich dies angesichts des derzeitigen monetären Umfelds und einer steigenden Kapazitätsauslastung ändern. Die Zentralbanken könnten dann zu unerwarteten, schnellen Zinserhöhungen gezwungen sein.

Daraus resultiert wiederum ein Risiko für die privaten und öffentlichen Schuldner, die derzeit aufgrund der niedrigen Zinsen nur einen geringen Schuldendienst leisten müssen. Daneben ergeben sich Zinsänderungsrisiken für Banken, die vielfach langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen vergeben haben. Nicht zuletzt könnten plötzliche Änderungen der Erwartungen über die künftige geldpolitische Ausrichtung starke Reaktionen auf den internationalen Kapital- und Devisenmärkten hervorrufen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen und langanhaltenden Aufschwung. Nach einem Anstieg des realen Inlandsprodukts um 1,9 % im vergangenen Jahr prognostiziert der Sachverständigenrat für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,0 %. Bereinigt um die geringere Zahl an Arbeitstagen liegt die Wachstumsrate für 2017 sogar bei 2,3 %. Damit wächst die Wirtschaft schneller als ihr Produktionspotenzial, für das aktuell eine Wachstumsrate von 1,4 % geschätzt wird. Demzufolge machen sich deutliche Anzeichen einer Überauslastung der Kapazitäten bemerkbar.

Der seit mehr als vier Jahren anhaltende Aufschwung in Westfalen-Lippe hat in den vergangenen Monaten nochmals deutlich an Dynamik gewonnen. Die hohe Konjunktdynamik in Westfalen-Lippe wird in den bevorstehenden Wintermonaten voraussichtlich anhalten. Hauptstützen des Aufschwungs bleiben die private Konsumnachfrage und die Bauinvestitionen. Allmählich kommen aber auch die Ausrüstungsinvestitionen in Schwung. Schub erhalten sie von der höheren Auslandsnachfrage insbesondere aus dem Euro-Raum. Hauptrisiken für die Konjunktur bestehen in einem abrupten Anziehen der geldpolitischen Zügel durch die Europäische Zentralbank sowie durch zusätzliche protektionistische Maßnahmen im internationalen Umfeld.

Zinsentwicklung

Die expansive Geldpolitik der EZB sorgt weiterhin für außergewöhnlich günstige Finanzierungsbedingungen im Euro-Raum. Der durchschnittliche Zinssatz für Neukredite liegt momentan bei unter 2 %. Bislang stieg die Kreditvergabe an private Haushalte trotz des positiven Umfelds nur moderat an, zuletzt im September 2017 um 3,1 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. Bei der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen ist das Wachstum mit 1,5 % weiterhin sehr gering. Angesichts der verbesserten konjunkturellen Lage im Euro-Raum wirkt die fortdauernde Nullzinspolitik der EZB jedoch zunehmend expansiv. Die Raten des Wirtschaftswachstums und der Verbraucherpreisinflation legen bereits seit längerem eine straffere Zinspolitik nahe. Nicht zuletzt befördert die lockere Geldpolitik den Anstieg der Risiken im Finanzsystem.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist in den vergangenen Jahren weitgehend eingestellt worden. Zwar dürfte das aggregierte Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte von 1,5 % im Vorjahr auf 1,1 % in diesem Jahr zurückgehen. Dies ist aber weniger einer aktiven Konsolidierung als vielmehr dem geringen Zinsaufwand aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase geschuldet. Der aggregierte Schuldenstand ist mit aktuell 90,3 % in Relation zum nominalen Inlandsprodukt weiterhin außerordentlich hoch. Zwölf der 19 Mitgliedsstaaten überschreiten die 60 %-Grenze des Maastricht-Vertrages. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche fiskalischen Puffer in einem möglichen künftigen Abschwung verbleiben.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Supervisory Review and Evaluation Process (SREP)

Mit der Allgemeinverfügung vom 23.12.2016 hatte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Übergangslösung zusätzliche Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch festgelegt. Mittlerweile liegen fast allen Sparkassen in Westfalen-Lippe finale SREP-Bescheide vor, in denen institutsspezifische "harte" Kapitalzuschläge angeordnet werden. Die Institute haben demnach einen institutsindividuellen Aufschlag auf die Gesamtkapitalquote von 8 % zu erfüllen. Die zusätzlichen Eigenmittelanforderungen ermittelt die BaFin gemäß § 6b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KWG. Sie beurteilt demnach die Regelungen, Strategien, Verfahren und Prozesse, die ein Institut zur Einhaltung der aufsichtlichen Anforderungen geschaffen hat, sowie die Risiken, denen es ausgesetzt ist oder sein könnte, insbesondere auch die Risiken, die unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftstätigkeit eines Institutes bei Stresstests festgestellt wurden.

5. MaRisk-Novelle

Die 5. MaRisk-Novelle wurde am 27. Oktober 2017 durch die BaFin in ihrer finalen Fassung als Rundschreiben 09/2017 (BA) veröffentlicht. Die überarbeiteten MaRisk sind mit Veröffentlichung in Kraft getreten. Gemäß dem Anschreiben der BaFin wird den Instituten für neue Anforderungen der MaRisk-Novelle eine Umsetzungsfrist bis zum 31. Oktober 2018 gewährt.

FINREP und AnaCredit

Im Rahmen der Einführung eines europaweit harmonisierten Meldewesens für Finanzinformationen (FINREP) wurde erstmals zum Stichtag 30. Juni 2017 die Übermittlung umfangreicher Angaben zur Bilanzstruktur und zur Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) der Kreditinstitute an die EZB notwendig. Bei AnaCredit müssen im Rahmen des Aufbaus eines zentralen

europäischen Kreditregisters granulare Informationen (Stammdaten ab Januar 2018, Kreditdaten ab März 2018) über die nationale Aufsicht an die EZB weitergeleitet werden.

BAIT

Die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) wurden am 3. November 2017 durch die BaFin in ihrer finalen Fassung als Rundschreiben 10/2017 (BA) veröffentlicht. Die BAIT sollen Anforderungen aus verschiedenen Themenfeldern des IT-Managements beschreiben und die MaRisk diesbezüglich konkretisieren. Im Anschreiben zur Veröffentlichung der BaFin wird ausgeführt, dass es keine Umsetzungsfristen oder Übergangsregelungen zur Anwendung der BAIT gibt, da die BAIT aus Sicht der BaFin keine neuen Anforderungen an die Institute bzw. ihre IT-Dienstleister enthalten, sondern lediglich Klarstellungen ohnehin schon vorhandener Anforderungen darstellen. Sie sind damit mit Veröffentlichung unmittelbar in Kraft getreten.

Entgelttransparenzgesetz

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, das Gebot des gleichen Entgelts für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit durchzusetzen. Das Gesetz gilt für alle Arbeitgeber, auch für Sparkassen.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlauf

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2017 um 34,4 Mio. EUR bzw. 1,4 % auf 2.552,4 Mio. EUR. Damit verlief die Entwicklung positiver als geplant; erwartet worden war eine leichte Verringerung um 0,2 %. Das aus Bilanzsumme und Bürgschaftsverpflichtungen bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 40,9 Mio. EUR oder 1,6 % auf 2.587,5 Mio. EUR.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 3,8 % oberhalb der Planung von 3,3 %. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2017 auf 364,7 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verringerten sich im Gesamtjahr um 12,9 % auf 141,7 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme stieg auf 79,5 % (Vorjahr 77,6 %).

Bei Privatpersonen konnte bei weiterhin anhaltender Nachfrage nach langfristigen Darlehen der Bestand an Forderungen mit 716,3 Mio. EUR konstant gehalten werden. Das im Jahr 2017 zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist jedoch einen Rückgang von 12,4 % auf 108,1 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der erhöhten Investitionsbereitschaft um 76,8 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen fielen um 13,1 % auf 212,4 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapieren gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 62,1 Mio. EUR auf 391,3 Mio. EUR. Die Entwicklung ist im Wesentlichen

durch Rückgaben von Wertpapierspezialfondsanteilen in Höhe von 84,0 Mio. EUR geprägt. Daneben standen Käufen von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 33,4 Mio. EUR Fälligkeiten von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 18,0 Mio. EUR sowie Verkäufe von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 6,1 Mio. EUR gegenüber. Die Bestände von Aktienfonds weiteten wir um 10,0 Mio. EUR aus. Die Maßnahmen wurden im Sinne der vom Vorstand verabschiedeten Marktpreisrisikostategie der Sparkasse UnnaKamen umgesetzt.

3.4. Beteiligungen / Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2017 von unverändert 34,4 Mio. EUR entfiel mit 33,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 0,9 Mio. EUR auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die gesamte Geldvermögensbildung der Kunden (bilanziell und nicht bilanziell) entwickelte sich mit einem Ergebnis von +74,4 Mio. EUR positiv. Der Planwert von 57 Mio. EUR wurde damit übertroffen.

Der bilanzielle Einlagenbestand stieg um 1,9 % auf 1.812,9 Mio. EUR. Für 2017 wurde hier ein Wachstum von 2,6 % erwartet. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus setzt sich innerhalb dieser Geldvermögensbildung die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen unvermindert fort und führte zu starken strukturellen Bestandsverschiebungen. So wuchs im letzten Jahr der Bestand der Sichteinlagen um 62,3 Mio. EUR (+6,2 %). Dieser Bestandsausweitung standen Mittelabflüsse im längerfristigen Sparvolumen (Spareinlagen, Sparkassenbriefe) in Höhe von -27,4 Mio. EUR (-3,6 %) gegenüber.

Neben der bilanziellen Vermögensbildung wird im Rahmen unserer Zielplanungen auch auf den Ausbau der Geldvermögensbildung im Kundenwertpapiergeschäft besonderer Wert gelegt. Mit einem Nettoabsatz von +40,3 Mio. EUR im Jahr 2017 entwickelten sich die Kundenwertpapierbestände deutlich stärker als der erwartete Nettoabsatz von +10 Mio. EUR.

3.6. Interbankengeschäft

Forderungen an Kreditinstitute bestehen zum Stichtag in Höhe von 10,8 Mio. EUR. Der Bestand entfällt vollständig auf bei Kreditinstituten unterhaltene Liquiditätsreserven. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 21,9 Mio. EUR auf 403,9 Mio. EUR.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Bruttoumsatzvolumen im Kundenwertpapiergeschäft konnte mit 178,7 Mio. EUR um 15,4 % gesteigert werden. Im Jahr 2017 lag der Umsatzschwerpunkt im Bereich Investmentfonds; hier wurden Umsätze von 89,3 Mio. EUR (+20,5 %) erzielt. Auch im Aktienbereich konnte mit einem Volumen von 62,2 Mio. EUR ein deutliches Umsatzplus von 46,7 % erreicht werden. Der Nettoabsatz von Wertpapieren in Höhe von 40,3 Mio. EUR übertraf die Erwartung von 10,0 Mio. EUR deutlich. Insgesamt trug der Handel mit Wertpapieren zu einer positiven Geldvermögensbildung bei.

Der Absatz von Bausparverträgen, Leasingverträgen sowie Lebensversicherungen war im Jahr 2017 deutlich rückläufig. Die vermittelten Bausparsummen sanken um 11,1 %, das vermittelte Leasingvolumen ging um 38,1 % und die vermittelte Beitragssumme der Lebens-

versicherungen um 39,2 % zurück. Demgegenüber blieb die Vermittlung von Konsumentenrediten nahezu konstant.

Das Interesse an Immobilien ist weiterhin groß. Der Verkaufswert der Vermittlungen (19,6 Mio. EUR) stieg gegenüber dem bereits hohen Niveau des Vorjahres nochmals um 1,8 % an.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2017 wurde der Außenbereich Nord der Hauptstelle Unna grundlegend erneuert. Die Investitionskosten für die Erneuerung betragen 270 TEUR. Zur Verbesserung unseres Selbstbedienungsangebots wurden insgesamt fünf neue Geldein- und Auszahlungsautomaten angeschafft. Die Kosten hierfür betragen 205 TEUR.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2017 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 443 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 466), davon 126 Teilzeitkräfte und 32 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, hält die Sparkasse ihre bereits hohe Ausbildungsquote konstant und nimmt damit ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr.

Auch im Jahr 2017 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden auch im Jahr der Fusion der Sparkassen UnnaKamen und Fröndenberg, welches durch hohes Arbeitsaufkommen geprägt war, 220 TEUR (Vorjahr 395 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2017 konsequent verfolgt. Das im Jahr 2016 im Wege des Audits "Beruf und Familie" entsprechend erworbene Zertifikat der Hertie-Stiftung als familienfreundliches Unternehmen führten wir fort. Darüber hinaus haben verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements großen Anklang gefunden.

4. Darstellung und Analyse der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführungen der Bilanzgewinne des Jahres 2016. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns des Jahres 2017 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 158,8 Mio. EUR (Vorjahr 156,7 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 16,4 Mio. EUR auf 123,7 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2017 mit 8,32 Prozentpunkten den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich der kombinierten Kapitalpufferanforderung und des SREP-Zuschlags. Die Gesamtkapitalquote beträgt 18,08 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2017 einen Wert von 9,67 % auf. Die Sparkasse weist damit eine gute Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten.

Die Liquiditätskennziffer (31.12.2017: 2,24) wurde im Berichtsjahr durchgängig erfüllt. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 165 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde 2017 genutzt.

4.3. Ertragslage

4.3.1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die wesentlichen Erfolgskomponenten lt. Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2017 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zinsüberschuss	53,0	54,6	-1,6
Provisionsüberschuss	16,9	16,4	0,5
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	2,1	1,4	0,7
Personalaufwand	-29,2	-28,9	0,3
Anderer Verwaltungsaufwand	-11,8	-12,2	-0,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4,3	-4,1	0,2
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	26,7	27,2	-0,5
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	1,1	10,9	-9,8
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	-16,4	-27,0	-10,6
Ergebnis vor Steuern	11,4	11,1	0,3
Steueraufwand	-9,3	-8,7	0,6
Jahresüberschuss	2,1	2,4	-0,3

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1-4
 Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
 Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8,9,20
 Sonstige betr. Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11,12,17,21
 Ertrag bzw. Aufwand aus
 Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13-16

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in der Tabelle aufgeführten Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten berichtigt, die in der internen Darstellung einem Neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse ist weiterhin der Zinsüberschuss. Dieser verringerte sich im vergangenen Geschäftsjahr leicht um 0,6 Mio. EUR auf 50,7 Mio. EUR (-1,2 %). Negative Zinsen haben das Zinsergebnis nur unmerklich belastet. Trotz eines weiterhin schwierigen Marktumfeldes im Bankensektor und einer anhaltenden Niedrigzinsphase fiel das Zinsergebnis damit höher aus als geplant.

Demgegenüber konnte der Provisionsüberschuss um 0,5 Mio. EUR auf 17,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Ziel 2017 lag bei 17,2 Mio. EUR. Erfolgreich verlief insbesondere der Umsatz im Wertpapiergeschäft mit Kunden.

Der Verwaltungsaufwand fiel mit 39,8 Mio. EUR um 0,8 Mio. EUR geringer aus als im Vorjahr.

Insbesondere die Sachaufwendungen von 12,4 Mio. EUR lagen um 1,1 Mio. EUR unter dem Vorjahresergebnis. Synergieeffekte durch die Fusion konnten bereits schneller und in größerem Ausmaß als erwartet gehoben werden.

Die Personalaufwendungen sind hingegen leicht um 0,3 Mio. EUR auf 27,4 Mio. EUR angestiegen. Erwartet worden war ein Ergebnis in Vorjahreshöhe. Hier waren insbesondere höhere Aufwendungen für Pensionsrückstellungen ursächlich. Während die Tarifierhöhungen den Personalaufwand erhöhten, dämpfte die verringerte Anzahl an Mitarbeitern den Anstieg des Personalaufwands.

In Summe stellen sich die gesamten Aufwendungen geringer dar als prognostiziert; am Jahresanfang wurde mit einem Anstieg des Verwaltungsaufwands von 0,2 Mio. EUR gerechnet.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 28,3 Mio. EUR bzw. 1,11 % (Vorjahr 1,09 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) des Jahres 2017. Das um 0,8 Mio. EUR gestiegene Ergebnis liegt damit über dem geplanten Wert von 25,1 Mio. EUR, und es liegt um 0,12 %-Punkte der DBS über dem Durchschnittswert der Sparkassen im SVWL (0,99 % der DBS).

Als Maßgröße der Ertragskraft ermöglicht das Betriebsergebnis vor Bewertung auch nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Grundlage für die künftige Geschäftsausweitung.

Das Bewertungsergebnis einschließlich der Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zeigt einen Aufwand von 14,2 Mio. EUR (Vorjahr 15,7 Mio. EUR).

Der Steueraufwand fiel mit 9,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (8,8 Mio. EUR) um 2,3 % höher aus.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 2,1 Mio. EUR (Vorjahr 2,4 Mio. EUR).

Die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) haben sich im Jahr 2017 wie folgt entwickelt:

Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag im letzten Jahr mit 10,42 % unter dem Vorjahreswert von 11,93 %.

Die Kostenreduzierung bewirkte eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio/CIR (Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen) im Jahr 2017 von 59,7 % auf 58,5 % (Erwartungswert 2016 61,8 %). Mit dieser Quote weist die Sparkasse UnnaKamen eine deutlich positivere CIR auf als der Durchschnitt der westfälisch-lippischen Sparkassen (62,5 %).

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2017 0,08 % (Vorjahr 0,09 %).

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikomanagement

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Beteiligungsrisiken, operationelle Risiken sowie Liquiditäts- und Vertriebsrisiko, wurden die zum Teil separaten Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Risikoausschuss der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wurde das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermö-

gens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse UnnaKamen hat die Risikocontrolling-Funktion dem Risikomanager übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von den Mitarbeitern der Abteilung Vorstandssekretariat wahrgenommen werden. In der Abteilung sind die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG und KWG zusammengefasst. Die Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt als Risiko die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintretende maximale Vermögensminderung.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt grundsätzlich auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Plan- bzw. Erwartungswerten verstanden.

Für die wertorientierte Ermittlung der Marktpreis- und Adressenrisiken wird als Risikomaß der Value-at-Risk verwendet, wobei grundsätzlich ein Planungshorizont von einem Jahr (250 Handelstage) und ein Konfidenzniveau von 99,0 % (unerwartete Risiken) zu Grunde gelegt wird. Die Ermittlung der weiteren Risiken (operationelle Risiken, Vertriebsrisiken) erfolgt auf Basis von Schätzungen anhand von Indikatoren oder historischen Daten.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und (als Zusatzinformation) wertorientierten Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise eine rollierende Risikotragfähigkeitsberechnung durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden in der handelsrechtlichen Sicht nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichtes und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie Limitauslastungen über ein Schwellenwerte-System gegebenenfalls auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie inverse Stresstests durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb

(Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick auf das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

Bericht	Risikobezug	Berichtsrhythmus	Berichtsempfänger
Risikogesamtbericht	alle Risiken	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Adressenrisikobericht	Adressenrisiken	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Marktpreisrisikobericht	Marktpreisrisiken	monatlich	Vorstand
Depot A- und Liquiditätsbericht	Marktpreisrisiken	wöchentlich	Vorstand

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagements

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Adressenrisikostrategie beschrieben. Darüber hinaus erfolgt zur weiteren Information eine wertorientierte Risikotragfähigkeitsrechnung.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenrisiken im Kreditgeschäft (Kreditrisiko)

Unter dem Adressenrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Zum 31.12.2017 wurden etwa 44 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen vergeben, 36 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen. Diese Werte repräsentieren weitestgehend die im Verbandsdurchschnitt ermittelten Verhältnisse.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Kreditnehmergruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
Firmenkundenkredite	900,4	822,3
Privatkundenkredite	745,0	746,0
Weiterleitungsdarlehen	217,2	204,3
darunter: für den Wohnungsbau	873,7	856,7
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	205,6	223,0
Gesamt	2.068,2	1.995,5

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Weiterhin gliedert sich das Kreditgeschäft in folgende Kreditarten:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Kontokorrentkredite	92.917	91.956
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	54.161	50.738
auf Privatgirokonten	28.668	29.720
auf Sonstige	10.088	11.498
Darlehen aus eigenen Mitteln	1.757.993	1.692.120
Darunter:		
an Geschäftskunden	846.280	771.579
an Privatkunden	716.296	716.251
an Sonstige	195.417	204.290
Weiterleitungsdarlehen	217.200	204.292
Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen	0	7.079
Sonstige Forderungen	70	87
Gesamt	2.068.180	1.995.534

Quelle: Bilanzierung, Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven (Brutto)

Die Grenze nach Artikel 395 Abs. 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2017 nicht überschritten.

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten:

Gesamtbetrag der Forderungen und Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen nach kreditrisikotragenden Instrumenten 31.12.2017	Kredite, Zusagen u. and. nicht derivative außerbilanzielle Aktiva TEUR
Banken / Investmentfonds	378.213
Öffentliche Haushalte	326.900
Privatpersonen	1.078.798
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	1.237.092
davon:	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	20.979
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	57.521
Verarbeitendes Gewerbe	104.408
Baugewerbe	93.009
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen	126.338
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	46.168
Finanz- und Versicherungsleistungen	84.533
Grundstücks- und Wohnungswesen	348.298
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	355.838
Organisation ohne Erwerbszweck	13.160
Sonstige	38.536
Gesamt	3.072.699

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten (Quelle: Tabellen der Finanz Informatik zum Offenlegungsbericht). Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen (ohne Wertpapiergeschäft)	2.663.122
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	2.646.083
EU	15.396
Sonstige	1.643
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	54.762
Investmentfonds	8.431
Privatpersonen	1.078.797
Öffentliche Haushalte*	238.872
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	1.230.564
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	20.979
- Energie- und Wasserversor- gung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	57.521
- Verarbeitendes Gewerbe	104.395
- Baugewerbe	93.009
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	126.338
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	46.168
- Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	78.018
- Grundstücks- und Wohnungs- wesen	348.298
- Sonstiges Dienstleistungs- gewerbe	355.838
Organisationen ohne Erwerbszweck	13.160
Sonstige	38.536
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	646.592
1 Jahr bis 5 Jahre	317.194
> 5 Jahre bis unbefristet	1.699.336
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen	

des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Mit einem Anteil von 44 % liegt ein großer Teil der Kundenkredite in Größenklassen bis 500 TEUR und damit im diversifizierten kleinteiligen Kreditgeschäft. Demgegenüber liegen 28 % in hohen Größenklassen ab 7,5 Mio. EUR. Große Teile entfallen auf kommunale Kreditnehmer oder sind entsprechend besichert. Der Blankoanteil nach Verrechnung wirtschaftlicher Sicherheiten in diesen Größenklassen beträgt im Durchschnitt 25 % des Kreditvolumens.

Die Adressenrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten¹. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Volumen in %	Anzahl in %
1 bis 9	92,5	92,0
10 bis 15	6,6	7,1
16 bis 18	0,9	0,9

Quelle: Adressenrisikobericht zum 31.12.2017

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Bei der Bewertung dieser Objekte legen wir vorsichtige Maßstäbe an und haben spezielle Überwachungsinstrumente implementiert, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Risiken ergeben. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Bereich der öffentlichen Haushalte und im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2017 1,4 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis er-

¹ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verbund hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

mittelt die Sparkasse die Adressenrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten des Kreditportfolios lagen 2017 auf dem Niveau des Vorjahres. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft war 2017 erneut positiv.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements ("Problemkredite") werden im Rahmen einer Sanierung gemeinsam von Vertriebsmitarbeitern und Mitarbeitern des Kreditmanagements oder im Rahmen der Abwicklung von darauf spezialisierten Mitarbeitern auf der Grundlage eines mittelfristigen Konzepts betreut. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2017 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Der Gesamtbetrag der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Kundenkreditgeschäft beträgt 5,3 Mio. EUR und entfällt überwiegend auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen des Inlandes. Auch die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozufüh-

rungen/Auflösungen von Einzelwertberichtigungen (EWB) entfallen überwiegend auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Die Gesamtinanspruchnahmen aus notleidenden und in Verzug geratenen Forderungen belaufen sich auf 24,3 Mio. EUR. Davon beträgt die Höhe der Kredite in Verzug 8,5 Mio. EUR.

In Bezug auf einzelne Branchen ergaben sich keine Auffälligkeiten.

Die direkten Forderungsabschreibungen betragen 299 TEUR. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) weist keine Besonderheiten gegenüber dem Vorjahr auf. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2017	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	5.870	2.231	1.809	1.073	5.219
Rückstellungen	78	0	2	1	75
Pauschalwertberichtigungen	3.431	0	663	0	2.768
Gesamt	9.379	2.231	2.474	1.074	8.062

Quelle: Bilanz

Nach Artikel 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall des Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist, oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren

wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes.

Die Beteiligungen beziehen sich überwiegend auf Beteiligungen an der Sparkassen-Finanzgruppe und/oder beruhen auf geschäftspolitischen Überlegungen. Die Beteiligungen werden nach rechnungslegungsspezifischen Kriterien gemäß HGB bewertet. Die Bildung einer eventuell notwendigen Risikovorsorge richtet sich nach den gleichen Kriterien, die im Kreditgeschäft der Sparkasse mit Kunden zu berücksichtigen sind. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2017 bestätigen die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Ansatz. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden.

Die Sparkasse unterhält eine Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH). Diese Erwerbsgesellschaft hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH bestätigt.

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert
	TEUR
Strategische Beteiligungen	
Börsennotiert	-
nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	-
andere Beteiligungspositionen	34.398
Funktionsbeteiligungen	
Börsennotiert	-
nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	-
andere Beteiligungspositionen	14
Kapitalbeteiligungen	
Börsennotiert	-
nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	-
andere Beteiligungspositionen	-

Die angegebenen Buchwerte der Beteiligungsinstrumente entsprechen den beizulegenden Zeitwerten.

5.3. Adressenrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

Der Vorstand der Sparkasse legte eine Risikostrategie für Handelsgeschäfte ("Marktpreisrisikostrategie") fest, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Marktpreisrisikostrategie werden Handelsgeschäfte nur in folgendem Rahmen getätigt:

- Im Handelsbuch werden keine Geschäfte getätigt.
- Im Anlagebuch werden Geldmarktgeschäfte zur Liquiditätssteuerung getätigt, ebenso Zins-, Aktien- und Fondsgeschäfte als Eigenanlagen (zur Liquiditätssteuerung). Des Weiteren werden Zinsswaps im Rahmen des Managements der Zinsänderungsrisiken bzw. des Bilanzstrukturmanagements im Anlagebuch abgeschlossen.
- Handelsgeschäfte dürfen nur in Produkten und Märkten getätigt werden, die im vom Vorstand genehmigten Produkte- und Märkte-Katalog enthalten sind.

5.3.1. Adressenrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Des Weiteren legte die Sparkasse Volumenslimite für Risikoklassen (in Abhängigkeit von Länder- und Emittentenrisiko sowie der Art der Besicherung) fest. Die Begrenzungen für Adressenrisiken aus Handelsgeschäften schließen die in Spezialfonds geführten Papiere ein. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (177,0 Mio. EUR), die beiden Wertpapierspezialfonds (127,9 Mio. EUR), sowie sonstige Investmentfonds (90,4 Mio. EUR), siehe auch Kapitel 5.3.2. Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollstän-

dig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich überwiegend um Anteile an Investmentfonds. Für die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	397.358
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	360.708
EU	36.650
Sonstige	---
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	83.219
Investmentfonds	219.583
Privatpersonen	---
Öffentliche Haushalte*	88.028
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	6.528
- <i>Finanz- und Versicherungsdienstleistungen</i>	6.515
- <i>Sonstiges Dienstleistungsgewerbe</i>	13
Organisationen ohne Erwerbszweck	---
Sonstige	---
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	26.202
1 Jahr bis 5 Jahre	104.633
> 5 Jahre bis unbefristet	266.523
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen	

neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Die von der Sparkasse direkt und über Spezialfonds (Anteile an Sondervermögen größer 10 %) gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poors	Tageswerte 31.12.2017 in %	Tageswerte 31.12.2016 in %
Exzellente, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	30,4	30,3
Sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	17,5	17,8
Gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	3,2	10,5
Befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	3,6	9,7
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	0,4
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			45,3	31,3
Summe			100,0	100,0

Quelle: SimCorp Dimension-System

Bei den Emittenten ohne Rating handelt es sich zu 49 % um Investmentfonds-Anteile und zu 51 % um Rentenwerte (100 % öffentliche Emittenten).

Der Schwerpunkt der Wertpapieranlagen der Sparkasse (inklusive Anlagen in Wertpapier-spezialfonds) liegt bei Pfandbriefen und Anleihen von Banken (39,0 %), allein die deutschen Landesbanken haben einen Anteil von 11,4 % bzw. rd. 44 Mio. EUR am Gesamtd Depot. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Der Anteil der Unternehmensanleihen am Gesamtd Depot beträgt 6,2 %.

Die Wertpapieranlagen bestehen zu rd. 27 % aus Papieren ausländischer Emittenten. Die Sitzländer dieser Emittenten wurden zum überwiegenden Teil mit dem Rating AA+/Aa1 und besser bewertet.

Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über das Ausfallrisiko aus Handelsgeschäften schriftlich unterrichtet. Die Quantifizierung des Adressenrisikos erfolgt auf Grundlage eines Value-at-Risk-Ansatzes (Credit Portfolio View). Als Risikoszenario wurde das 99 %-Konfidenzniveau mit 250 Tagen Haltedauer festgelegt.

Die Adressenrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von der Sparkasse vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die überwiegend guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland bewegt sich das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft in überschaubarem Rahmen.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, und Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
Tages-/Termingelder u. ä.	5,0	0,0
Schuldscheinforderungen	0,0	7,1
Schuldverschreibungen und Anleihen	177,0	159,6
Aktien	0,1	0,0
Wertpapierspezialfonds	127,9	213,3
Sonstige Investmentfonds	90,5	84,7
Insgesamt	400,5	464,7

Der Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erfolgt bei Rentenpapieren vierteljährlich in Form einer additiven Betrachtung der Risikoarten Zinsänderungs- und Spreadrisiken auf Einzelpapierebene. Die Risikoauswirkungen verschiedener Zinsschockszenarien (Parallelverschiebungen des Zinsniveaus für alle Papiere) werden hierbei um einen zusätzlichen Spread erhöht, indem Wertpapieren unterschiedlicher Anlageklassen und Bonitätseinschätzungen entsprechende Creditspreads zugeordnet werden. Die Auswirkungen der Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung addiert. Anpassungen bei verkürzten Zeiträumen zur Überleitungsrechnung auf den Bilanzstichtag erfolgen analog zur Berechnung des Zinsspannenrisikos. Der Ansatz für den Umfang der Zinsschocks beruht auf Grenzszenarioberechnungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Die angesetzten Creditspreads beruhen ebenfalls auf DSGV Zeitreihenberechnungen (Value-at-Risk-Ermittlungen mit 250 Tage Haltedauer und 99 %-Konfidenzniveau) auf Basis von Zeiträumen steigender Zinsen. Sie werden quartalsweise aktualisiert.

Die Messung des Aktienrisikos erfolgt mittels Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Jahr. Die relative Bestimmung des Value-at-Risk erfolgt auf Basis langer Zeitreihen, in denen die Auswirkungen krisenhafter Ereignisse berücksichtigt sind. Derzeit ist als Risiko ein Marktwertrückgang von 45 % für den EURO STOXX 50[®] festgelegt.

Die Messung des Immobilienrisikos erfolgt auf Basis der Wertentwicklung offener Immobilienfonds in Auflösung. Für geschlossene oder in Liquidation befindliche Fonds wird ein Marktwertverlust von 25,0 % verwendet, für die übrigen ein Verlust von 12,5 %.

Zum Stichtag beträgt das Marktpreisrisiko im Depot A bei einem Zinsschockszenario von +200 BP bei Rentenpapieren 21,5 Mio. EUR.

Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt.

Die Berechnungen von Marktpreisrisiken werden im Rahmen des eigenständigen Systems für das Wertpapiercontrolling, SimCorp Dimension (SCD), durchgeführt, welches von der Finanz Informatik (FI) betreut wird. Die Kursversorgung erfolgt über Reuters. Hier ist es möglich, auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte durch die Vorgabe verschiedener Parameter theoretische Kurse zu ermitteln.

Die Höhe der Risikoansätze zur Berechnung des Marktpreisrisikos wird jährlich überprüft.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der Abteilung Gesamtbanksteuerung unter Beachtung der Funktionstrennung zum Handelsbereich wahrgenommen.

Limitüberwachung der Adressen- und Marktpreisrisiken

Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressen- und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung der Limite ist geregelt, dass der Vorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Risiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über das Bewertungsergebnis und monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet.

Die Adressenrisiken und Marktpreisrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der von der Sparkasse vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit abgestimmten Grenzen. Es wurde bei keinem Wertpapier das Volumenslimit überschritten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse Adressenrisikopositionen in Form von Swapgeschäften ein. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuchs. Die Swapgeschäfte werden ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen. Das Volumen beträgt zum Jahresende 2017 nominal 144,3 Mio. EUR. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für derivative Finanzinstrumente des Anlagebuchs nach Artikel 273 CRR erfolgt nach der Ursprungsrisikomethode gemäß Artikel 275 CRR. Der Risikopositionswert für eine derartige Adressenausfallrisikoposition ergibt sich

durch Multiplikation des Nominalwertes mit einem von der CRR vorgegebenen (laufzeitabhängigen) Prozentsatz.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle bislang aus EMIR resultierenden Anforderungen.

Derivate	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	12.219
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	12.219
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	12.219
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	---
1 Jahr bis 5 Jahre	1.600
> 5 Jahre bis unbefristet	10.619

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Im Rahmen der Umsetzung der Marktpreisrisikostrategie wurde im Laufe des Jahres 2017 durch regelmäßige Transaktionen von Aktienindex-Fonds (EuroStoxx 50) die strategische Aktienquote sukzessive ausgebaut. Direktanlagen in Aktien bestehen in geringem Umfang.

5.3.5. Währungsrisiken

Währungsrisiken bestehen im Bestand der Wertpapiereigenanlagen nicht. Währungsrisiken im Kundengeschäft werden seitens der Sparkasse nicht eingegangen sondern als Botengeschäft an die S-International-Westfalen weitergeleitet. Weitere Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt primär in periodenorientierter

Sicht, zur Zusatzinformation und Unterstützung der Asset Allocation auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Im Rahmen der periodischen Betrachtung werden anhand verschiedener Szenariobetrachtungen, u. a. im Rahmen von Stresstests, für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnung des Value-at-Risk beruht auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2016. Die negative Abweichung der Performance innerhalb eines Jahres (Haltedauer) von diesem statistischen erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen bzw. Absicherungen.

Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten im Rahmen eines Korrelationsmodells zum Gesamtrisiko der Sparkasse gerechnet.

Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand monatlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2017 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 13,61 %.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögensrückgang
TEUR	-39.114	-2.655

Quelle: Marktpreisrisikobericht (S-DIS)

Zur Einhaltung von Limiten und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken wurden in 2017 Festzinszahler-Swaps abgeschlossen.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen

(Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Das Zinsänderungsrisiko wird vom Vorstand als vertretbar eingeschätzt.

5.5. Liquiditätsrisiko

Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 2,13 und 2,59. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Artikel 412 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 165 %; sie lag im Jahr 2017 zwischen 117 % und 165 %.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote eingehalten. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase.

Die Sparkasse hat ein "einfaches Liquiditätskostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5) auf Basis homogener Teilportfolien implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen "Internen Liquiditätsgrundsatz" wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen.

Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz festgelegt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Risikotoleranz bezieht sich für die Sparkasse aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Refinanzierungsrisikos auf das Zahlungsunfähigkeitsrisiko. Die Festlegung der Risikotoleranz erfolgt mit der Maßgabe, wann ein Liquiditätsrisiko für die Sparkasse "akzeptierbar" oder "nicht akzeptierbar" ist. Unter diesem Aspekt definiert sich der Liquiditätsengpass über die Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzen.

Als Schwellenwert hat die Sparkasse das Unterschreiten einer Survival Period von unter 3 Monaten festgesetzt. Im Risikofall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 6 Monate. Des Weiteren wird als Risikotoleranzgrenze die Erfüllung des gesetzlichen Mindeststandards der LCR zuzüglich eines Puffers von 15 % definiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht. Zusätzlich stehen täglich verfügbare freie Kreditlinien bei Landesbanken zur Verfügung. Darüber hinaus hält die Sparkasse weitere refinanzierungsfähige Wertpapiere, die bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt werden können.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und

die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 1,0 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist sowohl in der handelsrechtlichen als auch der wertorientierten Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2017 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotential war am 31.12.2017 mit 62,2 % (bezogen auf das fusionierte Institut) beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 18,08 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen- und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Die Angaben für das Jahr 2018 beruhen auf den Budgetberechnungen 2018.

7.1. Geschäftsentwicklung

Der Aufschwung in der Euro-Zone dürfte sich fortsetzen. Nach 2,3 % in diesem Jahr wird das reale Inlandsprodukt im kommenden Jahr voraussichtlich um 2,1 % zulegen. Im vergangenen Jahr betrug das Wirtschaftswachstum 1,8 %. Die robuste Inlandsnachfrage dürfte sich dabei weiterhin als wichtigster Treiber der Expansion erweisen. Sie wird durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau und den Rückgang der Arbeitslosenquoten gestärkt. Die Verbraucherpreisinflation wird nach Schätzung des Sachverständigenrates in diesem und im nächsten Jahr bei jeweils 1,5 % liegen, nach 0,2 % in 2016.

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland wird sich im Jahr 2018 aller Voraussicht nach fortsetzen. Der Sachverständigenrat rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 2,2 %. Die Wirtschaft kommt allmählich in eine Boomphase.

Die Konsumnachfrage der Privathaushalte sollte weiter robust expandieren. Aufgrund der stabilen Arbeitsmarktentwicklung und deutlicher Lohnsteigerungen wird im kommenden Jahr einen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter von rund 4 % erwartet. Die Konsumentenstimmung ist sehr gut, Anschaffungsneigung und Einkommenserwartungen sind aufwärts gerichtet. Allerdings nimmt die Verbraucherpreisinflation etwas zu. Vor diesem Hintergrund ist im kommenden Jahr mit einem Zuwachs der privaten Konsumausgaben von 1,8 % zu rechnen.

Aufgrund dieser erwarteten Wirtschaftslage und vor dem Hintergrund bereits bekannter Rückflüsse im Kommunalkreditgeschäft plant die Sparkasse UnnaKamen als Marktführer der Region ein Kreditwachstum von 39 Mio. EUR, wobei für das gewerbliche Kreditgeschäft im Jahr 2018 ein Bestandswachstum von 47 Mio. EUR und im Privatkundenbereich eine Erhöhung um 7 Mio. EUR geplant werden. Gleichzeitig wird der Bestand der Eigenanlagen (Depot A) um 12 Mio. EUR erhöht.

Unter Berücksichtigung eines besonders verschärften Wettbewerbs plant die Sparkasse einen Zuwachs von 26 Mio. EUR im Einlagengeschäft sowie einen Nettoabsatz im Depot B von 14 Mio. EUR, so dass sich hieraus eine positive Geldvermögensbildung von 40 Mio. EUR ergibt.

Die genannten Planungen zur Entwicklung des Kredit- und Einlagengeschäfts sowie die Planungen der Eigenanlagen und der Geschäfte mit Kreditinstituten werden insgesamt zu einer Erhöhung der Bilanzsumme um 52 Mio. EUR (rd. +2,1 %) auf etwa 2.604 Mio. EUR zum Jahresende 2018 führen.

Einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit wird 2018 das Provisionsgeschäft darstellen. Hier planen wir eine Erhöhung des Ertrages um ca. 1,7 Mio. EUR (+9,9 %).

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer weiterhin schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise, insbesondere in den Krisenländern. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das Bewertungser-

gebnis im Kreditgeschäft weiter verbessern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes. Weitere Chancen versprechen wir uns auf dem Weg zur Multikanalsparkasse sowie der Umsetzung der "Vertriebsstrategie der Zukunft". Mit den begonnenen Projekten erzielt die Sparkasse mit der geplanten Differenzierung des Leistungsangebots in den Geschäftsstellen und über ein wettbewerbsfähiges Multikanalangebot eine bessere bedürfnisorientierte Kundenfokussierung. Neukundengewinnung und Steigerung der Produktnutzung in allen Kundensegmenten könnten schneller vorangehen als geplant. Im Ergebnis dessen könnten die Provisionseinnahmen stärker steigen.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2018 sind keine größeren Investitionen geplant. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) betrug zum Jahresende 165 % und wird auch im nächsten Jahr nicht unter den Mindestwert von 100 % sinken.

7.3 Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wiederum wird stark durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zu 2017 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen geringeren Möglichkeit zur Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Die Europäische Zentralbank hat bereits angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate das Zinsniveau weiterhin auf niedrigem Niveau zu belassen.

Unter dieser Prämisse eines unverändert historisch niedrigen Zinsniveaus erwarten wir einen Rückgang der Zinsspanne um -0,12 %-Punkte auf 1,87 % der DBS (Verbandsdurchschnitt: -0,09 %-Punkte auf 1,87 % der DBS). Die negativen Zinsen werden hierbei das Zinsergebnis nur unmerklich belasten.

Demgegenüber erwarten wir aufgrund der konsequenten vertrieblichen Ausrichtung auf die individuellen Kundenbedürfnisse einen gegenüber dem Vorjahr höheren Provisionsüberschuss von 18,8 Mio. EUR.

Hinsichtlich der Verwaltungsaufwendungen planen wir einen Anstieg um 0,8 Mio. EUR auf 40,6 Mio. EUR, wobei die Personalkosten hierbei unter Berücksichtigung von Tarifabschlüssen und Pensionsrückstellungen um 0,3 Mio. EUR sinken.

Die Gesamtaufwandsquote (CIR) liegt 2018 voraussichtlich bei rd. 60,3 %.

Zusammengefasst planen wir für das Jahr 2018 ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rd. 26,7 Mio. EUR.

Auf Jahressicht ist das Bewertungsergebnis sowohl im Wertpapier- als auch im Kreditgeschäft nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Unter vorsichtiger Einschätzung gehen wir in den Planungen für 2018 daher wieder von einem im Vergleich zum Vorjahr negativen Bewertungsergebnis für das Kredit- und Wertpapiergeschäft aus.

Unsere Limits für Marktpreisrisiken und Adressenrisiken bilden aus unserer Sicht einen ausreichenden Puffer für schwankende Marktentwicklungen beziehungsweise die notwendige Abschirmung von Adressenrisiken.

Im Ergebnis wird der Jahresüberschuss nach Steuern im Jahr 2018 rd. 2,1 Mio. EUR betragen.

Information

nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person

Verantwortliche/r <i>(Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</i>	Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Herr Patrick Wulf Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103-0 Fax: 02303 103-208 info@stadt-unna.de
Vertreter/in <i>(Fachbereich/Bereich/Abteilung, Anrede, Name, Funktion, Telefon, Email)</i>	Kreisstadt Unna Der Bürgermeister Bereich Finanzmanagement Frau Julia Heer Rathausplatz 1 59423 Unna Telefon: 02303 103-0 Fax: 02303 103-208 info@stadt-unna.de
Datenschutzbeauftragte/r <i>(Anrede, Name, Telefon, Email; Postanschrift bei externer/-m DSB)</i>	Herr Janzen, Tel. 0151 54322710, datenschutz@stadt-unna.de
Zweck/e der Datenverarbeitung <i>(Nennung der Hauptaufgaben; z.B. Erteilung und Entzug von Fahrerlaubnissen)</i>	Gemäß § 117 Gemeindeordnung i.V.m. § 52 Gemeindehaushaltsverordnung hat die Kreisstadt Unna einen Beteiligungsbericht als Anlage des Gesamtabschlusses aufzustellen. Darüber hinaus wird nach dem Public Corporate Governance Kodex der Kreisstadt Unna die jahresbezogene Vergütung der Geschäftsführung, der Betriebsleitung und des Vorstandes sowie der Mitglieder des Aufsichtsrates abgebildet.
Wesentliche Rechtsgrundlage/n <i>(sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)</i>	- § 117 Gemeindeordnung NRW - § 52 Gemeindehaushaltsverordnung - Public Corporate Governance Kodex der Kreisstadt Unna

<p>Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten <i>(im Regelfall)</i></p>	<p>Die personenbezogenen Daten werden im Beteiligungsbericht abgebildet und dieser wird veröffentlicht. Die Daten sind daher öffentlich.</p>
<p>Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen <i>(aus rechtlichen Bestimmungen wie z.B. Kassen-, Handels-, Steuerrecht oder KGSt-Empfehlungen)</i></p>	<p>Die Daten werden im Ratsinformationssystem dauerhaft gespeichert.</p>
<p>Rechte der betroffenen Person <i>(allgemeine Aufzählung, Voraussetzungen)</i></p>	<p>Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen
<p>Zuständige Aufsichtsbehörde <i>(Bezeichnung, Postanschrift, Telefon, Email, Homepage)</i></p>	<p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Telefon 0211 / 38424-0 Fax 0211 / 38424-10 Email poststelle@ldi.nrw.de Internet www.lds.nrw.de</p>

